

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1991

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

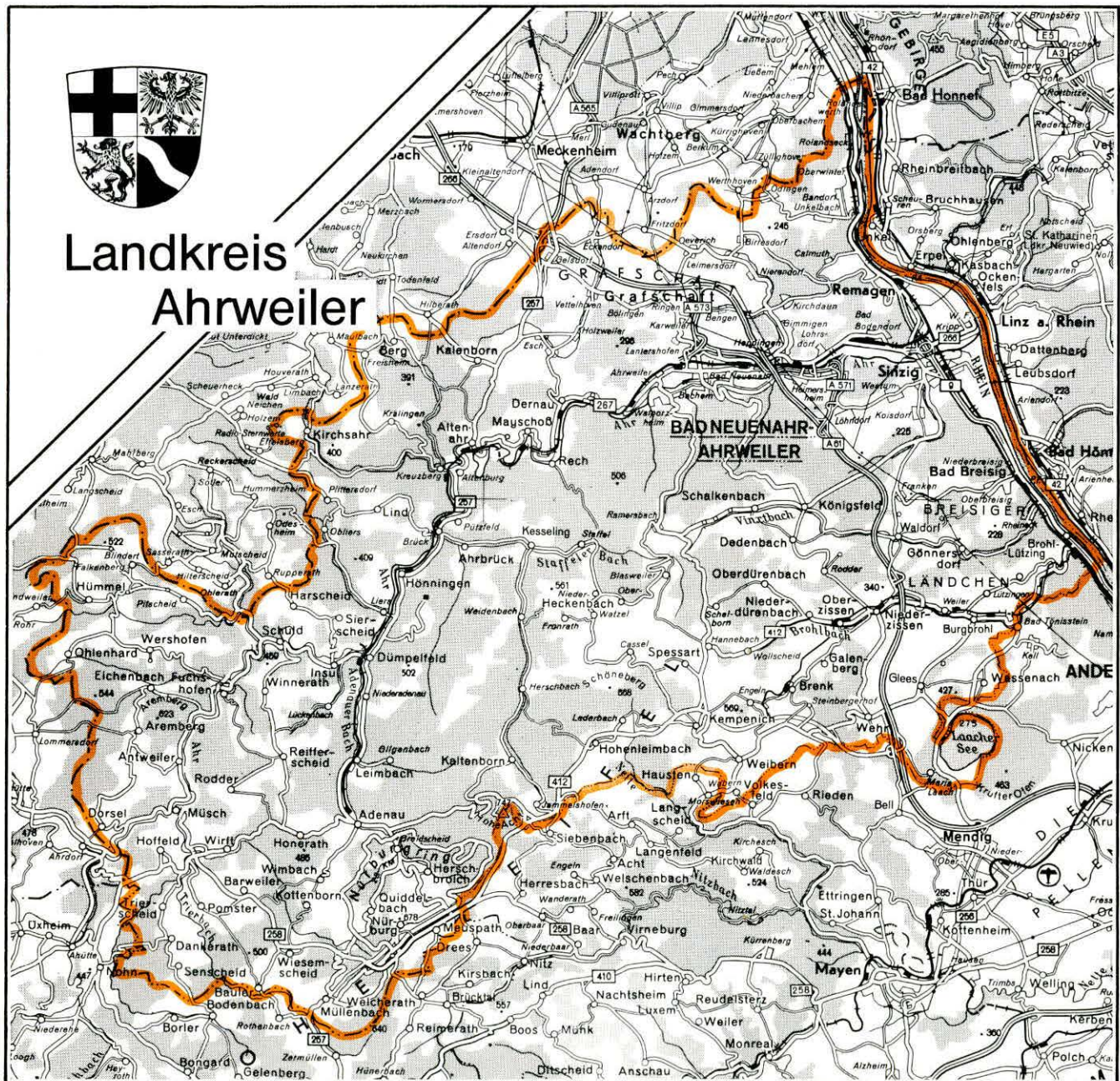
Dezember

Inhalt

Landwirtschaftszählung 1991	1	Über den Zweck der Erhebung sowie das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm wird berichtet.
Versuch einer betriebs- und volkswirtschaftlichen Bewertung ökologischer Probleme	3	Bei dem Beitrag handelt es sich um ein Vortragsmanuskript des Autors, in dem er sich mit ersten Überlegungen über die Aufstellung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung befaßt.
Datenschutz im Landesinformationssystem	8	Durch ein DV-gestütztes Verfahren zur statistischen Geheimhaltung wird der Schutz der im Landesinformationssystem gespeicherten Daten auch beim Abruf durch externe Benutzer gewährleistet.
Öffentliche Wirtschaftsunternehmen	10	Informationen über Umfang und Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Unternehmen, die nach dem Eigenbetriebsrecht geführt oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden, liefert die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen.
Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1988	14	Es werden die Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur und im Wirtschaftswachstum der Verwaltungsbezirke untersucht.
Anhang	1 * 7 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Beilage Der Landkreis Ahrweiler		In dem Beitrag wird der nördlichste linksrheinische Raum unseres Bundeslandes unter geographischen, politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgestellt.
Beilage Der Landkreis Cochem-Zell		Der Landkreis wird unter sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

RheinlandPfalz

Statistisches Landesamt



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Aufnahme: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz

Der Landkreis Ahrweiler

Landeskundliche Angaben

Der Landkreis Ahrweiler im nördlichen linksrheinischen Raum unseres Bundeslandes hat 787,2 Quadrat-kilometer Fläche. Die Ausdehnung beträgt von West nach Ost 40 Kilometer, von Nord nach Süd 24. Im Westen und Norden grenzt der Kreis an die nordrhein-westfälischen Landkreise Euskirchen und Rhein-Sieg-Kreis sowie an die Stadt Bonn an. Im Osten bildet der Rhein die Grenze zum Kreis Neuwied. Im Süden und Südwesten schließen sich die Kreise Mayen-Koblenz und Daun an.

Naturräumlich betrachtet, liegt fast das gesamte Gebiet des Kreises Ahrweiler im Rheinischen Schiefergebirge, zu dem auch die Eifel gehört. Der Rhein ist die östliche Grenze der Eifel. In dieser Mittelgebirgsregion liegen auch die topographischen Extreme des Landkreises: die Hohe Acht liegt 747 Meter über NN, und bei Rolandswerth verläßt der Rhein auf 51 Metern Höhe das Kreisgebiet nach Nordrhein-Westfalen. Neben der Eifel prägt eine zweite geographische Zone den Kreis Ahrweiler: Das nordöstliche Kreisgebiet geht bereits zur Kölner Bucht über, einem Teil der norddeutschen Tiefebene. Weite Teile des Grafschafter Raumes sind hier mit fruchtbarem Löß bedeckt und stellen einen deutlich sichtbaren Gegensatz zur stark bewaldeten Eifel dar. Wald bedeckt insgesamt 50 Prozent des gesamten Kreisgebietes. Die Landwirtschaft nimmt 35 % der Fläche ein.

Ahr, Vinxbach und Brohlbach durchziehen das Kreisgebiet. Sie kommen aus westlicher und südwestlicher Richtung, folgen der Geologie der Landschaft und verlaufen fast parallel. Bei Remagen-Kripp, Bad Breisig (Rheineck) und Brohl münden sie in den Rhein. Bekanntester und größter Fluß ist die 89 Kilometer lange Ahr, was auch im Namen des Landkreises Ahrweiler anklingt. Sie entspringt nördlich der Landesgrenze in Blankenheim und durchquert das Kreisgebiet in östlicher Richtung. An den Hängen des Ahrmittellaufs erstreckt sich das größte geschlossene Rotweinanbauggebiet Deutschlands. Schließlich führt der Flußlauf in den Bereich der Goldenen Meile, die aufgrund angeschwemmter Ablagerungen den fruchtbaren Taltrichter der Ahrmündung zwischen Remagen und Bad Breisig bildet. Diese Ablagerungen sind so mächtig, daß sie den Lauf des Rheins nachhaltig veränderten.

Im Kreisgebiet liegt auch das mit 324 ha größte Binnengewässer des Landes, der Laacher See. Neben dem

Nürburgring, der vor allem als Motorsportzentrum eine internationale Bedeutung hat, aber auch Forum für andere Freizeitveranstaltungen ist, stellen der Laacher See und die nahegelegene Benediktinerabtei Maria Laach die bekanntesten Anziehungspunkte des Kreises dar.

Hoch- und Ahreifel wurden relativ spät besiedelt. Der Vinxbach im südlichen Kreisgebiet, der bereits die Grenze zwischen den römischen Provinzen Germania inferior und Germania superior darstellte, trennte in der fränkischen Zeit die Rheinfranken im Ahr- und Eifelgau von den Moselfranken im Mayfeldgau. Dadurch wurde der Vinxbach mitbestimmend für die Grenzziehung zwischen den Bistümern Köln und Trier. Die in diesem Gebiet großen Königsgüter bzw. Fiskalbezirke zerfielen in verschiedene kleine Adelsherrschaften. Infolgedessen herrschte in diesem Grenzgebiet zwischen den geschlosseneren Territorien von Kurköln und Kurtrier bis 1797 eine starke territoriale Zersplitterung, der die französischen Revolutionstruppen allerdings ein Ende bereiteten. Das heutige Gebiet des Landkreises Ahrweiler gehörte zu den Arrondissements Bonn und Koblenz im Rhein-Mosel-Departement. Ein Jahr nach dem Übergang des Rheinlandes an Preußen (1815) wurde der Landkreis Ahrweiler gebildet, der 1932 bei der Neugliederung der Landkreise um Teile des aufgelösten Kreises Adenau erweitert wurde.

Die jetzigen Grenzen des Landkreises wurden im Zuge der territorialen Verwaltungsreform 1970 festgelegt, als die Verbandsgemeinde Brohlthal dem Kreis Ahrweiler eingegliedert wurde. Der Landkreis Ahrweiler ist dem Regierungsbezirk Koblenz zugeordnet; er setzt sich zusammen aus den vier verbandsfreien Gemeinden Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig und Grafschaft sowie den Verbandsgemeinden Adenau (mit 37 Ortsgemeinden), Altenahr (12), Bad Breisig (4) und Brohlthal (17 Ortsgemeinden). Sitz der Kreisverwaltung ist die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Raumordnerisch zählt der Kreis Ahrweiler zur Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und wird von den Mittelbereichen Bad Neuenahr-Ahrweiler, Andernach und Mayen tangiert. Während der Mittelbereich Bad Neuenahr-Ahrweiler mit den Gemeinden Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig, Grafschaft, Dedenbach, Königsfeld, Oberdürenbach und Schalkenbach sowie den Verbandsgemeinden Adenau und Altenahr komplett im Kreisgebiet liegt, umfassen die Mittelbereiche Andernach und Mayen sowohl Gebietsteile des Land-

kreises Ahrweiler als auch Verwaltungsbezirke des Landkreises Mayen-Koblenz. Die Gemeinden Niederdürenbach, Niederzissen, Oberzissen, Brenk, Burgbrohl, Galenberg, Gleys, Wassenach, Wehr und die Verbandsgemeinde Bad Breisig sind dem Mittelbereich Andernach zugeordnet. Aus dem Landkreis Ahrweiler umfaßt der Mittelbereich Mayen die Gemeinden Hohenleimbach, Spessart, Weibern und Kempenich.

Als Oberzentrum der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald hat die Stadt Koblenz auch für den Landkreis Ahrweiler eine deutliche Anziehungskraft; darüber hinaus bestehen starke Bindungen zur nahe gelegenen Bundeshauptstadt Bonn. Aufgrund ihrer Ausstattung mit zentralen Einrichtungen sind die Städte Adenau, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen und Sinzig als Mittelzentren ausgewiesen, Bad Breisig als Unterzentrum, Altenahr, Burgbrohl, Niederzissen und Grafschaft als Kleinzentren.

Politische Struktur

Bei der Kreistagswahl am 18. Juni 1989, zu der annähernd 89 400 Personen wahlberechtigt waren, errang die CDU mit 52,9 % der Stimmen die absolute Mehrheit wie bereits in allen vorherigen Kreistagswahlen seit Bestehen des Landes. Die SPD erreichte 32,3 % und die F.D.P. ebenso wie die GRÜNEN 7,4 % der gültigen Stimmen. Im derzeitigen Kreistag verfügt die CDU über 22 der insgesamt 41 Sitze, die SPD über 13, die F.D.P. und die GRÜNEN haben jeweils drei Mandatsträger.

Bei der Landtagswahl 1987 verzeichnete die CDU im Landkreis Ahrweiler einen Stimmenanteil von 59,5 %, die SPD von 24,5 % und die F.D.P. von 8,4 %. Auf die GRÜNEN entfielen 4,7 % der gültigen Stimmen.

Zu den Gemeinderatswahlen 1989 wurden in 43 der insgesamt 70 Ortsgemeinden des Landkreises Ahrweiler ein bzw. kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so daß

hier nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt wurde. In 5 der übrigen 27 Ortsgemeinden errang die CDU die absolute, in 9 die relative Mehrheit und in 10 Ortsgemeinden dominierten Wählergruppen. Die SPD erzielte in 2 Ortsgemeinden die absolute und in einer Gemeinde die relative Mehrheit.

Bevölkerung

Mit rund 114 400 Einwohnern (31. Dezember 1989) ist der Landkreis Ahrweiler ein Kreis mittlerer Größenordnung im Lande. Auch seine Siedlungsdichte (145 Einwohner je Quadratkilometer) entspricht Ende 1989 genau der durchschnittlichen Maßzahl aller Landkreise. Mit 442 Einwohnern je Quadratkilometer weist die Stadt Remagen die höchste Einwohnerdichte des Kreises auf. Unter den Verbandsgemeinden ist der Verwaltungsbezirk Adenau mit durchschnittlich 52 Einwohnern je Quadratkilometer sehr dünn besiedelt. Die weithin kleinräumliche Siedlungsstruktur des Kreises offenbart sich darin, daß in den vier verbandsfreien Gemeinden 55 % der Kreisbevölkerung ihren Wohnsitz haben, dies sind die Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler (25 000 Einwohner), die Städte Sinzig (15 200) und Remagen (14 700) sowie die Gemeinde Grafschaft (7 900). Die restliche Bevölkerung verteilt sich auf 70 zumeist weit unter 1 000 Einwohner große Ortsgemeinden. In den 56 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern lebten am 31. Dezember 1989 19 % der Gesamtbevölkerung des Landkreises Ahrweiler.

Die Bevölkerungsentwicklung war – gemessen an der Entwicklung der übrigen rheinland-pfälzischen Landkreise – außerordentlich expansiv. Gegenüber 1939 ist die Bevölkerungszahl des Jahres 1989 um mehr als 40 000 höher, was einem Plus von 55 % entspricht (Durchschnitt aller Landkreise: + 30 %, Landesdurchschnitt: + 25 %). Bereits von 1939 auf 1950 ergibt sich ein vergleichsweise überproportionaler Zuwachs um 9 000 Personen oder 12 %. Insbesondere die weitere

Wahlen 1979 – 1990

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf					
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen
	Anzahl	%						
Kreistagswahl								
1979	82 022	78,2	65,2	28,4	6,4	-	-	-
1984	86 927	75,8	62,7	25,9	5,4	6,1	-	-
1989	89 354	76,3	52,8	32,3	7,5	7,4	-	-
Landtagswahl								
1979	81 921	81,6	67,0	27,2	5,2	-	0,7	-
1983	85 740	91,9	68,0	24,8	2,9	4,0	0,2	-
1987	88 664	77,3	59,5	24,5	8,4	4,7	1,3	1,6
Bundestagswahl								
1983	86 045	91,9	65,4	23,7	6,8	3,9	0,2	-
1987	88 999	87,7	59,3	23,0	10,4	6,4	1,0	-
1990	91 643	82,6	57,2	24,0	12,2	3,2	3,5	-
Europawahl								
1979	82 323	78,1	66,4	25,6	5,0	2,2	0,8	-
1984	87 346	75,8	62,3	23,7	4,7	6,3	3,1	-
1989	89 869	76,3	53,2	28,2	6,3	6,1	6,2	-

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen.

Entwicklung in der Nachkriegszeit, die sowohl von 1950 auf 1961 als auch von 1961 auf 1970 jeweils mit einem 12 %igen Bevölkerungswachstum einherging, spiegelt zum Teil die zunehmende Besiedlung der landschaftlich besonders reizvollen Rhein- und Ahrhöhen im nordöstlichen Teil des Kreisgebietes wider, welche als Einzugsbereich des nahegelegenen Regierungssitzes Bonn anzusehen sind.

Aus dem übrigen Rheinland-Pfalz registrierte der Landkreis Ahrweiler 1989 918 Zugezogene. 824 Personen zogen über die Kreisgrenze in andere rheinland-pfälzische Verwaltungsbezirke fort. Darüber hinaus kamen aus anderen Bundesländern und dem Ausland 4 700 Menschen, so daß die 2 500 Fortzüge aus dem Landkreis Ahrweiler über die Landesgrenze bei weitem übertroffen wurden. Nach der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes wird im Jahr 2000 im Kreisgebiet mit 108 500 Einwohnern gerechnet.

Die Altersstruktur der Landkreisbevölkerung hebt sich insofern etwas vom Landesdurchschnitt ab, als der Anteil der 20- bis 60jährigen an der Gesamtbevölkerung 1989 bei 56 % (Land: 57 %) und der Anteil der Altersgruppe ab 60 Jahre bei 24 % (Land: 22 %) liegt. Die Quote der unter 20 Jahre alten Bevölkerung von 21 % entspricht dem Landesdurchschnitt. Zwei Drittel der Bevölkerung standen 1989 im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Die große Mehrheit der Kreisbevölkerung (79 %) ist katholischer Konfession, 14 % sind evangelisch. 1970 waren noch 85 % der Bevölkerung katholisch und 13 % evangelisch.

Erwerbstätigkeit

1987 waren rund 46 700 Personen erwerbstätig (+ 11 % gegenüber 1970), und zwar 30 000 Männer (64 %) und 16 600 Frauen (36 %). Die Erwerbstätigenquote – gemessen an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung – lag mit rund 42 % um 1,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Landkreise. Eine überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote läßt sich für 1987 indes in der Gemeinde Grafschaft (45 %) und in der Verbandsgemeinde Altenahr (46 %) feststellen. In der Verbandsgemeinde Bad Breisig war die Quote relativ niedrig (37 %). Von allen Erwerbstätigen sind 37 % Angestellte. Über die Hälfte ist weiblich. Von den über 15 300 Personen mit Arbeiterstatus (33 % aller Erwerbstätigen) sind gut ein Fünftel Frauen. Unter den Erwerbstätigen des Landkreises sind knapp 10 % selbständig. 1970 waren dies noch 13 %.

Nach Wirtschaftsbereichen gegliedert, steht der Landkreis Ahrweiler mit den im Dienstleistungssektor tätigen Personen (45 %) mittlerweile eindeutig an der Spitze der Landkreise in Rheinland-Pfalz. Der Landkreisdurchschnitt wird sogar um 10 Prozentpunkte übertroffen. Der Erwerbstätigenanteil des Dienstleistungssektors ist nur in den kreisfreien Städten Koblenz (56 %), Mainz (51 %), Trier (49 %) und Kaiserslautern (47 %) höher. Das produzierende Gewerbe hielt 1970 mit 43 % noch die führende Position, es beschäftigt 1987 35 % aller erwerbstätigen Personen. Das insgesamt expandierende Dienstleistungsangebot resultiert auch aus der starken Fremdenverkehrsorientierung des

Fläche und Bevölkerung der Gemeinden 1989¹⁾

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	63,30	24 971
Remagen, Stadt	33,16	14 651
Sinzig, Stadt	41,00	15 160
Grafschaft	57,65	7 935
VG Adenau	257,68	13 351
Adenau, Stadt	18,60	2 773
Antweiler	4,46	583
Aremberg	9,62	232
Barweiler	8,52	484
Bauler	2,34	55
Dankerath	3,26	109
Dorsel	7,16	210
Eichenbach	5,02	60
Fuchshofen	2,84	110
Harscheid	3,13	125
Herschbroich	7,24	295
Hoffeld	5,15	336
Honerath	1,99	205
Hümmel	15,84	531
Insul	5,01	444
Kaltenborn	21,82	347
Kottenborn	3,78	144
Leimbach	15,62	516
Meuspath	3,06	144
Müllenbach	8,02	489
Müsch	3,81	217
Nürburg	3,63	165
Ohlenhard	5,01	135
Pomster	5,81	183
Quiddelbach	4,43	292
Reifferscheid	14,23	559
Rodder	6,38	218
Schuld	5,93	728
Senscheid	4,27	113
Sierscheid	2,35	88
Trierscheid	4,11	67
Wershofen	14,36	801
Wiesemscheid	5,60	245
Wimbach	6,84	418
Winnerath	3,33	161
Wirft	3,25	129
Dümpelfeld	11,86	640
VG Altenahr	153,90	10 654
Ahrbrück	12,56	1 109
Altenahr	14,85	1 730
Berg	19,08	1 202
Dernau	5,74	1 864
Heckenbach	27,34	226
Hönningen	10,03	897
Kalenborn	4,32	511
Kesseling	31,17	686
Kirchsahr	6,11	369
Lind	12,36	483
Mayschoss	5,67	1 009
Rech	4,69	568
VG Bad Breisig	41,84	11 320
Bad Breisig, Stadt	19,95	7 399
Brohl-Lützing	9,23	2 607
Gönnersdorf	5,06	531
Waldorf	7,60	783
VG Brohlthal	138,67	16 331
Dedenbach	7,63	389
Königsfeld	7,21	509
Niederdürenbach	6,82	946
Niederzissen	11,99	2 297
Oberdürenbach	6,94	539
Oberzissen	2,74	985
Schalkenbach	10,28	667
Brenk	3,07	189
Burgbrohl	10,68	3 050
Galenberg	2,28	157
Glees	11,45	546
Hohenleimbach	10,17	283
Spessart	8,72	647
Wassenach	6,18	1 004
Wehr	9,93	1 139
Weibern	10,66	1 417
Kempnich	11,92	1 567
Landkreis Ahrweiler	787,20	114 373

1) Stand 31. 12.

Bevölkerung 1939 – 2000 und Erwerbstätigkeit 1987

Verbandsfreie Gemeinde ————— Verbandsgemeinde	Bevölkerung									Erwerbstätigkeit	
	1939	1950	1961	1970	1980	1989			2000 ^p	ins- gesamt	Erwerbs- tätigen- quote ¹⁾
						ins- gesamt	weib- lich	Ein- wohner je km ²			
Anzahl						%		Anzahl		%	
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	15 795	18 091	21 652	24 015	26 141	24 971	54,4	394	22 703	10 151	41,3
Remagen, Stadt	8 839	10 415	12 246	13 590	14 248	14 651	52,5	442	14 101	5 994	42,4
Sinzig, Stadt	6 761	8 079	9 562	12 116	14 127	15 160	52,1	370	14 843	6 267	42,2
Grafschaft	4 448	5 193	5 422	5 916	7 103	7 935	49,6	138	7 760	3 326	44,9
VG Adenau	11 800	12 173	12 367	13 208	12 802	13 351	50,3	52	12 610	5 317	41,0
VG Altenahr	8 351	8 706	9 765	10 623	10 504	10 654	51,3	69	10 449	4 845	45,9
VG Bad Breisig	6 368	7 573	8 421	9 531	10 429	11 320	54,0	271	10 310	4 037	37,4
VG Brohlthal	11 633	12 766	13 322	14 863	15 306	16 331	50,3	118	15 768	6 721	42,2
Landkreis Ahrweiler	73 995	82 996	92 757	103 862	110 660	114 373	52,1	145	108 544	46 658	41,9

1) Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Wohnbevölkerung.

Kreises. Beispielsweise sind die Ahrgemeinden touristisch und in der Infrastruktur recht gut erschlossen. Zudem hat sich Bad Neuenahr-Ahrweiler nicht nur zum bedeutendsten rheinland-pfälzischen Heilbad entwickelt, sondern auch überhaupt zum größten Fremdenverkehrsort des Landes.

Die Verrechnung von 14 800 Berufsauspendlern gegen 3 500 Berufseinpender ergibt für den Landkreis Ahrweiler zum Volkszählungstichtag im Jahre 1987 einen negativen Pendlersaldo (– 11 300). Im Jahre 1970 lag dieser bei – 6 100. Die gegenüber 1970 deutlich höhere Zahl erwerbstätiger Personen hängt mit einer verstärkten Nachfrage nach Arbeitsplätzen außerhalb des Kreisgebietes zusammen. Unter den Arbeitszentren des Kreisgebietes gelten die Orte Bad Neuenahr-Ahrweiler und Adenau gleichzeitig als Einpendlerzentren. Das Arbeitszentrum Burgbrohl hat eine in etwa ausgeglichene Pendlerbilanz. Die stärksten Berufsauspendlerströme kommen aus Remagen und Sinzig und fließen überwiegend in die Bundeshauptstadt Bonn.

Steuerliches Einkommen

Im Jahre 1986 erzielten die 40 700 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen des Kreises Einkünfte im

Berufseinpender in die Gemeinde Bad Neuenahr-Ahrweiler 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Sinzig, Stadt	1 029
Grafschaft	993
Dernau	383
Remagen, Stadt	334
Bonn, Stadt (Nordrhein-Westfalen)	136
Bad Breisig, Stadt	132
Mayschoss	114
Adenau, Stadt	103
Übrige Gebiete	2 574
Einpendler insgesamt	5 798

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpendlerstrom einzeln nachgewiesen.

Gesamtbetrag von 1 577 Mill. DM, was je Steuerpflichtigen 38 800 DM ausmacht. Dieser Betrag liegt leicht unter dem Landkreisdurchschnitt, übertrifft aber den Mittelwert für den Regierungsbezirk Koblenz geringfügig. 23 % der Steuerpflichtigen des Landkreises hatten Einkommen unter 16 000 DM. In der Einkommensgrößenklasse mit der bei weitem höchsten absoluten Häufigkeit (25 000 bis unter 40 000 DM) waren 29 % der unbeschränkt Steuerpflichtigen angesiedelt. Gut 3 % erzielten Einkünfte von mindestens 100 000 DM. Die Steuerpflichtigen der Größenklasse von 50 000 bis unter 100 000 DM hatten ein Drittel der gesamten Einkünfte des Kreises.

Zum weitaus größten Anteil handelt es sich um Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (78 % bei 1 303 Mill. DM), der Durchschnittswert für alle Landkreise beträgt 80 %. Einkünfte aus Gewerbebetrieb machen 11 % der Gesamteinkommen aus. Im Landkreisdurchschnitt sind es 10 %. Von den 448 600 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen, die im Regierungsbezirk Koblenz Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielten, entfallen 36 600 auf den Landkreis Ahrweiler.

Bildungswesen

Im Schuljahr 1989/90 gab es 35 Grund- und Hauptschulen, an denen insgesamt 6 677 Schüler von 414 hauptberuflichen Lehrkräften, davon 271 Frauen, unterrichtet wurden. Bei 302 Klassen ergibt sich somit eine durchschnittliche Klassengröße von 22,1 Schülern (Schuljahr 1975/76: 31,2 Schüler je Klasse), die höher als die mittlere Klassengröße aus der Gesamtheit aller Landkreise ist. Im Landkreis Ahrweiler gibt es des weiteren fünf Sonderschulen, in denen 251 Kinder unterrichtet werden, die wegen ihrer Behinderung auf dem Bildungsweg der anderen Schularten auch durch besondere Hilfen nicht oder nicht ausreichend gefördert werden können. Dort sind 39 hauptberufliche Lehrer, davon 30 vollzeit- und 9 teilzeitbeschäftigt.

Als weitere allgemeinbildende Schulen befinden sich im Kreisgebiet vier Realschulen und sechs Gymnasien. Bad Neuenahr-Ahrweiler beheimatet hiervon zwei Realschulen und drei Gymnasien, in Remagen und Adenau

Berufsauspendler aus der Stadt Sinzig 1987

Zielort	Berufs- auspendler ¹⁾
Bonn, Stadt (Nordrhein-Westfalen)	1 220
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	1 029
Remagen, Stadt	605
Koblenz, Stadt	155
Köln, Stadt (Nordrhein-Westfalen)	146
Bad Breisig, Stadt	108
Übrige Gebiete	679
Auspendler insgesamt	3 942

1) Gehen mindestens 100 Personen in dieselbe Gemeinde, ist diese als Zielort einzeln nachgewiesen.

gibt es jeweils eine Realschule und ein Gymnasium, in Sinzig befindet sich ein Gymnasium. Mit Beginn des Schuljahres 1989/90 wurden an den Realschulen insgesamt 1 229 Schüler von 84 hauptberuflichen Lehrpersonen, an den Gymnasien 2 879 Schüler von 242 hauptamtlichen Lehrkräften unterrichtet. Sowohl die durchschnittlichen Klassenstärken der Realschulen (23,6 Schüler je Klasse) als auch die der Gymnasien (23,7) liegen unter dem Landkreisdurchschnitt.

Berufsbildende Schulen des Landkreises sind auf die Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler konzentriert, wo eine Fachschule, je eine Berufs- und Berufsaufbauschule, zwei Berufsfachschulen sowie eine Fachoberschule zur Verfügung stehen. Sämtliche berufsbildenden Schulen, die in zwei Verwaltungseinheiten aufgeteilt sind, halten bei 81 hauptamtlichen Lehrern für 2 346 Schüler Unterricht ab. Allein die Berufsschule der Stadt unterrichtet in 85 Klassen 1 766 Schüler. In Form einer Fachschule beheimatet Bad Neuenahr-Ahrweiler eine berufsbildende Schule für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau, die unter der Aufsicht des Kultusministeriums und des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten steht. 30 Schüler wurden im Schuljahr 1989/90 in zwei Gruppen unterrichtet.

Diese Angebote schulischer Aus- und Weiterbildung werden durch jeweils eine Schule des Gesundheitswesens mit je sechs Klassen in Bad Neuenahr-Ahrweiler und in Remagen ergänzt. Dort findet für insgesamt 98 Schülerinnen und 11 Schüler Unterricht in Krankenpflege statt.

Sportstätten

Am Jahresende 1989 gab es im Landkreis 72 Sportanlagen mit 81 Sportplätzen sowie 41 Turn- und Sporthallen. Mit Ausnahme einer als Vereinsanlage betriebenen Einrichtung befinden sich die Sportanlagen in kommunaler Trägerschaft. Auf Sportplätzen und in Sportstadien waren rund 24 000 Zuschauerplätze eingerichtet. In Turn- und Sporthallen gab es über 2 470 Zuschauerplätze. Für den öffentlich zugänglichen Schwimm- und Kurbetrieb, vornehmlich in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Bad Breisig und Sinzig, stehen dem Kreis insgesamt fünf Hallen- und sieben Freibäder zur Verfügung. Im Landkreis Ahrweiler können zudem noch vier öffentlich zugängliche Hotelhallenbäder genutzt werden.

Gesundheitswesen

Anfang 1990 gab es im Landkreis Ahrweiler insgesamt 288 Ärzte, darunter 123 mit eigener Praxis. Anfang 1975 waren unter 208 Ärzten 96 frei praktizierende Fachkräfte tätig. Außerdem arbeiteten zu Beginn des Jahres 1990 im Kreis 46 frei praktizierende Zahnärzte gegenüber 43 Anfang 1975.

Der stationären Behandlung dienten 23 Krankenhäuser mit 2 425 Betten. Eine höhere Zahl tatsächlich aufgestellter Betten gibt es lediglich im Landkreis Bad Kreuznach (2 626) und in der Landeshauptstadt Mainz (2 736). Im Landkreis Ahrweiler hängen die relativ hohen Zahlen an Krankenhäusern und Betten mit dem Kurbetrieb zusammen. Die Heilbehandlung von Kurgästen macht einen Großteil des Dienstleistungsangebotes im Gesundheitswesen aus.

Jugend- und Altenpflege

Am Jahresanfang 1990 waren in 42 Kindergärten 3 155 Plätze eingerichtet. Die drei größten Gemeinden des Landkreises hielten 1 421 Kindergartenplätze (45 %) vor, und zwar in sieben Kindergärten in Bad Neuenahr-Ahrweiler, in fünf in Sinzig und in vier in Remagen. Insgesamt 259 Personen betreuten die Kinder, darunter 244 Fachpersonen. Neben 12 Kindergärten in öffentlicher Hand wurden 30 Einrichtungen von den beiden Kirchen als freien Trägern und von drei Gemeindezweckverbänden unterhalten. Als weitere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind 1986 im Kreisgebiet vor allem acht Jugendheime sowie vier Jugendzentren und Jugendfreizeitheime zu nennen. In den beiden Jugendherbergen und Jugendgästehäusern stehen darüber hinaus 200 Plätze bereit.

Als Einrichtungen für die Altenhilfe bestehen im Landkreis vier Altenheime mit 169 Plätzen, vier Altenpflegeheime mit 208 Plätzen, sechs gemischte Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheime mit 370 Plätzen sowie ein spezielles Altenwohnheim mit 375 Plätzen. Die Altenheime befinden sich in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen und Sinzig, die Altenpflegeheime in Herschbroich, Kempenich, Sinzig und Wehr. In den Gemeinden Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig und Weibern sind gemischte Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheime. Ein Altenwohnheim befindet sich in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Wohnungsversorgung

Mit einer Zunahme des Gesamtwohnungsbestandes um 45 % zwischen 1968 und 1987 liegt der Kreis um mehr als 13 Prozentpunkte über dem Landkreisdurchschnitt und ist im Regierungsbezirk Koblenz mit Abstand führend. Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Mai 1987 befanden sich im Landkreis drei von zehn Wohnungen in Gebäuden, die vor 1949 erbaut worden waren. 23 % der Wohnungen wurden von 1958 bis 1968 errichtet (Landkreisdurchschnitt: 20 %), 22 % stammen aus den Jahren von 1969 bis 1978, 14 % sind ab 1979 erbaut. Bei den beiden jüngeren Zeitabschnitten liegt der Landkreis Ahr-

weiler ebenfalls über dem Landkreisdurchschnitt von 19 bzw. 13 %. Entsprechend rangiert der Kreis auch beim Anteil der Wohnungen, die mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet sind, mit 76 % an der Spitze der Landkreise und wird nur von der Stadt Mainz (77 %) übertroffen. Der Landkreisdurchschnitt liegt bei 67 %. Die Quadratmetermiete betrug 1987 im Landkreis Ahrweiler 6,40 DM, womit der rheinland-pfälzische Mietendurchschnitt von 6,25 DM je Quadratmeter übertroffen wurde.

Seit der Gebäude- und Wohnungszählung kamen somit 636 Wohnungen (+ 1,3 %) hinzu. Mit 423 Wohnungen je 1 000 Einwohner war die quantitative Wohnungsverorgung Anfang 1990 deutlich besser als im Landkreisdurchschnitt (404). Bei 30 772 Wohngebäuden belief sich die Gesamtzahl der Wohnungen auf 47 777. Jede vierte Wohnung hatte vier Räume einschließlich der Küche. In den eher städtisch strukturierten Räumen des Kreises, also in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Sinzig, Remagen und Bad Breisig befanden sich Anfang 1990 etwa 63 % aller Wohnungen bei einem Bevölkerungsanteil von 54 %.

Verkehr

Mit der industriellen Entwicklung und dem relativ früh einsetzenden Fremdenverkehr wurde die Region für den Verkehr erschlossen, wobei zunächst die Eisenbahn wichtigster Verkehrsträger war. Allerdings wurde erst 1880 abseits der Rheintrasse die erste Eisenbahnstrecke des Ahrtales befahren, welche später bis Adenau und in einer Abgabelung ahraufwärts auf die Eifelstrecke Köln-Trier weitergeführt wurde. Die zuletzt genannte Strecke wurde inzwischen wieder stillgelegt. Bis Bad Neuenahr-Ahrweiler zunächst zweigleisig, wird die Ahrtrasse heute bis nach Kreuzberg eingleisig betrieben. Von dort bis hinauf nach Hönningen ist dann nur noch Güterzugverkehr vorgesehen. Die zweite, um die Jahrhundertwende gebaute Eisenbahnstrecke durch das Brohltal diente in den 1970er Jahren noch dem Güterverkehr. Heute wird sie zwischen Brohl und Engeln als Privatbahn für touristische Zwecke betrieben.

Dem mittlerweile dominierenden Kraftfahrzeugverkehr waren 1989 insgesamt 674 km Straßen des überörtlichen Verkehrs gewidmet, davon 546 km als freie Strecken und 128 km als Ortsdurchfahrten. Von den 779 rheinland-pfälzischen Bundesautobahnkilometern entfallen 36,4 km bzw. 4,7 % auf den Landkreis Ahrweiler. Die Autobahn A 61 ist seit Dezember 1975 durchge-

hend befahrbar. Sie erlangte schnell ihre in den 70er Jahren prognostizierte große Bedeutung. Innerhalb des Landkreises wurde diese Nord-Süd-Achse durch die Querverbindungen der A 571 und A 573 sinnvoll ergänzt. Zu den Autobahnstrecken kommt im Kreisgebiet ein Netz von 156 km Bundes-, 246 km Landes- sowie 236 km Kreisstraßen. Im Zeitraum 1986 bis 1989 wurden als Bundesstraßen etwa der Zubringer Löhrdorf-Bad Neuenahr-Ost (B 266) sowie die Ortsumgehung Kempenich-Weibern (Nürburgring-Zubringer; B 412) fertiggestellt. Die Ortsumgehung Altenahr (B 257) ist im Bau.

Am 1. Januar 1976 gab es im Kreis 33 231 Personenwagen und Kombis, 1 883 Lastkraftwagen, 3 682 Zugmaschinen und 622 Motorräder. Anfang 1990 waren es schon 57 449 Pkw, 2 504 Lkw, 4 199 Zugmaschinen und 2 564 Motorräder. Auf 1 000 Einwohner kamen, wie auch im Landesdurchschnitt, 509 Pkw. Der vorläufige Höchststand an Pkw im Landkreis wurde am 1. Juli 1990 mit einem Bestand von 59 025 Fahrzeugen ermittelt. Der Bestand nach Gemeinden am 1. Juli 1989 reicht von 11 853 Pkw in Bad Neuenahr-Ahrweiler bis zu den 29 Pkw des 55-Seelen-Ortes Bauler in der Verbandsgemeinde Adenau.

Mit den beiden Rheinhäfen des Landkreises in Brohl-Lützing und Remagen ist die Region an die bedeutendste Binnenwasserstraße Europas angebunden. In Brohl wurden 1989 fast 300 000 Tonnen Güter umgeschlagen, wovon fast 88 % Steine, Erden und Baustoffe waren. Brohl dient vorwiegend als Versandhafen im Talverkehr.

Sozialprodukt

Das erwirtschaftete Sozialprodukt (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen) betrug 1986 im Landkreis Ahrweiler etwas mehr als 2 Mrd. DM. Es ist damit gegenüber 1980 um 33 % gestiegen. Je Einwohner waren dies 1986 ca. 18 370 DM, womit der Landkreisdurchschnitt von 20 160 DM deutlich unterschritten wurde. Die wachsende Bedeutung des tertiären Sektors wird auch im Kreisgebiet durch einen längerfristig steigenden Anteil der Dienstleistungen an der gesamten Bruttowertschöpfung sichtbar – ein Trend, der sich durch einen Dienstleistungsanteil von 44 % im Jahre 1980 bis zu 51 % in 1986 belegen läßt. Auf das produzierende Gewerbe, das Anfang der 80er Jahre noch 40 % der wirtschaftlichen Leistung erbrachte, entfielen 1986 noch gut 34 %. Handel und Verkehr machten nach wie vor gut 12 % der Wertschöpfung aus, Land- und Forstwirtschaft etwas mehr als 2 %.

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1986

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner	
	Mill. DM	%					DM	Landkreise=100
1980	1 531	3,0	40,4	12,4	27,8	16,4	13 850	87,9
1982	1 706	3,3	36,3	12,0	31,7	16,7	15 410	91,3
1984	1 883	2,7	36,7	12,5	31,9	16,3	16 970	93,5
1986	2 034	2,3	34,4	12,4	32,7	18,2	18 370	91,1

Von 1984 bis 1986 fiel der Anstieg des Sozialprodukts im Kreis mit + 8 % unterdurchschnittlich aus. Die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft ging in diesem Zeitraum um 7,5 % zurück, während der Anteil des produzierenden Gewerbes um 1,3 % (Landkreise insgesamt: + 11,8 %) höher ausfiel. Deutliche Zuwächse erwirtschafteten von 1984 bis 1986 Handel und Verkehr (+ 8 %) sowie Dienstleistungsunternehmen (+ 10,5 %), zu denen etwa Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe, Gesundheitswesen, Gast- und Verlagsgewerbe, Wohnungsvermietung, Steuer- und Rechtsberatung zählen. Mit mehr als 30 % Anteil an der Bruttowertschöpfung nimmt die von Dienstleistungsunternehmen erbrachte Leistung im Kreis Ahrweiler wie auch in den Kreisen Mayen-Koblenz, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Kaiserslautern, Ludwigshafen und in der Stadt Mainz mehr und mehr zu. Die landesweit höchste Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen erfuhren im Landkreis Ahrweiler staatliche Institutionen, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck mit + 21 % von 1984 bis 1986.

Landwirtschaft

Der Landkreis Ahrweiler zählt mit 51 % (39 900 ha) zu den Kreisen mit hohem Waldflächenanteil. Die Bodenfläche aller Landkreise ist zu 41 % mit Wald bedeckt. Hingegen liegt der Kreis mit 35 Prozent Landwirtschaftsfläche (27 500 ha) um 10 Prozentpunkte unter dem Landkreisdurchschnitt. Ackerland (10 500 ha) und Dauergrünland (8 500 ha) machen den weitaus größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus. Auf 248 ha wird zum Verkauf bestimmtes Baumobst angebaut, vor allem an der nördlichen Kreisgrenze im Grafschafter Raum. Die 428 ha umfassende bestockte Rebfläche ist das nördlichste deutsche Anbaugebiet und liegt klimatisch günstig im mittleren Ahrverlauf. Es wird überwiegend Rotwein, besonders Spätburgunder und Portugieser, angebaut, jedoch weist die bestockte Rebfläche auch nennenswerte Kontingente der Weißweinrebsorten Riesling und Müller-Thurgau auf. Von 1964 bis 1988 wurden sowohl im Anbaugebiet der Ahr die mit Blauem Spätburgunder bepflanzten Rebflächen erheblich ausgeweitet, wie auch in der Nahregion, in Rheinhessen und in der Rheinpfalz.

Auch im Landkreis Ahrweiler gibt es immer weniger landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere auch solche von geringer und mittlerer Größe. Gegenüber 1949, als die Zahl der Betriebe 7 200 betrug, waren es 1989 noch 1 759; das ist eine Abnahme um 76 % (alle Landkreise: – 74 %). Der Anteil der Betriebe, die 1989 über mehr als 20 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche verfügten, lag bei 17 %. 1949 betrug der entsprechende Anteil 1 %. Im Jahre 1987 wurden von Futterbaubetrieben 56 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschaftet.

Unter den Fruchtarten dominiert der Getreideanbau, für welchen gut drei Viertel des Ackerlandes beansprucht wurde. Weizen sowie Winter- und Sommergerste werden bevorzugt angebaut. 10 % des Ackerlandes wurden 1987 für Futterpflanzen genutzt. Geerntet wurden 1987 fast 36 700 Tonnen Getreide, darunter 15 300 Tonnen Weizen, 8 800 Tonnen Winter- und 4 300 Tonnen Sommergerste.

Im Jahre 1950 gab es 5 015 Rinderhalter, im Dezember 1988 waren es 739 und damit 85 % weniger. Dagegen liegt der Rinderbestand derzeit bei 18 620 Tieren, darunter 6 500 Milchkühen; er ist damit um 2,4 % geringer als im Jahre 1950. Die Zahl der Schweine wurde von 15 000 im Jahre 1950 auf 8 100 (– 46 %) in 1988 relativ stark reduziert. Schweinehalter gab es 1950 über 6 000. 1988 wurden hier noch 350 gezählt.

Industrie und Handwerk

Die 156 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes beschäftigten 1989 insgesamt 6 759 Personen, die einen Umsatz von 1,4 Mrd. DM erwirtschafteten und 284 Mill. DM an Löhnen und Gehältern zahlten. Allein in den 78 Betrieben (50 %) der Städte Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig und Burgbrohl arbeiteten 4 374 Beschäftigte (65 %). 70 % des im Kreis erzielten Umsatzes entfiel auf die in diesen vier Gemeinden ansässigen Unternehmen. Nach Wirtschaftszweigen differenziert bieten in der Investitionsgüterindustrie die Produktion von Maschinen (991 Beschäftigte in 21 Betrieben), der Straßenfahrzeugbau und die Reparatur von Kraftfahrzeugen (779/7) sowie die Herstellung elektrotechnischer Güter mit der Reparatur von Haushaltsgeräten (746/12) die größten Beschäftigungsmöglichkeiten. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ist die Holzverarbeitung (593/11) ein bedeutender Wirtschaftszweig, im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dominieren die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (403/18) sowie die chemische Industrie (373/10). Die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten mit ihren Auslandsumsätzen 1989 eine Exportquote von 18 %. Der Landkreisdurchschnitt betrug 32 %.

Ein Vergleich der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 weist für das verarbeitende Gewerbe des Landkreises einen Rückgang der Arbeitsstätten (– 13 %) und Beschäftigtenzahl (– 17 %) aus. Ein deutliches Plus an Beschäftigungsverhältnissen gab es indes im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (+ 24 %). 1987 waren darüber hinaus in den neun Arbeitsstätten der Energie- und Wasserversorgung 174 Beschäftigte tätig.

Handwerksunternehmen gab es 1987 insgesamt 1 027 gegenüber 1 049 Anfang 1976. Verhältnismäßig viele Handwerksunternehmen arbeiteten 1987 im Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung (56), der Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und Schreibmaschinen (57), Holzverarbeitung (86), Herstellung von Backwaren (92) und Fleischverarbeitung (62). 79 Handwerksunternehmen haben ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel. Das Friseurhandwerk ist mit 95 Unternehmen vertreten. Das Baugewerbe, im Landkreis mit 354 Handwerksunternehmen beheimatet, ist noch am stärksten handwerklich geprägt. Hier existieren neben 137 Handwerksunternehmen im Bauhauptgewerbe weitere 217 Firmen im Ausbaugewerbe. Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen, die alle Arbeitsstätten des Baugewerbes erfassen, wurde die von 1970 bis 1987 sinkende Beschäftigtenzahl des Baugewerbes (um 13 % auf 3 000) maßgeblich vom Bauhauptgewerbe (– 24 %) verursacht. Das Ausbaugewerbe beschäftigte 19 % mehr Personen.

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			
						1 000 DM	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	37	937	25	13,9	0,8	40 562	225 124
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	18	403	22	6,0	2,5	18 335	92 844
Chemische Industrie	10	373	37	5,5	0,5	17 106	84 766
Holzbearbeitung	5	19	4	0,3	0,5	590	2 107
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	55	2 831	51	41,9	1,7	117 698	530 937
Stahlverformung	3	11	4	0,2	0,2	458	-
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	5	111	22	1,6	1,3	4 563	14 552
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	21	991	47	14,7	1,9	44 221	218 396
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz	7	779	111	11,5	1,5	32 983	181 826
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	12	746	62	11,0	3,5	27 551	83 615
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	55	1 983	36	29,3	2,2	74 281	347 594
Holzverarbeitung	11	593	54	8,8	5,3	25 370	139 306
Druckereien, Vervielfältigung	14	121	9	1,8	1,3	3 381	23 345
Bekleidungsgewerbe	10	148	15	2,2	2,7	2 976	9 581
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	9	1 008	112	14,9	4,6	50 584	282 961
Insgesamt	156	6 759	43	100	1,7	284 234	1 386 615

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Handel

Der Handel unterhielt im Jahre 1987 rund 1 270 Arbeitsstätten und beschäftigte 4 940 Personen. Im Vergleich zu 1970 erhöhte sich das Personal im Handel um 13 % und speziell im Einzelhandel um 14 %. Wie auch im Landesdurchschnitt waren 56 % der Arbeitsplätze mit Frauen besetzt. Im Einzelhandel, mit 1 000 Arbeitsstätten und 3 700 Beschäftigten der weitaus größte Sektor des Handels, sind Frauen zu einem Anteil von 63 % tätig. Jede vierte Person war 1987 teilzeitbeschäftigt. 1970 war jede zehnte Stelle mit einer Teilzeitkraft besetzt. Mit Löhnen und Gehältern von 75,7 Mill. DM im Jahre 1986 erwirtschaftete der Handel des Landkreises Ahrweiler 8,3 % der Lohn- und Gehaltssumme aller Wirtschaftsbereiche des Kreises.

Im Einzelhandel liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit im Nahrungs- und Genußmittelbereich sowie bei Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren. Im Großhandel des Landkreises lassen sich gleichermaßen Schwerpunkte im Nahrungs- und Genußmittelbereich ausmachen, bedeutsam ist auch der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln sowie mit Tieren. 1987 arbeiteten 36 % aller im Handel beschäftigten Personen in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Den Gemeinden Sinzig (11 %), Remagen und Adenau (je 8 %) und Bad Breisig (7 %) sind zusammen weitere 35 % aller Handelsbeschäftigten zugeordnet.

Dienstleistungen

Im Vergleich zu 1970 ist 1987 die Zahl der Beschäftigten in dem privaten Dienstleistungssektor, der die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen umfaßt, um 67 % oder 9 770 Personen höher. Im gleichen Zeit-

raum wurden im öffentlichen Dienstleistungssektor mit 7 470 um 32 % mehr Beschäftigungsverhältnisse registriert.

Während insbesondere die Zunahme der Beschäftigung in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe des Landkreises (+ 153 %) über dem Landesdurchschnitt (+ 65 %) lag, blieben die Zuwächse bei Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen mit + 60 % darunter (+ 89 %).

Im Gastgewerbe, einer Unterabteilung der Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, waren 3 350 Personen tätig. Das sind fast 39 % aller in jenem Bereich Beschäftigten. Sie erzielten 24 % der Lohn- und Gehaltssumme dieses Wirtschaftsbereichs. Auch das private Gesundheits- und Veterinärwesen, eine weitere Unterabteilung, war mit 1 610 tätigen Personen und einem 25 %igen Anteil an der Lohn- und Gehaltssumme ein bedeutendes wirtschaftliches Betätigungsfeld innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung.

Im öffentlichen Dienstleistungssektor, der neben Gebietskörperschaften und Sozialversicherung auch Einrichtungen und Organisationen ohne Erwerbszweck umfaßt, war die Hälfte der Arbeitsplätze mit Frauen besetzt. Allein in den 1987 insgesamt 70 Einrichtungen (+ 49 % gegenüber 1970) von Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Heime, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser) waren Frauen mit 83 % vertreten.

Fremdenverkehr

Besondere Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr bilden die Naturschönheiten und der Wein des Ahrtales, das Naturschutzgebiet mit dem Laacher See, die weiten Wald- und Höhengebiete in der Eifel und um

Fremdenverkehr 1989

Gebietskörperschaft ¹⁾	Bettenkapazität		Gäste	Übernachtungen		Ausnutzung der Betten- kapazität
	insgesamt	Hotels		insgesamt	Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl		%	
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	4 678	32,6	140 627	778 621	3,4	45,6
Remagen, Stadt	825	68,2	23 676	88 865	47,6	29,5
Sinzig, Stadt	317	33,1	.	22 844	.	19,7
Adenau, Stadt	318	53,5	7 867	17 514	5,4	15,1
Insul	63	–	1 457	5 418	.	23,6
Kaltenborn	146	72,6	2 949	7 413	18,3	13,9
Müllenbach	82	–	2 680	6 299	7,6	21,0
Nürburg	295	46,4	8 219	22 123	21,0	20,5
Wershofen	109	73,4	3 136	8 642	29,5	21,7
Wimbach	55	–
Altenahr, Stadt	1 384	62,3	48 851	109 026	43,7	21,6
Berg	88	–
Dernau	179	70,9	5 342	9 818	27,7	15,0
Mayschoss	386	61,1	17 215	36 162	27,5	25,7
Rech	207	68,6	4 797	12 733	7,0	16,9
Bad Breisig, Stadt	1 189	53,0	22 342	102 115	10,2	23,5
Brohl-Lützing	105	–
Burgbrohl	88	31,8	2 497	8 741	.	27,2
Glees	127	70,9
Landkreis Ahrweiler	11 891	44,6	334 456	1 331 266	13,2	30,7

1) Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen sind einzeln nachgewiesen.

die Nürburg, der Nürburgring, die Heilbäder und Kureinrichtungen und nicht zuletzt die Spielbank in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Der Landkreis ist überwiegend dem Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr zugeordnet, die Orte Remagen, Sinzig, Bad Breisig und Brohl-Lützing dem Rheintal. Bad Neuenahr-Ahrweiler ist, gemessen an den 778 600 Übernachtungen im Jahre 1989, die bedeutendste Fremdenverkehrsgemeinde in ganz Rheinland-Pfalz. Nach der Zahl der angekommenen Gäste folgt sie mit 140 600 auf Mainz, Trier und Koblenz.

In den Gemeinden mit nennenswertem Fremdenverkehr, unter denen Altenahr, Bad Breisig und Remagen eine besondere Bedeutung zukommt, waren 1989 etwa 11 900 Fremdenbetten verfügbar. 45 % davon boten die 127 Hotels. Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten hielten 1 400 Betten (12 %) vor. Im Jahre 1989 wurden aus dem Landkreis Ahrweiler insgesamt 334 500 Gäste

(+ 2 % gegenüber 1988) mit 1,33 Mill. Übernachtungen (– 0,7 %) gemeldet. 60 500 Gäste (+ 6,4 %) waren Ausländer, die 168 600 Nächte (+ 11 %) im Kreis verbrachten. Die mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste lag mit vier Tagen über dem Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Landkreise (3,8 Tage), wobei sich in erster Linie die lange Verweildauer der Kurgäste in den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten (20,8 Tage) auswirkt. Ausländische Gäste blieben durchschnittlich 2,9 Tage. Aus den Niederlanden kamen 22 300, aus Großbritannien 13 200 Gäste.

Öffentliche Finanzen

Die kommunalen Gebietskörperschaften des Kreises Ahrweiler wiesen 1988 – gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen – ein Finanzvolumen von 253,2 Mill. DM aus. Das sind 2 264 DM je Einwohner

Unmittelbare Ausgaben des Kreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachin- vestitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	30 777	275,13	75,4	6,0	18,6
Schulen und vorschulische Bildung	25 586	228,72	22,5	25,4	52,1
Kulturelle Angelegenheiten	5 326	47,61	37,0	26,3	36,7
Soziale Sicherung	44 065	393,91	10,4	0,5	89,1
Gesundheit, Sport und Erholung	16 779	149,99	23,8	39,6	36,6
Wohnungswesen und Raumordnung	11 096	99,19	15,8	63,2	21,0
Kommunale Gemeinschaftsdienste	14 965	133,78	28,9	19,0	52,1
Wirtschaftsförderung	9 332	83,42	9,2	36,9	53,9
Verkehrswesen	24 974	223,25	8,6	72,1	19,3
Wirtschaftsunternehmen	6 540	58,46	48,4	0,7	50,9
Übrige Aufgabenbereiche	23 767	212,46	21,8	21,3	56,9
Insgesamt	213 207	1 905,92	26,7	24,9	48,4

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

(Durchschnitt aller Landkreise: 2 282 DM). Die Kreisverwaltung konnte unter Einbeziehung der Kreisumlage über 82,6 Mill. DM verfügen. Die Steuereinnahmekraft lag mit 756 DM je Einwohner unter dem Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Landkreise (819 DM). Indes lag die Steuereinnahmekraft der Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bei 932 DM je Einwohner. An den bereinigten Gesamteinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften hatten die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen einen Anteil von 36 %, während 12 % auf Zuweisungen und Zuschüsse entfielen. Der Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt lag bei 4,9 % (Durchschnitt aller Landkreise: 5,6 %).

Die zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben aufgewendeten finanziellen Mittel (unmittelbare Ausgaben) beliefen sich 1988 auf 213,2 Mill. DM bzw. 1 906 DM je Einwohner. Hierbei ergaben sich Schwerpunkte bei den Aufgabenbereichen Soziale Sicherung (44,1 Mill. DM), Schulen und vorschulische Bildung (25,9 Mill. DM) und Verkehrswesen (25,0 Mill. DM). Die kommunalen Gebietskörperschaften des Landkreises Ahrweiler hatten Ende 1988 Schulden in Höhe von 171,3 Mill. DM. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 531 DM.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

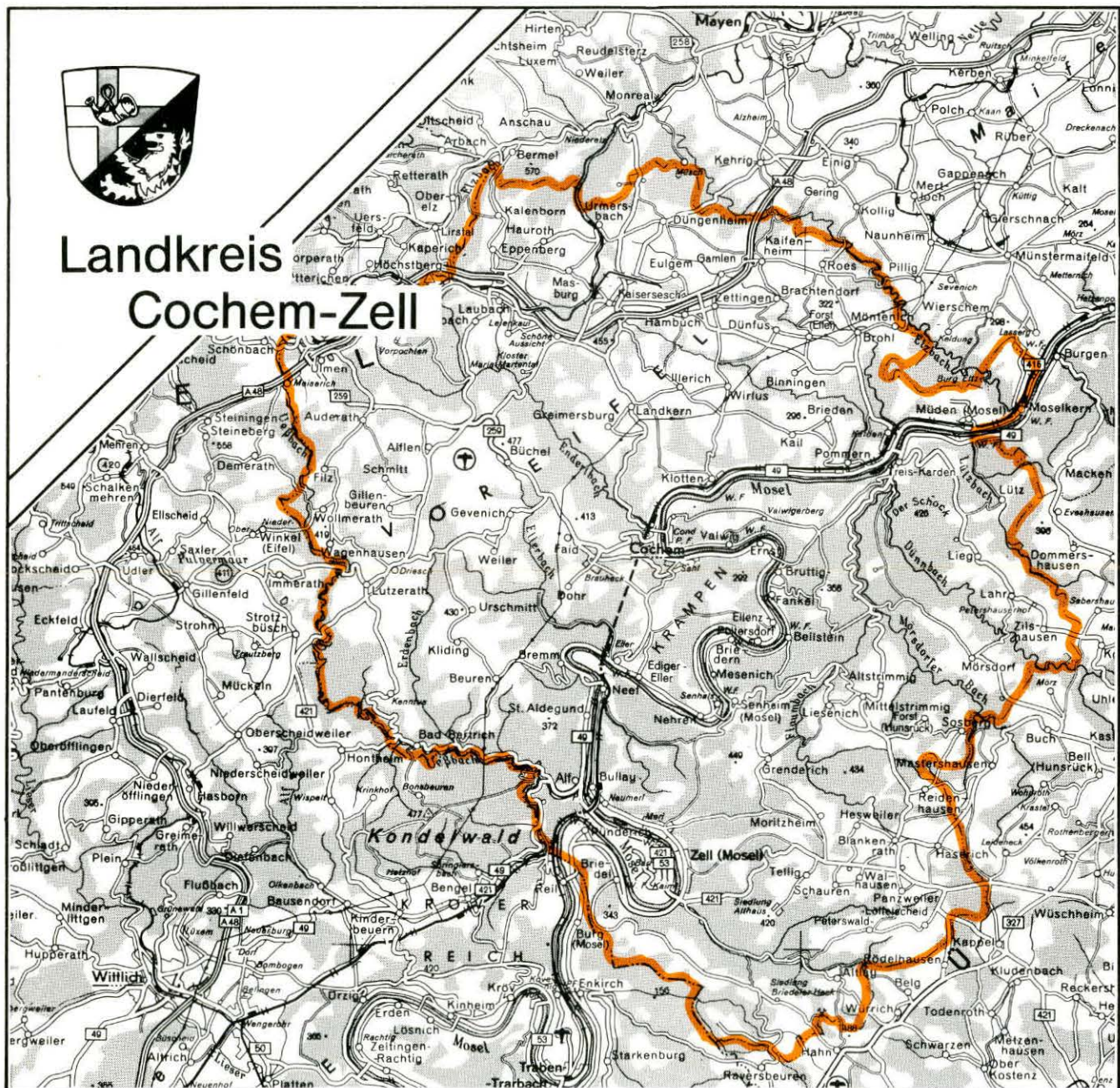
Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt



Landkreis Cochem-Zell



Nachdruck nur mit schriftlicher Zustimmung des Herausgebers.

Aufnahme: Landesbildstelle Rheinland-Pfalz

Der Landkreis Cochem-Zell

Landeskundliche Angaben

Der Landkreis Cochem-Zell hat 91 Gemeinden und erstreckt sich im Gebiet der unteren Mittelmosel über eine Fläche von 719 qkm. Im Norden grenzt er an den Landkreis Mayen-Koblenz, im Osten an den Rhein-Hunsrück-Kreis, im Westen und Südwesten an die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Daun. Das Kreisgebiet wird von Südwesten nach Nordosten vom sehr windungsreichen Tal der Mosel durchschnitten und hat Anteil an zwei weiteren naturräumlichen Haupteinheiten, dem Hunsrück im Osten und der Eifel im Norden und Westen. Das Moseltal bildet einen tiefen und teilweise engen Einschnitt zwischen diesen Mittelgebirgen. Es ist nicht unmittelbar in die hohen Flächen eingeschnitten, sondern Terrassen, die vorwiegend zum Weinbau genutzt werden, bilden den Übergang. Der Gegensatz von weiten Hochflächen und tief eingesenkten Tälern bestimmt den Charakter des Landkreises. Im Hochpochen, Eifel, erhebt sich über die 500 m hohe Hochfläche die Basalkuppe des Höchstberges. Er ist mit 616 m höchste Erhebung des Landkreises. Rund 45 % der Gesamtfläche des Kreises sind mit Wald bedeckt.

Nach einer ersten Besiedlung in der Bronzezeit vollzog sich in der Eisenzeit ab etwa 1 000 v. Chr. die Herausbildung des keltischen Volksstammes der Treverer, der über die Römerzeit hinaus das Moselland bewohnt hat. Nach dem Übergang von der römischen zur fränkischen Zeit gehörte das Kreisgebiet größtenteils zum karolingischen Reichsgut und stand im Hochmittelalter unter reichsunmittelbarer Herrschaft. Von 1294 bis 1794 übten die Erzbischöfe und Kurfürsten von Trier die Herrschaft über weite Teile des heutigen Landkreises aus. Die danach erfolgte Eingliederung in den französischen Staat (Arrondissement Koblenz im Rhein-Mosel-Departement) wurde mit der Schaffung der preußischen Verwaltungseinteilung beendet. Im Jahre 1816 entstanden die Landkreise Cochem und Zell.

Die heutigen Grenzen sind Ergebnis der territorialen Verwaltungsreform 1969. Während der frühere Landkreis Cochem in seiner Substanz erhalten blieb, wurden von dem ehemaligen Landkreis Zell der nördliche und mittlere Teil in den neuen Kreis eingegliedert. Verwaltungsmäßig zählt der Landkreis zum Regierungsbezirk Koblenz; er setzt sich zusammen aus den Verbandsgemeinden Cochem-Land (mit 16 Ortsgemeinden), Kaisersesch (17), Ulmen (16), Treis-Karden (17) und Zell (Mosel) (24 Ortsgemeinden) sowie der verbandsfreien

Stadt Cochem. Sitz der Kreisverwaltung ist die zentral gelegene Stadt Cochem.

Raumordnerisch gehört der mit dem Landkreis identische Mittelbereich Cochem zur Region Mittelrhein-Westerwald. Oberzentrum ist die Stadt Koblenz. Im Kreisgebiet sind aufgrund ihrer Ausstattung mit zentralen Einrichtungen Cochem als Mittelzentrum und die Stadt Zell/Mosel als Mittelzentrum mit Teilfunktion ausgewiesen. Grundzentren sind Blankenrath, Ediger-Eller, Lutzerath, Treis-Karden und Ulmen. Die Gemeinde Kaisersesch ist infolge ihrer über dem Normalbesatz eines Grundzentrums liegenden Ausstattung und wegen der Bedeutung als gewerblicher Entwicklungsort ein Unterzentrum.

Politische Struktur

Bei der letzten Kreistagswahl am 18. Juni 1989 erhielt die CDU 57 % der gültigen Stimmen, die SPD 31,3 %. Die GRÜNEN erzielten 7,5 % und die F.D.P. 4,2 %. Gegenüber 1984 konnten die SPD (+ 3,7 Prozentpunkte) und die GRÜNEN (+ 2,4 Prozentpunkte) Stimmen gewinnen, die CDU (- 4,7 Prozentpunkte) und die F.D.P. (- 1,5 Prozentpunkte) mußten Einbußen hinnehmen. Im derzeitigen Kreistag hat die CDU 21 Sitze, die SPD 12, die GRÜNEN drei und die F.D.P. einen Sitz.

Bei den gleichzeitigen Verbandsgemeinderatswahlen erreichte die CDU in den Verbandsgemeinden Cochem-Land, Ulmen, Treis-Karden und Zell (Mosel) die absolute Mehrheit. Für die SPD ergaben sich Werte zwischen 25,2 % in der Verbandsgemeinde Zell und 35,1 % in der Verbandsgemeinde Kaisersesch. Die F.D.P., die in drei der fünf Verbandsgemeinden vertreten war, erhielt zwischen 1,9 und 3,3 % der Stimmen. Für die GRÜNEN, die sich ebenfalls in drei Verbandsgemeinden beteiligten, ergaben sich Werte von 5 % in der Verbandsgemeinde Zell bis 8,1 % in der Verbandsgemeinde Cochem-Land. Die Wählergruppen sind in vier Verbandsgemeinden vertreten und erhielten 10,4 bis 15,5 % der gültigen Stimmen.

Bei den letzten Gemeinderatswahlen spielten die Parteien nur eine untergeordnete Rolle. In zwei Dritteln aller Gemeinden wurde nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt; hier war nur ein bzw. kein Wahlvorschlag eingereicht worden. In 17 Gemeinden erreichten Wählergruppen die absolute Mehrheit. Die CDU vereinigte in

Fläche und Bevölkerung der Gemeinden 1989¹⁾

Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung	Gebietskörperschaft	Fläche	Bevölkerung
	km ²	Anzahl		km ²	Anzahl
Cochem, Stadt	21,23	5 556	Wagenhausen	1,80	84
VG Cochem-Land	125,62	10 488	Weiler	7,32	282
Beilstein	1,71	147	Wollmerath	4,06	204
Bremm	9,12	910	Bad Bertrich	8,71	1 139
Briedern	3,55	350	VG Treis-Karden	133,05	9 065
Bruttig-Fankel	14,37	1 122	Binningen	6,67	603
Dohr	5,02	584	Brieden	4,40	117
Ediger-Eller	19,13	1 220	Brohl	5,88	362
Ellenz-Poltersdorf	7,37	881	Dünfus	3,25	262
Ernst	4,18	611	Forst (Eifel)	3,93	371
Faid	8,23	895	Kail	6,15	299
Greimersburg	10,16	604	Lahr	3,60	184
Klotten	16,07	1 582	Lieg	9,68	410
Mesenich	2,98	358	Lütz	5,48	284
Nehren	0,76	78	Möntenich	4,08	137
Senheim	12,61	604	Mörsdorf	17,37	722
Valwig	5,70	323	Moselkern	4,74	679
Wirfus	4,65	219	Müden (Mosel)	7,48	754
VG Kaiseresch	99,51	10 690	Pommern	5,66	585
Brachtendorf	2,45	204	Rös	6,74	502
Düngenheim	9,31	1 119	Treis-Karden	31,31	2 421
Eppenberg	4,13	196	Zilshausen	6,63	373
Eulgem	3,01	102	VG Zell (Mosel)	193,15	15 246
Gamlen	5,59	514	Alf	6,33	1 080
Hambuch	4,81	569	Altlay	5,75	431
Hauroth	3,94	268	Altstrimmig	8,90	370
Illerich	7,74	632	Blankenrath	4,59	948
Kaifenheim	6,17	685	Briedel	26,61	1 127
Kaisersesch	8,17	2 358	Bullay	3,95	1 339
Kalenborn	5,30	246	Forst (Hunsrück)	3,35	43
Landkern	10,61	702	Grenderich	8,51	382
Laubach	6,83	960	Haserich	4,45	159
Masburg	9,12	864	Hesweiler	2,31	145
Müllenbach	4,27	625	Liesenich	8,76	316
Urmersbach	4,34	464	Mittelstrimmig	11,47	452
Zettingen	3,70	182	Moritzheim	4,02	89
VG Ulmen	146,82	9 888	Neef	6,50	550
Alflen	13,42	746	Panzweiler	3,85	168
Auderath	6,19	511	Peterswald-Löffelsch.	15,33	478
Beuren	10,63	482	Pünderich	4,87	922
Büchel	12,84	1 027	Reidenhausen	2,06	147
Filz	3,11	81	Sankt Aldegund	6,16	704
Gevenich	7,12	579	Schauren	3,05	271
Gillenbeuren	4,70	294	Sosberg	3,91	184
Kliding	5,27	236	Tellig	1,21	311
Lutzerath	23,70	1 365	Walhausen	2,27	119
Schmitt	2,71	133	Zell (Mosel)	44,94	4 511
Ulmen	28,62	2 502			
Urschmitt	6,61	223	Landkreis Cochem-Zell	719,38	60 933

1) Stand 31. 12.

Bevölkerung 1939 – 2000 und Erwerbstätigkeit 1987

Verbandsfreie Gemeinde ————— Verbandsgemeinde	Bevölkerung								Erwerbstätigkeit		
	1939	1950	1961	1970	1980	1989			2000 ^p	ins- gesamt	Erwerbs- tätigen- quote ¹⁾
						ins- gesamt	weib- lich	Ein- wohner je km ²			
	Anzahl						%	Anzahl		%	
Cochem	5 255	5 808	6 927	6 946	5 951	5 556	48,5	262	4 876	2 228	42,6
Cochem-Land	11 328	11 888	11 301	11 626	10 741	10 488	51,6	83	10 155	4 558	42,9
Kaiseresch	9 519	9 713	9 440	10 860	10 059	10 690	50,3	107	10 561	4 445	41,7
Ulmen	8 112	8 238	9 053	9 780	10 165	9 888	50,5	67	9 578	4 123	43,2
Treis-Karden	8 947	9 749	9 712	9 953	8 904	9 065	51,1	68	8 733	3 800	41,6
Zell (Mosel)	17 410	17 677	17 484	16 833	15 608	15 246	52,2	79	14 704	6 783	44,2
Landkreis Cochem-Zell	60 571	63 073	63 917	65 998	61 428	60 933	51,0	85	58 607	25 937	42,8

1) Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Wohnbevölkerung.

drei Gemeinden mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich.

Bevölkerung

Der Landkreis ist mit rund 60 900 Einwohnern an der Bevölkerungszahl gemessen der zweitkleinste Kreis des Landes. Er weist mit 85 Einwohnern je Quadratkilometer eine weit geringere Siedlungsdichte auf als der Durchschnitt aller Landkreise (145). Knapp ein Zehntel der Bevölkerung (5 600) wohnt in der Kreisstadt Cochem, weitere 20 % in Zell (4 500), Ulmen (2 500), Treis-Karden und Kaiseresch (je 2 400). Der größte Teil der Bevölkerung lebt jedoch in den 86 meist kleineren Gemeinden.

Die Bevölkerung entwickelte sich unterdurchschnittlich. Von 1939 bis 1970 stieg die Bevölkerungszahl um rund 5 400 oder 9 % (Landkreisdurchschnitt + 25 %). Danach ist bis 1989 ein Rückgang um 5 060 oder 8,3 % zu verzeichnen (Durchschnitt der Landkreise + 3,8 %).

Die Altersstruktur der Bevölkerung entspricht den übrigen Landkreisen. Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren stehen 68 % der Bevölkerung. Die Anteile der jüngeren Generation (unter 15 Jahre) sind ebenfalls identisch mit dem Durchschnitt aller Landkreise (16 %), die der Senioren (ab 65 Jahren) liegen mit 17 % etwas darüber (16 %).

Im Regierungsbezirk Koblenz hat der Kreis Cochem-Zell mit 91 % den höchsten Anteil der römisch-katholischen Wohnbevölkerung. 7 % der Einwohner sind evangelisch.

Der Landkreis hat mit 1,4 % den niedrigsten Ausländeranteil an der Bevölkerung aller Landkreise, für die sich ein Durchschnittswert von 3,5 % ergibt.

Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes werden ohne die Wanderungen im Jahre 2000 im Kreis Cochem-Zell 58 600 Menschen leben, das sind 2 300 weniger als derzeit. Durch die Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern dürften diese Prognosewerte nach oben zu korrigieren sein.

Wahlen 1979 – 1990

Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf						
			CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	sonstige Parteien	Wähler- vereinigungen	
	Anzahl	%							
Kreistagswahl									
1979	47 724	83,3	66,1	27,1	6,8	-	-	-	
1984	49 001	82,6	61,7	27,6	5,7	5,1	-	-	
1989	48 952	84,5	56,9	31,4	4,2	7,5	-	-	
Landtagswahl									
1979	47 752	84,8	70,3	25,0	3,9	-	0,8	-	
1983	49 080	92,6	68,7	22,2	3,2	5,5	0,3	-	
1987	49 066	83,1	58,9	25,2	7,5	5,1	1,4	2,0	
Bundestagswahl									
1983	49 156	92,6	68,4	21,7	5,8	3,9	0,3	-	
1987	49 215	90,3	61,6	23,3	8,1	5,4	1,5	-	
1990	49 926	86,2	61,7	22,4	9,4	3,2	3,2	-	
Europawahl									
1979	47 823	82,9	69,1	23,9	4,2	1,8	1,0	-	
1984	49 184	82,5	63,4	24,0	4,0	5,6	3,0	-	
1989	49 156	84,4	56,1	27,4	4,6	5,9	6,0	-	

1) Bei der Bundestagswahl Zweitstimmen.

Berufseinpender in die Stadt Zell (Mosel) 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Briedel	122
Übrige Gebiete	879
Einpender insgesamt	1 001

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpenderstrom einzeln nachgewiesen.

Die Altersstruktur der derzeitigen Bevölkerung wird sich bis zum Jahre 2000 weiter in Richtung der älteren Menschen verschieben. Die Zahl der jungen Leute unter 15 Jahre nimmt dann geringfügig zu, die derjenigen im Alter von 15 bis 65 Jahre hat eine rückläufige Tendenz (- 6 %), wogegen die Zahl der Senioren über 65 Jahre ansteigt (+ 9 %).

Erwerbstätigkeit

Von den 25 900 Erwerbstätigen am Stichtag der Volkszählung 1987 waren 17 100 (66 %) Männer und 8 800 (34 %) Frauen. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung entsprach mit 43 % dem Durchschnitt der Landkreise. Die Gliederung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf weicht jedoch vom Durchschnitt ab. Während der Anteil der Selbständigen (13 %), der mithelfenden Familienangehörigen (5 %) und der Beamten (12 %) überdurchschnittlich hoch lag, war der Anteil der Angestellten mit 27 % auffallend niedrig. Bei den Arbeitern (36 %) waren es zwei Prozentpunkte weniger als im Landkreisdurchschnitt. Der Anteil der Auszubildenden lag geringfügig über dem Durchschnitt. Gut zwei Fünftel von ihnen waren weiblich. Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen erhellt den Grund der Abweichung: 11 % der Erwerbstätigen waren in der Land- und Forstwirtschaft tätig. In den Landkreisen lag die Quote mit 5,7 % nur halb so hoch. Auch im Bereich der Dienstleistungen waren mit 41 % überdurchschnittlich viele Erwerbstätige beschäftigt. Fast dem Landkreisdurchschnitt entsprach die Zahl der Erwerbstätigen im Handel und Verkehr (17 %), während ein unterdurchschnittlicher Anteil der Erwerbstätigen (31 %) im produzierenden Gewerbe tätig war. Der Grund für die abweichende Verteilung liegt in der kleinbäuerlichen Struktur des Kreises, in

Berufseinpender in die Stadt Cochem 1987

Herkunftsort	Berufseinpender ¹⁾
Bruttig-Fankel	110
Dohr	111
Faid	115
Klotten	157
Büchel	108
Treis-Karden	114
Übrige Gebiete	2 516
Einpender insgesamt	3 231

1) Kamen mindestens 100 Personen aus derselben Gemeinde, ist deren Einpenderstrom einzeln nachgewiesen.

dem Weinbau, Weinhandel und Fremdenverkehr wichtige Erwerbsquellen darstellen.

Über 6 000 Personen oder 24 % der Erwerbstätigen sind außerhalb der Grenzen des Landkreises beschäftigt. Andererseits pendeln 2 500 Personen in den Kreis ein. Der negative Pendlersaldo entspricht tendenziell dem Durchschnitt aller Landkreise.

Einkommen

Mit einem Pro-Kopf-Betrag von rund 34 000 DM je Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen lagen 1986 die durchschnittlichen Einkünfte um 13 % unter dem Landkreisdurchschnitt (39 000 DM). Die 21 400 Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erzielten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 726 Mill. DM. Knapp 42 % aller Steuerpflichtigen entfielen auf die mittleren Einkommensklassen von 25 000 bis 50 000 DM, was dem Durchschnitt aller Landkreise entspricht. In der Einkommenspyramide sind im Vergleich zum Durchschnitt der Landkreise die niedrigen Einkommen stärker vertreten, die höheren Einkommen aber schwächer.

Bildungswesen

An den 31 Grund- und Hauptschulen wurden im Schuljahr 1989/90 insgesamt 4 100 Schüler von 272 hauptberuflichen Lehrern unterrichtet. Die Klassenstärke war mit 20,8 Schülern etwas geringer als der Landkreisdurchschnitt (21,9). An den beiden Schulen für Lernbehinderte in Kaisersesch und in Zell sowie in den beiden Schulen für Geistigbehinderte in Dohr und Dungenheim wurden 235 behinderte Kinder von 26 hauptberuflichen Lehrern betreut. Die Behinderung der Schüler macht die Unterrichtung in kleinen Klassen erforderlich, die 1989/90 bei 7,8 Schülern je Klasse lagen. In Cochem und in Zell gibt es noch jeweils eine Realschule, in Cochem außerdem ein Gymnasium. Die Realschulen wurden im Schuljahr 1989/90 von 600 Schülern besucht, das Gymnasium von 500 Schülern. In den Realschulen waren 43, am Gymnasium 36 hauptberufliche Lehrer. In den Realschulklassen wurden durchschnittlich 23 Schüler unterrichtet, bei einem Landkreisdurchschnitt von 24,4 Schülern je Klasse. Anders verhielt es sich bei dem einzigen Gymnasium, wo eine Klasse im Schnitt aus 26,3 Schülern bestand, bei einem Durchschnitt in den Landkreisen von 25,1.

Neben diesen allgemeinbildenden Schulen befindet sich im Landkreis noch die berufsbildende Schule in Cochem, an der über 1 500 Schüler unterrichtet wurden. Davon besuchten gut 1 180 Schüler die Berufsschule, 200 die Berufsfachschule Wirtschaft bzw. Hauswirtschaft/Sozialwesen sowie 19 bzw. 107 die Berufsaufbauschule und die Fachoberschule. Zu erwähnen bleiben eine Fachschule für Gesundheitswesen in Cochem sowie eine Fachschule für Landwirtschaft (Weinbauschule) in Bullay.

Sportstätten

Von den 44 Turn- und Sporthallen und den Sportplatzanlagen im Kreisgebiet sind die meisten kommu-

nale oder staatliche Anlagen. Schwimmsportliche Betätigung ermöglichen außerdem sechs öffentliche Freibäder in Cochem, Bad Bertrich, Treis-Karden, Ellenz-Poltersdorf, Zell und Alf. Damit entfällt auf je 10 155 Einwohner ein Freibad. Von den drei öffentlichen Hallenbädern in Zell, Dohr und Cochem ist das Bad in Cochem als Wellenbad eingerichtet. Außerdem steht der Bevölkerung das Thermal-Hallenbad in Bad Bertrich zur Verfügung.

Gesundheitswesen

Für die medizinische Versorgung der Bevölkerung waren 1990 insgesamt 137 Ärzte sowie 25 Zahnärzte tätig, davon 56 Ärzte in freier Praxis. In Cochem und in Zell ist je ein Krankenhaus, im Heilbad Bad Bertrich sind zwei Fachkliniken, die zusammen über 515 Betten verfügen.

Jugend- und Altenpflege

In 41 Kindergärten gab es 1990 knapp 2 000 Plätze. Für die Betreuung der Kinder waren 170 Personen eingesetzt, gut 93 % davon Fachpersonal. 11 Kindergärten sind in der Hand eines öffentlichen Trägers, die übrigen werden von freien Trägern geführt. Für die Freizeitgestaltung Jugendlicher sind acht Jugendheime eingerichtet, außerdem stehen in einer Jugendherberge 180 Betten zur Verfügung.

Zur Versorgung der älteren Generation sind im Landkreis vier Alten- und Pflegeheime mit zusammen 130 Betten vorhanden, von denen je eines in Ediger-Eller und Kaisersesch und zwei in Alf geführt werden.

Wohnungsversorgung

Die Wohnungsversorgung hat sich im Zeitraum 1968 bis 1989 von 297 auf 406 Wohnungen je 1 000 Einwohner verbessert und liegt über dem Durchschnitt der Landkreise (404). Insgesamt gab es 1989 im Landkreis Cochem-Zell 24 600 Wohnungen. 26 % aller Wohnungen lagen 1987 in Gebäuden, die vor der Jahrhundertwende errichtet worden waren. Nur noch die Landkreise Alzey-Worms, Donnersbergkreis, Kusel und Südliche Weinstraße haben einen prozentual höheren Bestand an Altbauten. Der Landkreisdurchschnitt lag bei 19 %. In den Jahren 1901 bis 1918 wurden 8 % (Durchschnitt der Landkreise 7 %) der Wohnungen des heutigen Bestandes errichtet, zwischen 1919 und 1948 weitere 11 % (12 %) und von 1949 bis 1978 45 % (49 %). Der Anteil der Wohnungen in den Neubauten, die 1979 und später erbaut wurden, liegt mit 10 % unter dem Durchschnitt in den Landkreisen von 13 %. Im Landkreis beträgt die Wohnfläche je Wohnung 106 m². Diese Größe ist identisch mit der im Westerwaldkreis und stellt den Spitzenwert für den Regierungsbezirk Koblenz dar. 93 % der Wohnungen sind mit Bad und WC ausgestattet, davon zwei Drittel mit Sammelheizung, ein Drittel ohne. Das Mietpreisniveau liegt mit 4,90 DM je Quadratmeter unter dem Landesdurchschnitt (6,25 DM).

Verkehr

Die Hauptverkehrsader des Kreises ist das Moseltal. Parallel zum Fluß verläuft die Bahnlinie Koblenz-Trier-

Saarbrücken, teils verkürzt die Bahn durch Tunnels den kurvenreichen Flußverlauf. Der Norden des Kreises wird von der Bahnlinie Andernach-Gerolstein tangiert, wo auf dem Streckenabschnitt Mayen/Gerolstein der Personenverkehr im Januar 1991 auf Busverkehr umgestellt wurde. Der Güterverkehr blieb indes auf der Schiene. Ebenfalls entlang der Mosel führen die Bundesstraßen 49 und 53. In Ost-West-Richtung verlaufen die Bundesstraßen 421 und 259. Durch den Nordwesten führt die Autobahn Koblenz-Trier. Insgesamt liegen im Kreisgebiet 20 km Bundesautobahn, 111 km Bundesstraßen, 272 km Landesstraßen und 230 km Kreisstraßen. Das Fluggelände der Luftwaffe bei Büchel wird auch als Segelflughafen genutzt, wo im Jahre 1989 gut 1 100 Segelflughafenstarts und knapp 700 Motorflughafenstarts verzeichnet wurden.

Der Motorisierungsgrad liegt mit 504 Personen- und Kombinationskraftwagen je 1 000 Einwohner geringfügig unter dem Durchschnitt aller Landkreise (514). Insgesamt verfügt die Bevölkerung über 30 300 Personenkraftwagen und Kombifahrzeuge, 1 400 Lastkraftwagen und 5 000 Zugmaschinen. Der Bestand an Krafträdern beträgt 1 500 und liegt gleich mit dem relativen Anteil aller rheinland-pfälzischen Landkreise.

Sozialprodukt

Die Bruttowertschöpfung belief sich 1988 auf 1 164 Mill. DM. Sie stieg damit gegenüber 1980 um 18 %. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich im gleichen Zeitraum von 7,9 auf 6,1 %. Das produzierende Gewerbe (-5,7 Prozentpunkte) erwirtschaftete 30 % der gesamten Bruttowertschöpfung, 13 % entfielen auf den Handel und Verkehr (-0,5 Prozentpunkte). Die Dienstleistungsunternehmen – sie umfassen die Kreditinstitute und Versicherungen, die Wohnungsvermietung und die sonstigen Dienstleistungen – sowie der Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck waren am stärksten an der wirtschaftlichen Leistung beteiligt. Entgegen der Entwicklung in den anderen Bereichen erhöhte sich ihr Anteil. Er belief sich für Dienstleistungsunternehmen im Jahre 1988 auf 27,2 % gegenüber 21 % im Jahr 1980, für den Staat und private Haushalte auf 23,6 % gegenüber 21,7 %. Wie in den anderen Landkreisen ist auch in Cochem-Zell eine Verlagerung von den primären und sekundären Bereichen hin zum tertiären Sektor zu beobachten.

Die Wirtschaftskraft ist trotz der Steigerung des Sozialprodukts im Vergleich zu den meisten Landkreisen noch immer relativ gering. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1988 eine Bruttowertschöpfung von 19 360 DM erwirtschaftet. Dieser Betrag liegt um 9,2 % niedriger als in der Gesamtheit der Landkreise. Die Begründung ergibt sich aus der kleinbäuerlichen Struktur des Kreises. Als Folge der auch kleinbetrieblich strukturierten gewerblichen Wirtschaft ist mit 81 % ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Erwerbstätigen in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten tätig (Landkreisdurchschnitt 71 %). 19 % sind in größeren Betrieben tätig. Arbeitsstätten mit über 1 000 Arbeitnehmern sind im Landkreis nicht vorhanden.

Landwirtschaft

Von der Gesamtfläche werden 40 % landwirtschaftlich genutzt im Vergleich zum Durchschnitt aller Land-

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Je Einwohner	
	Mill. DM	%					DM	Landkreise=100
1980	985	7,9	35,9	13,4	21,0	21,7	15 960	101,2
1982	1 046	9,3	32,5	13,8	22,3	22,1	17 180	101,8
1984	1 082	8,2	31,7	13,5	23,9	22,8	18 070	99,6
1986	1 095	6,6	29,8	13,1	26,7	23,8	18 430	91,4
1988	1 164	6,1	30,2	12,9	27,2	23,6	19 360	90,8

kreise von 45 %. Von 23 000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfallen rund drei Viertel auf Ackerland, 18 % auf Dauergrünland und knapp 9 % auf Rebland. Unter den 2 740 landwirtschaftlichen Betrieben waren 1989 knapp 90 % kleiner als 20 ha. Der Anteil der größeren Betriebe betrug 11,5 % und hat im Vergleich zu 1949 (0,3 %) stark zugenommen. Insgesamt ist gegenüber 1949 ein Rückgang der Zahl der Betriebe um gut zwei Drittel zu verzeichnen. Flächenmäßig überwiegen die Marktfrochtbetriebe, zahlenmäßig jedoch die Dauerkulturbetriebe, vor allem der Weinbau. Im Landkreis Cochem-Zell kommt, bedingt durch günstige natürliche Voraussetzungen (Klima, Boden, Relief), entlang der Mosel in den vielen bekannten Weinorten dem Weinbau eine ganz besondere Bedeutung bei.

In erster Linie wird auf den 16 700 ha Ackerland Getreide angebaut (84 %), bevorzugt Sommergerste und Winterweizen. 5,6 % des Ackerlandes werden für den Anbau von Ölfrüchten genutzt, 4,4 % entfallen auf Futterpflanzen. Bei der Ernte 1987 wurden insgesamt 64 200 t Getreide eingebracht, darunter 31 400 t Gerste und 15 400 t Weizen. Die Rapsernte erbrachte 2 600 t.

Neben Acker- und Weinbau kommt auch der Viehhaltung Bedeutung zu. 1988 wurde ein Schweinebestand von 15 700 Tieren gezählt, außerdem 12 400 Rinder. Die Bestände haben seit 1950 um 4 700 Schweine und 8 400 Rinder abgenommen.

Die Zahl der Schweine- und Rinderhalter verringerte sich in der gleichen Zeit um jeweils 92 % auf 550 bzw. 490 Personen.

Industrie und Handwerk

In den rund 3 100 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, die 1987 ermittelt wurden, arbeiteten 19 200 Beschäftigte. 21 % waren in 420 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes tätig, ein Anteil, der erheblich unter dem Durchschnitt der Landkreise (32 %) lag. Überdurchschnittlich war dagegen die Beschäftigtenquote im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor mit 45 bzw. 22 %.

Nach den Landkreisen Alzey-Worms und Ludwigshafen weist Cochem-Zell im Jahre 1989 den niedrigsten Industrialisierungsgrad aus. Mit 46 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohnern liegt der Kreis weit unter dem Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Landkreise (82). Insgesamt sind im Kreis 66 Industriebetriebe mit 2 800 Beschäftigten ansässig. Hiervon sind die meisten Betriebe (28) mit 1 622 tätigen Personen in der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) gelegen. Die Industriebetriebe erzielten einen Umsatz von 544 Mill.DM. Die Exportquote lag bei einem Drittel. Den Verbrauchsgüterindustrien mit 29 Betrieben, darunter vor allem der Kunststoffwarenherstellung und der Bekleidungsindu-

Verarbeitendes Gewerbe 1989¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte				Löhne und Gehälter	Umsatz
		insgesamt	je Betrieb	Anteil am verarbeitenden Gewerbe	Anteil am Land		
		Anzahl		%			1 000 DM
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	508	28	18,2	0,3	18 995	63 666
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	3	4	14	1,5	0,5	1 060	8 765
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	7	378	54	13,5	0,7	14 580	41 253
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	29
Druckereien, Vervielfältigung	7	100	14	3,6	1,1	3 824	17 625
Herstellung von Kunststoffwaren	5	950	190	34,0	5,4	41 262	222 063
Textilgewerbe	3	133	44	4,8	1,8	3 556	9 544
Bekleidungsgewerbe	7	243	35	8,7	4,4	5 609	22 071
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	8	191	24	6,8	0,9	6 823	72 235
I n s g e s a m t	66	2 793	42	100,0	0,7	108 656	582 565

1) Alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ohne Handwerksbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

strie, kommt die größte Bedeutung zu. Die Beschäftigtenzahl liegt bei fast allen Betrieben (95 %) unter 200. In drei Betrieben sind mehr als 200 Personen tätig.

Im Vergleich zu 1970 gibt es 16 % weniger Arbeitsstätten im verarbeitenden Gewerbe (Landesdurchschnitt: -22 %). Entsprechend verlief die Entwicklung bei den Beschäftigten. Der Rückgang betrug 17 % (-11 %).

Von den 590 Handwerksbetrieben ist knapp die Hälfte dem verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen. In diesem Bereich ist das Ernährungsgewerbe mit der Herstellung von Backwaren und die Fleischverarbeitung am häufigsten vertreten.

Handel

Nach der Arbeitsstättenzählung 1987 stehen in 720 Handelsbetrieben knapp 3 000 Beschäftigte für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Die Hälfte dieser Beschäftigten sind Frauen. Drei Viertel aller Betriebe zählen zum Einzelhandel, in dem 2 070 Beschäftigte tätig sind. In diesem Zweig hat der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (36 %) die größte Bedeutung. 18 % der Betriebe nehmen als Großhändler und 5 % als Handelsvermittler am Wirtschaftsleben teil.

Die Zahl der Arbeitnehmer beträgt hier 710 bzw. 20. Der relative Anteil der Teilzeitbeschäftigten fällt gegenüber 1970 doppelt so hoch aus. Ausländische Arbeitnehmer (0,5 %) werden nur selten eingesetzt.

Dienstleistungen

Private Dienstleistungsbetriebe, zu denen die Banken und Versicherungen und die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen gehören, beschäftigten gegenüber 1970 im Jahre 1987 rund 56 % mehr Personal (4 900). Bei den öffentlichen Dienstleistungen wurde im gleichen Zeitraum eine Zunahme der Erwerbstätigen um 31 % auf 4 300 registriert. Der Anstieg der Beschäftigten blieb in beiden Bereichen hinter dem Durchschnitt des Landes zurück. 80 Beschäftigte je 1 000 Einwohner im privaten Dienstleistungsgewerbe entsprechen dem Mittelwert des Landes. Weit über dem Landesdurchschnitt liegt das Gastgewerbe. Fast die Hälfte der Gemeinden sind anerkannte Fremdenverkehrs- oder Erholungsorte.

Fremdenverkehr

Neben der Land- und Forstwirtschaft ist der Fremdenverkehr wichtige Erwerbsgrundlage. Der Landkreis

Fremdenverkehr 1989

Gebietskörperschaft ¹⁾	Bettenkapazität		Gäste	Übernachtungen		Ausnutzung der Betten- kapazität
	insgesamt	Hotels		insgesamt	Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl		%	
Cochem, Stadt	3 306	31,6	176 405	486 112	46,4	40,3
Beilstein	309	39,5	7 741	19 103	28,3	16,9
Bremm	291	–	7 992	19 606	15,9	18,5
Briedern	197	–	3 706	10 261	.	14,3
Bruttig-Fankel	668	17,1	15 872	42 544	20,2	17,4
Ediger-Eller	600	28,3	12 167	39 502	38,1	18,0
Ellenz-Poltersdorf	872	38,8	19 950	64 312	26,3	20,2
Ernst	719	28,4	17 646	51 792	25,9	19,7
Greimersburg	66	100,0
Klotten	884	15,8	14 069	40 380	39,4	12,5
Mesenich	189	–	2 781	9 199	8,6	13,3
Nehren	134	26,9	2 090	8 805	.	18,0
Senheim	301	9,3	6 659	17 809	30,8	16,2
Valwig	539	15,2	8 789	24 558	17,8	12,5
Kaisersesch	76	63,2	2 442	5 086	.	18,3
Lutzerath	554	6,3	9 419	59 640	48,1	29,5
Ulmen	202	14,4	4 422	18 937	35,4	25,7
Bad Bertrich	1 665	22,8	21 760	332 612	0,6	54,7
Lieg	45	–
Lütz	232	52,2	4 404	14 236	.	16,8
Mörsdorf	134	–	1 550	9 876	0,5	20,2
Moselkern	150	33,3	2 821	6 399	25,3	11,7
Müden (Mosel)	223	27,8	6 000	18 041	43,1	22,2
Pommern	172	19,2	2 872	8 104	53,7	12,9
Treis-Karden	872	43,2	26 302	68 508	32,4	21,5
Alf	458	34,5	9 919	36 894	26,6	22,1
Blankenrath	167	12,0	1 807	10 219	.	16,8
Briedel	369	30,6	8 531	27 082	30,1	20,1
Bullay	382	23,3	9 516	34 422	16,1	24,7
Liesenich	135	–	2 625	15 524	32,0	31,5
Mittelstrimmig	50	–	1 312	6 567	16,0	36,0
Neef	232	–	4 582	17 087	13,6	20,2
Pünderich	315	12,7	7 969	34 654	10,5	30,1
Sankt Aldegund	250	–	4 885	19 208	14,2	21,0
Zell (Mosel)	985	17,4	26 951	98 172	12,5	27,3
Landkreis Cochem-Zell	17 349	23,8	471 180	1 720 284	26,5	27,2

1) Gemeinden mit mindestens 5 000 Übernachtungen sind einzeln nachgewiesen.

Unmittelbare Ausgaben des Kreises, seiner Verbandsgemeinden und Gemeinden 1988

Aufgabenbereich	Unmittelbare Ausgaben insgesamt ¹⁾		Personal- ausgaben	Sachin- vestitionen	Übrige unmittel- bare Ausgaben
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil der Ausgabeart in %		
Politische Führung und zentrale Verwaltung	19 276	320,54	72,3	10,8	16,9
Schulen und vorschulische Bildung	12 848	213,65	21,3	18,7	60,0
Kulturelle Angelegenheiten	2 296	38,18	50,9	9,8	39,3
Soziale Sicherung	21 588	358,99	9,7	0,9	89,4
Gesundheit, Sport und Erholung	7 788	129,51	23,1	49,2	27,7
Wohnungswesen und Raumordnung	4 191	69,69	20,7	73,5	5,8
Kommunale Gemeinschaftsdienste	8 972	149,20	8,2	43,4	48,4
Wirtschaftsförderung	7 278	121,03	18,9	40,7	40,4
Verkehrswesen	20 230	336,40	5,3	88,0	6,7
Wirtschaftsunternehmen	10 864	180,66	57,0	0,5	42,5
Übrige Aufgabenbereiche	13 225	219,92	21,0	29,9	49,1
I n s g e s a m t	128 556	2 137,77	27,0	31,5	41,5

1) Bruttoausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich Zahlungen an den öffentlichen Bereich.

wird zum großen Teil dem Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar zugerechnet. Aber auch die Eifel, zu der aus diesem Kreis die Regionen um Kaisersesch und Ulmen zählen, und einige Orte des Hunsrücks – vornehmlich aus der Verbandsgemeinde Zell- sind bei den Gästen sehr beliebt. Im April 1989 standen in den Gemeinden rund 17 300 Betten zur Verfügung, die meisten in Cochem (3 300) und im Staatsbad Bad Bertrich (1 700). In Cochem ist zudem der Tagestourismus von ganz besonderer Bedeutung. Knapp 24 % aller Betten befanden sich in Hotels, 13 % in Gasthöfen und 42 % in Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben.

Von den 471 000 Gästen, die 1989 dort übernachteten, kamen 31 % von außerhalb der Bundesrepublik. Gäste aus den Niederlanden waren mit Abstand am häufigsten vertreten. Bei den Übernachtungen (1 720 000) dominieren mit 28 % die Stadt Cochem (486 000) und das Staatsbad Bad Bertrich 19 % (333 000). Die durchschnittliche Verweildauer der übernachtenden Besucher lag bei 3,7 Tagen im Vergleich zu 3,8 Tagen in der Gesamtheit der rheinland-pfälzischen Landkreise. Eine hohe Aufenthaltsdauer von 30 Tagen war in den Kurbetrieben des Landkreises zu verzeichnen, in Bad Bertrich waren es 15,3 Tage.

Öffentliche Finanzen

Das Finanzvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften erreichte 1988, gemessen an den bereinigten Gesamteinnahmen, 156 Mill. DM. Den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden flossen

113 Mill. DM zu. Die Kreisverwaltung konnte – einschließlich Kreismulage – über 57 Mill. DM verfügen.

Mit 2 596 DM je Einwohner wurde die durchschnittliche Einnahmekraft – bezogen auf die bereinigten Gesamteinnahmen – aller Landkreise (2 282 DM) wesentlich überschritten. Zu den Gesamteinnahmen trugen Steuern und steuerähnliche Abgaben mit 28 % in unterdurchschnittlichem Maße bei, während Zuweisungen und Zuschüsse mit 14 % höher als der Landkreisdurchschnitt (11 %) lagen. Der Anteil der Schuldenaufnahme entspricht dem Durchschnitt der Landkreise.

Von den unmittelbaren Ausgaben, die sich 1988 auf 129 Mill. DM beliefen, entfielen die größten Anteile auf die soziale Sicherung (22 Mill. DM), das Verkehrswesen (20 Mill. DM) sowie Schulen und vorschulische Bildung (13 Mill. DM). Mit 2 138 DM überstiegen die unmittelbaren Ausgaben je Einwohner den Landkreisdurchschnitt (1 910 DM). Dabei übertrafen die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung, das Verkehrswesen und die Wirtschaftsunternehmen den Durchschnitt beträchtlich. Der Anteil der Personalkosten an den unmittelbaren Ausgaben entsprach mit 27 % dem Landkreisdurchschnitt, während der Anteil der Sachinvestitionen (32 %) höher war.

Die kommunalen Gebietskörperschaften des Landkreises Cochem-Zell hatten am 31. Dezember 1988 Schulden in Höhe von 69 Mill. DM. Das sind 1 155 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit unter dem Durchschnitt der Landkreise von 1 552 DM.

Jürgen Hauptmann

Der Landkreis Ahrweiler

Zur Beschreibung des Landkreises Ahrweiler wurden Daten über die Bevölkerung, die Erwerbstätigkeit, über Gebäude und Wohnungen sowie Arbeitsstätten aus der jüngsten Großzählung herangezogen. Auch aktuelle Informationen aus den laufenden Statistiken fanden Eingang, etwa in die Abschnitte über die politische Struktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen, Jugend- und Altenpflege, Sportstätten, Sozialprodukt, Landwirtschaft, Tourismus, Handel und Verkehr, Einkommen und öffentliche Finanzen.

Die Bevölkerungsprognose weist für das Jahr 2000 im Kreisgebiet 108 500 Einwohner aus. Die Region liegt mit ihrem Anteil der im Dienstleistungssektor tätigen Personen an der Spitze aller Landkreise und ist mit 423 Wohnungen je 1 000 Einwohner auch deutlich besser als der Landkreisdurchschnitt versorgt. Bad Neuenahr-Ahrweiler ist – gemessen an den Übernachtungen der Gäste – die bedeutendste Fremdenverkehrsgemeinde des Landes. kl

Mehr über dieses Thema siehe Beilage.

Der Landkreis Cochem-Zell

Die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landkreises werden dargestellt. Es handelt sich um Informationen über die Bevölkerung, die politische Struktur, das Bildungs- und Gesundheitswesen, über Jugend- und Altenpflege, Sportstätten, Erwerbstätigkeit, Sozialprodukt, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Dienstleistungen, Wohnungsversorgung, Handel, Fremdenverkehr, Verkehr, Einkommen und öffentliche Finanzen. hau

Mehr über dieses Thema siehe Beilage.

Industrieproduktion läuft auf hohen Touren

Der Produktionsindex des verarbeitenden Gewerbes lag 1990 saisonbereinigt um 6,5 % über dem Vorjahresniveau. Im Verlauf des Jahres 1989 war ein Plus von 3,8 % erzielt worden. Die Elektrizitäts- und Gasversorgungsunternehmen steigerten ihre Leistungsabgabe um 4,5 %. Der Zuwachs der industriellen Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe hielt 1990 mit den steigenden Auftragseingängen annähernd mit, teilweise kam es zu Kapazitätsengpässen. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Produktion im Bundesgebiet ohne die neuen Länder betrug 5,2 % (Januar bis September 1990). kl

Versuch einer betriebs- und volkswirtschaftlichen Bewertung ökologischer Probleme

Das vom Statistischen Bundesamt entwickelte System einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung befaßt sich im wesentlichen mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und Umwelt. Es gliedert sich in einen Berichts- und einen Analyseteil. Im Berichtsteil werden Daten zur Umweltsituation gesammelt, statistisch aufbereitet und – soweit möglich und notwendig – in D-Mark bewertet. Zum Analyseteil gehören sowohl Aussagen, die sich aus der Verknüpfung mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ableiten lassen, als auch Querschnittsanalysen, zum Beispiel die Ermittlung von Schadwirkungen bei Organismen und Ökosystemen.

Ein wichtiger Gesichtspunkt für die Aufstellung einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung ist die einheitliche Bewertung aller Größen des Systems in D-Mark. Sie ermöglicht die Zusammenfassung der Größen und ist eine Voraussetzung für den Vergleich mit den monetären Angaben aus den Wirtschaftsstatistiken. Da für die Mehrzahl der umweltrelevanten Vorgänge keine Preise vorliegen, wird allen Bewertungsmaßstäben ein gewisses Maß an Willkür anhaften. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 3

Dienstleistungen deutlich teurer Verbraucherpreise im Dezember

Die rheinland-pfälzischen Verbraucherpreise haben sich im Dezember teilweise erheblich verändert. 100 Liter Heizöl kosteten Mitte Dezember im Durchschnitt 56,72 DM. Das sind 4 % weniger als im November und 1 % mehr als vor Jahresfrist. Die Benzinpreise lagen um bis zu 7 % unter denen des Vormonats, aber bis zu 6 % über denen vor einem Jahr.

Deutlich mehr als im Dezember des Vorjahres mußten die Hausfrauen für frischen Kabeljau, Brathähnchen, Milch sowie Brötchen bezahlen. Besonders hohe Teuerungsraten wiesen Möhren, Weißkohl, Tomaten und Äpfel auf. Billiger als im Dezember 1989 waren dagegen Butter, Schokolade, Kartoffeln und Bananen.

Überdurchschnittliche Preisanhebungen gab es bei verschiedenen Dienstleistungen. So verteuerte sich die chemische Reinigung eines Herrenanzuges binnen Jahresfrist um 7 % und der Herrenhaarschnitt um 6 %. Die Müllgebühr stieg um 8 %, die Kanalgebühr um fast 7 % und das Wassergeld um nahezu 6 %. br

Industrie im Oktober mit hoher Inlandsnachfrage

Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz hat im Oktober dieses Jahres 6,2 % mehr Aufträge erhalten als vor Jahresfrist. Dieser Anstieg ist ausschließlich auf die Inlandsnachfrage – sicher auch aus den fünf neuen Bundesländern – zurückzuführen, die um 13 % höher ausfiel. Dagegen lagen die Bestellungen aus dem Ausland um 5,9 % unter dem Vorjahresniveau.

Beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 14 %) und seinen beiden größten Branchen, dem Maschinenbau einschließlich ADV (+ 5,2%) und dem Straßenfahrzeugbau (+ 16 %), gingen deutlich mehr Aufträge ein. Überdurchschnittlich fiel die Zuwachsrate mit 11 % auch im Nahrungs- und Genußmittelsektor aus. fu

20 % mehr Produktion im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie war im Oktober 1990 um 4,1 % höher als vor Jahresfrist. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erreichte die höchste Zuwachsrate (+ 20 %), gefolgt vom Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 3,7 %). Hier wurde im Bereich Elektrotechnik mit + 30 % die Produktion am stärksten ausgedehnt. Die Eisen-, Blech- und Metallwarenhersteller sowie die Feinmechanik verzeichneten Zunahmen von 17 und 13 %.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres lag die Produktion der Industrie um 6,4 % höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. fu

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Jahre 1990		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu 1989 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	105,6	2,9
Bekleidung, Schuhe	107,5	1,4
Wohnungsmieten	112,5	3,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	85,5	4,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	107,3	2,3
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	110,3	1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	106,1	2,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	106,1	2,2
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	115,3	1,9
Gesamtlebenshaltung	107,0	2,7
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	106,7	2,7
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	107,6	2,6
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	107,0	2,9

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vom 2. 10. 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Mehr Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stellten 1990 erneut mehr Personen ein (+ 3,5 %), so daß sich die Zahl der dort Tätigen nunmehr auf 386 000 beläuft. An Löhnen und Gehältern wurden 8 % mehr aufgewendet, insgesamt 19,4 Mill. DM. Diese Entwicklung entlastet den Arbeitsmarkt und regt den privaten Konsum an.

Für den Umsatz, 1989 um 8,7 % gesteigert, wird 1990 ein Plus von 7 % erwartet. Dieses wird erstmals wieder, und zwar fast ausschließlich, von den kräftig ausgeweiteten Inlandsgeschäften (+ 11 %) getragen. kl

Bauhauptgewerbe:

Starkes Umsatzplus und gute Aussichten

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe gingen in den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Jahre 1990 erneut mehr Aufträge ein (+ 12 %). Auch der Auftragsbestand per 30. September war sehr viel höher (+ 19,5 %). Der baugewerbliche Umsatz wurde um 7,5 % auf 7,9 Mrd. DM erhöht. Die Preise für Leistungen am Bauwerk stiegen im Bundesgebiet bis August um 6 % gegenüber 1989. Im Vorjahr ergab sich eine Preiserhöhung von 3,5 %.

Obwohl 1990 weniger Personal beschäftigt war (im Monatsdurchschnitt – 1,5 %), wurden 5 % mehr an Löhnen und Gehältern gezahlt (2,5 Mrd. Mark). Im Juli 1990 lag der Bruttostundenverdienst eines Arbeiters im Hoch- und Tiefbau (einschließlich Handwerk) bei 19,94 DM und damit um 6,5 % über dem Vorjahresbetrag. Für die Angestellten der Branche wurde ein Bruttomonatsverdienst von 4 764 DM (+ 7,1 %) ermittelt. kl

Umweltschutzinvestitionen auf neuem Höchststand

Die Umweltschutzinvestitionen der rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes haben 1989 mit 521 Mill. DM einen neuen Höchststand erreicht. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel. Am deutlichsten fällt die Zunahme im Bereich der Abfallbeseitigung aus. Das Investitionsvolumen von 91 Mill. DM übertrifft den Wert des Jahres 1988 um 87 %. Für den Gewässerschutz (223 Mill. DM), die Luftreinhaltung (192 Mill. DM) und die Lärmbekämpfung (14 Mill. DM) errechnen sich Zuwachsraten zwischen 20 und 25 %.

Maßgeblich bestimmt wird die Gesamtentwicklung durch die chemische Industrie, deren Umweltschutzinvestitionen um 62 % auf 389 Mill. DM gestiegen sind. wz

Außenhandel profitierte von erhöhter Binnennachfrage

Der Warenverkehr mit dem Ausland ist ebenso wie in den beiden Vorjahren auch 1990 gewachsen. Die Exporte verzeichnen eine leichte Ausweitung auf hohem Niveau. Die Binnenkonjunktur beanspruchte nicht nur die einheimische Produktionskapazität, sondern löste auch einen Importsog aus.

Mit rund 37 Mrd. DM dürfte es beim Export 1990 ein neues Rekordergebnis geben. Der Import wird voraussichtlich auf einen Wert von mehr als 24 Mrd. DM ansteigen.

Rheinland-Pfalz unterhält bedeutende wirtschaftliche Beziehungen zu den EG-Nachbarstaaten, vornehmlich zu Frankreich, das unser wichtigster Außenhandelspartner ist. Im Jahre 1990 wurden nach vorläufigen Angaben Waren im Wert von 5,5 Mrd. DM (+ 5 % gegenüber 1989) nach Frankreich ausgeführt und Güter für 3,4 Mrd. DM (+ 18 %) eingeführt. kl

Einzelhandel boomt

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel, repräsentiert durch Unternehmen ab 250 000 DM Jahresumsatz, hat sich die Geschäftslage in diesem Jahr noch ausgeprägter verbessert als 1989. Einzelhandelsumsätze, die den wichtigsten kurzfristig verfügbaren Indikator für den privaten Verbrauch liefern, stiegen 1990 um 6,5 %. Der Personalbestand wurde um 1 % aufgestockt. Keine der maßgeblichen Einzelhandelsbranchen erlebte 1990 Umsatzeinbußen.

In einzelnen Bereichen mußte sich der Verbraucher wegen der erhöhten Nachfrage auf längere Lieferfristen

kurz + aktuell

einstellen. Bei der guten Umsatzentwicklung wirkte sich die mäßige Erhöhung der Einzelhandelspreise im Bundesgebiet um 2,1 % stabilisierend aus. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Monatsdurchschnitt Januar bis Oktober um 2,7 % über Vorjahresniveau. kl

Großhandel floriert

Die Großhandelsunternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Jahresumsatz werden in diesem Jahr bei 2 % mehr Beschäftigten ihre Umsätze um 4,5 % ausweiten. Im Bereich der Rohstoffe und Halbwaren wird ein deutliches Umsatzwachstum im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 14,5 %) mit 3 % weniger Personal erzielt. Die Geschäfte mit Holz, Baustoffen und Installationsbedarf florierten, besonders in den ersten beiden Quartalen (+ 13 bzw. + 12 %). Sie lassen für den gesamten Jahresverlauf ein Umsatzwachstum von 10 % erwarten. Erlöse aus dem Handel mit Altmaterial und Reststoffen waren stark rückläufig (- 28 %). Im Fertigwarenbereich weist die Umsatzentwicklung auf gute Geschäfte mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck (+ 21 %), pharmazeutischen und kosmetischen Produkten (+ 15 %) sowie mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (+ 14 %) hin. Der Fertigwarengroßhandel beschäftigte 2 % mehr Personal als vor Jahresfrist. kl

Öffentliche Wirtschaftsunternehmen

Die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sind wie die Gebietskörperschaften Träger öffentlicher Aufgaben. Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 542 öffentliche Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsbetriebe registriert, die überwiegend als kommunale Eigenbetriebe außerhalb des Trägerhaushalts geführt wurden. Die meisten sind in der Entsorgung und Wasserversorgung tätig.

Die Unternehmen erzielten einen Umsatz von 6,5 Milliarden Mark. Das höchste Umsatzvolumen wurde von den rechtlich selbständigen Unternehmen erwirtschaftet, die wegen ihrer überregionalen Bedeutung in bestimmten Aufgabengebieten, wie zum Beispiel Elektrizitätsversorgung, überwiegen. Die kommunalen Eigenbetriebe, deren Einzugsgebiet sich auf das der jeweiligen Trägerkörperschaft beschränkt, erreichten hingegen deutlich niedrigere Umsatzerlöse. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Entsorgung sowie im kombinierten Versorgungs- und Verkehrsbereich. Eine starke Stellung haben sie auch in der Wasserversorgung. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 10

Landwirtschaftszählung 1991

Das Gesetz über Agrarstatistik vom 15. März 1989 (BGBl. I S. 469) schreibt in seinem fünften Abschnitt eine Landwirtschaftszählung vor. Sie umfaßt neben der eigentlichen Haupterhebung bei allen landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben im ersten Halbjahr 1991 eine bereits in der Zeit von Januar bis März 1990 stattgefundene Weinbauerhebung sowie eine Gartenbauerhebung und eine Binnenfischereierhebung, welche beide im ersten Halbjahr 1994 anlaufen werden.

Landwirtschaftszählungen stellen seit jeher die wichtigsten und umfassendsten Informationsquellen über Produktionsgrundlagen, Struktur und sozialökonomische Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dar. Nach 1949, 1960 und 1971 erfolgte die letzte derartige Erhebung im Jahre 1979. Um den anhaltenden und möglicherweise sogar sich noch verstärkenden strukturellen und sozialen Wandel in der Landwirtschaft sichtbar werden zu lassen, sind auch weiterhin derartige Großzählungen in etwa zehnjährigem Abstand erforderlich. Nach einer entsprechenden EG-Verordnung ist auch für Zwecke der gemeinsamen Agrarpolitik um das Jahr 1990 herum eine Strukturserhebung in der Landwirtschaft notwendig. Nationale Gesetzgebung und Gemeinschaftsrecht entsprechen mit diesem Zählungswerk auch einer Forderung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) nach einer Weltlandwirtschaftszählung um 1990. Nach dem derzeitigen Stand der Planungen soll die Landwirtschaftszählung in modifizierter Form und eventuell zeitlich etwas versetzt auch im Gebiet der ehemaligen DDR stattfinden.

Mit der Einführung der laufenden Agrarberichterstattung im Jahre 1975, die mittlerweile bei den auskunftspflichtigen Betrieben zur Routine geworden ist, ging der Erhebungsaufwand für die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung stark zurück. Die Agrarberichterstattung, die ihrerseits zu wesentlichen Teilen auf einer betriebsweisen Aufbereitung von Daten aus der turnusmäßigen Bodennutzungserhebung, der Viehzählung und der Arbeitskräfteerhebung beruht, bildet nämlich den eigentlichen Kernpunkt der Landwirtschaftszählung. Sie wird lediglich um einige Merkmale ergänzt, die als Entscheidungshilfen für die aktuelle Agrarpolitik dringend benötigt werden. Diese werden zusammen mit den Angaben zur Agrarberichterstattung, die nicht durch die Bodennutzungserhebung und Viehzählung abgedeckt sind, in einem Erhebungsbogen erfaßt. Um die Zahl der Auskunftspflichtigen möglichst gering zu halten, wird ein beachtlicher Teil der Daten lediglich repräsentativ bei nur etwa 15 Prozent der Betriebe erfragt.

Bedeutung der Fragenkomplexe

Im folgenden werden einige wichtige Fragenkomplexe, die im Rahmen der Agrarberichterstattung bzw. der Landwirtschaftszählung erhoben werden, kurz erläutert. Dabei soll insbesondere ihre agrarpolitische Bedeutung dargestellt und eine Begründung für die inhaltliche Notwendigkeit der einzelnen Fragen gegeben werden.

(1) Pachtverhältnisse und Pachtpreise

In Rheinland-Pfalz sind über 51 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe gepachtet. Informationen über die Entwicklung der Pachtflächen und der Pachtpreise sind daher von großem Interesse. Sie lassen frühzeitig eventuelle Störungen des Pachtmarktes (u. a. durch Flächenstillegung) erkennen und legen damit Handlungsbedarf offen.

(2) Weiterführung der Betriebe (Hofnachfolge)

Nach den Angaben zur Agrarberichterstattung hatten 1987 in Rheinland-Pfalz nur knapp 30 % der Betriebsinhaber im Alter von 45 und mehr Jahren einen Nachfolger. Die neuen Angaben dienen der Planung und Vorbereitung von Vorruhestandsregelungen einerseits und von Hilfen für jüngere Landwirte andererseits. Sie ermöglichen darüber hinaus eine Prognose über die künftige Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und damit der Agrarstruktur.

(3) Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit

Die außerbetrieblichen Erwerbsquellen der Landwirte haben in jüngster Vergangenheit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Agrarberichterstattung 1987 ergab, daß zwei Drittel der Betriebe zusätzliches Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen hatten. Daneben nimmt aufgrund agrarpolitischer Maßnahmen der Anteil direkter Einkommensübertragungen (z. B. sozioökonomischer Einkommensausgleich) am Gesamteinkommen der Landwirte stetig zu. Für die Beurteilung und Ausgestaltung dieser Maßnahmen sind die Angaben über Einkommenshöhe und -zusammensetzung erforderlich. Darüber hinaus dienen sie der aus politischer Sicht wichtigen Gliederung in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe.

(4) Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste

Für Betriebe mit unzureichenden Produktionskapazitäten in landschaftlich reizvollen Gebieten bietet der

„Urlaub auf dem Bauernhof“ die Möglichkeit der Einkommensaufbesserung. In diese Richtung werden verstärkt Anstrengungen unternommen. Die mit Hilfe der Statistik gewonnenen Angaben werden zur weiteren Beobachtung und eventuellen Förderung dieser Entwicklung benötigt.

(5) Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung

Diese Daten zeigen in Kombination mit anderen Merkmalen, wie z. B. Größe des Betriebes oder Hofnachfolge, die Auswirkungen der Quotenregelung auf die Entwicklung der Betriebsstruktur. Weiterhin dienen sie als Grundlage der zukünftigen Ausgestaltung der Milchmarktpolitik.

(6) Mitgliedschaft bei Erzeugergemeinschaften

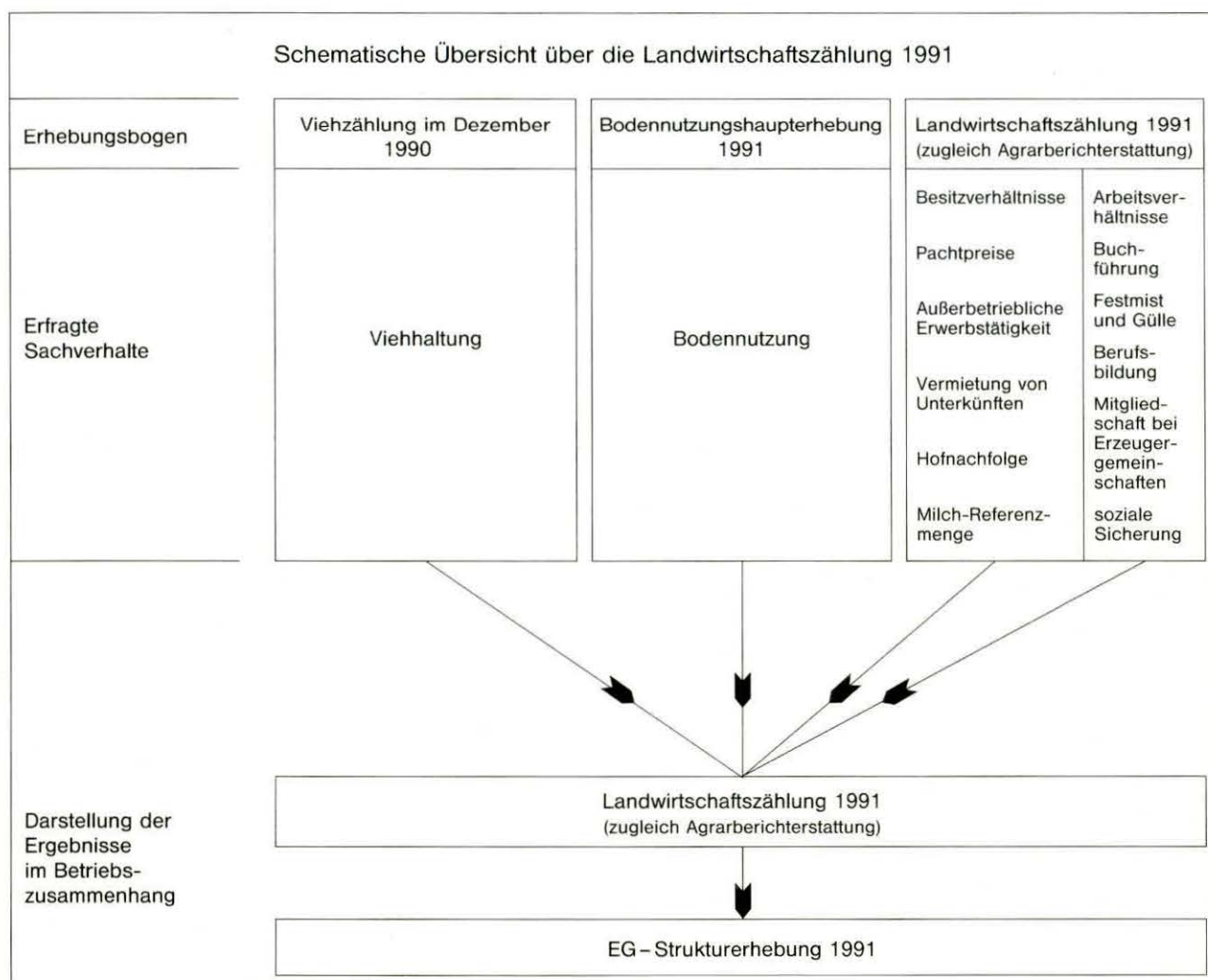
Mit der zunehmenden Konzentration auf der Abnehmerseite wird ein stärkerer Zusammenschluß auf der Angebotsseite gefordert. Die Daten geben Aufschluß über die derzeitige Marktstellung der landwirtschaftlichen Betriebe, den Umfang des vertraglich geregelten Absatzes sowie die Auswirkungen des Marktstrukturgesetzes.

(7) Soziale Sicherung des Betriebsinhabers und der mitarbeitenden Familienangehörigen

Neben dem agrarsozialen Sicherungssystem erlangt mit der zunehmenden außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit auch die gesetzliche Rentenversicherung in der Landwirtschaft Bedeutung. Für die Alterssicherung in der Landwirtschaft wird eine hohe staatliche Hilfe gewährt (Finanzierung der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Alterskasse, Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung). Die Daten geben einen Überblick über die soziale Absicherung der in der Landwirtschaft tätigen Personen. Sie tragen zu einer zukunftsorientierten Ausgestaltung des agrarsozialen Sicherungssystems bei.

(8) Festmist und Gülle

Der Umweltschutz gewinnt ein immer stärkeres Gewicht. Besonderes Augenmerk gilt im Bereich Landwirtschaft insbesondere auch der Ausbringung tierischer Exkremente und die Lagerkapazitäten für Gülle tragen zu einer Versachlichung der oft einseitig geführten Diskussion bei. Darüber hinaus werden sie sowohl zur Beurteilung bestehender agrarpolitischer Eingriffe benötigt als auch für deren sachgerechte Weiterentwicklung sowie für die praxisorientierte Ausgestaltung zusätzlicher Maßnahmen, vor allem um die möglichen Rückwirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe und die Umwelt zuverlässig beurteilen zu können.



Mitarbeit der Landwirte ist entscheidend

Wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Erhebung ist die vertrauensvolle Mitarbeit aller betroffenen Landwirte. Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen können die als Erhebungsstellen fungierenden Städte und Gemeinden Erhebungsbeauftragte (Erheber) einsetzen. Diese geben nähere Erläuterungen zu den einzelnen Fragen und helfen auf Wunsch beim Ausfüllen des Fragebogens. Selbstverständlich sind die Personen, wie bei anderen Erhebungen auch, zur strikten Geheimhaltung verpflichtet. Sie dürfen die bei ihrer Tätigkeit gewonnenen Informationen nicht für andere Zwecke verwenden. Schon bei der Auswahl der Erhebungsbeauftragten wird deshalb darauf geachtet, daß keine Interessenkonflikte entstehen können. Die Betriebsinhaber können die Erhebungsbogen jedoch auch selbst ausfüllen und sie dem Erhebungsbeauftragten in einem verschlossenen Umschlag übergeben bzw. direkt an die örtliche Erhebungsstelle schicken.

Durch ihre Angaben zur Landwirtschaftszählung entstehen den Betrieben keinerlei steuerliche oder sonstige Nachteile, da die Angaben ausschließlich statistischen Zwecken dienen und der Geheimhaltung unterliegen. Eine Weiterleitung der Einzelangaben an andere Stellen und zu anderen Zwecken ist ausgeschlossen.

Weitgehend konstantes Auswertungsprogramm

Unter den Aufbereitungstabellen, die im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1991 erstellt werden, nehmen im totalen Teil die Tabellen über die Struktur der Bodennutzung und Viehhaltung sowie über die betriebssystematische Gliederung der Betriebe und die Gruppierung der Betriebe nach der Höhe ihres Standardbetriebseinkommens den größten Teil in Anspruch. Sie sind seinerzeit im wesentlichen unverändert aus der Landwirtschaftszählung 1971 in die Agrarberichterstattung übernommen worden und werden auch für die Landwirtschaftszählung 1991 herangezogen.

Die Berechnung des Standarddeckungsbeitrages als Ausgangsbasis für die betriebssystematische Gliederung sowie die Ermittlung des Standardbetriebsein-

kommens als Maßstab für die Einkommenskapazität der Betriebe erfolgt im Rahmen der Aufbereitung unter modellmäßigen Annahmen. Dabei wird von den betrieblichen Daten über Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung sowie den durchschnittlichen, vornehmlich aus Buchführungsunterlagen abgeleiteten Angaben über Erlöse und Kosten ausgegangen. Dadurch kann das statistisch errechnete Standardbetriebseinkommen mehr oder weniger stark vom tatsächlichen Betriebseinkommen abweichen. Hierauf ist bei der Interpretation der Ergebnisse unbedingt zu achten.

Ferner werden für den totalen Bereich noch die Tabellen zu den Besitzverhältnissen und Pachtentgelten, zur sozialökonomischen Gliederung, zur Buchführung, zur Rechtsform der Betriebe, zu den Arbeitsverhältnissen, zur Vermietung von Unterkünften und zur Hofnachfolge aus der Agrarberichterstattung übernommen. Durch diese Vorgehensweise bleibt die Kontinuität gewahrt und für den größten Teil der Ergebnisse ist die Vergleichbarkeit sowohl zu den vorausgegangenen Landwirtschaftszählungen als auch zur laufenden Agrarberichterstattung gesichert. Lediglich die Gemeinde- und Kreistabellen werden, nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Geheimhaltungsfälle, für die Landwirtschaftszählung 1991 überarbeitet und neu konzipiert.

Für den repräsentativen Erhebungsteil werden die Tabellen über die Art und die Höhe des außerbetrieblichen Einkommens aus der Agrarberichterstattung übernommen. Bezüglich der Erhebungs komplexe Berufsausbildung, soziale Sicherung und Erzeugergemeinschaften wird auf die Tabellenkonzepte der Landwirtschaftszählung 1979 zurückgegriffen, die entsprechend angepaßt werden.

Für die im Rahmen der Agrarberichterstattung bzw. Landwirtschaftszählung 1991 erstmals erhobenen Merkmale werden die entsprechenden Tabellen derzeit entwickelt. Hierin werden insbesondere die Ergebnisse zu Festmist und Gülle, Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung sowie Beruf und Wirtschaftszweig der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit zusammengestellt.

Dr. Jürgen Oberhofer

Versuch einer betriebs- und volkswirtschaftlichen Bewertung ökologischer Probleme

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um ein Vortragsmanuskript des Autors. Die Ausführungen basieren in erster Linie auf Überlegungen des Statistischen Bundesamtes über ein System einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, die am 18. Juli 1990 zusammen mit Bundesminister Klaus Töpfer in Bonn erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Die amtliche Statistik ist seit jeher bemüht, nicht nur Zahlen zu sammeln und aufzubereiten, sondern sowohl

der Politik als auch der Wirtschaft selbst Auswertungen zu Problemlösungen an die Hand zu geben. Diesen Zweck verfolgt sie auch mit dem vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellten Konzept eines Systems einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, das sich im wesentlichen mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und Umwelt befaßt. Im Augenblick ist die amtliche Statistik allerdings noch weit von dem Ziel entfernt, die ökologischen Folgen des Wirtschaftens vollständig erfassen und in Geldgrößen bewerten zu können.

Vorgeschichte und Zielsetzung der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR)

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und Belastung der Umwelt ist nicht neu. Bereits seit Anfang der 70er Jahre sind mit den Arbeiten des Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen. Mit einer Anhörung im Wirtschaftsausschuß des Bundestages zum Thema „Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland“ ist im Mai 1989 die Diskussion dieser Thematik auch in Deutschland in eine konkrete Phase getreten. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Landtagsanhörung in Schleswig-Holstein vom Januar 1990 zum Thema Folgekosten des Wirtschaftens, die vor allem unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen umweltökonomischer Fragestellungen auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt wurde. Die bei der Anhörung im Mai 1989 vorgetragenen Aussagen von Vertretern wissenschaftlicher Institute, von Verwaltung und Verbänden gaben den Anstoß zu dem Projekt einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, mit welchem die amtliche Statistik erstmalig versucht, ein umfassendes Programm für eine rechenhafte Darstellung der Inanspruchnahme der Umwelt aufzustellen. Zur Begleitung und Beratung der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter hat der Bundesumweltminister Anfang 1990 einen wissenschaftlichen Beirat aus Hochschulprofessoren der Wirtschaftswissenschaften und Vertretern von Bundesressorts, des Umweltbundesamtes und des Bundesverbandes der deutschen Industrie einberufen.

Die in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die Umweltbelastung zeigte dreierlei:

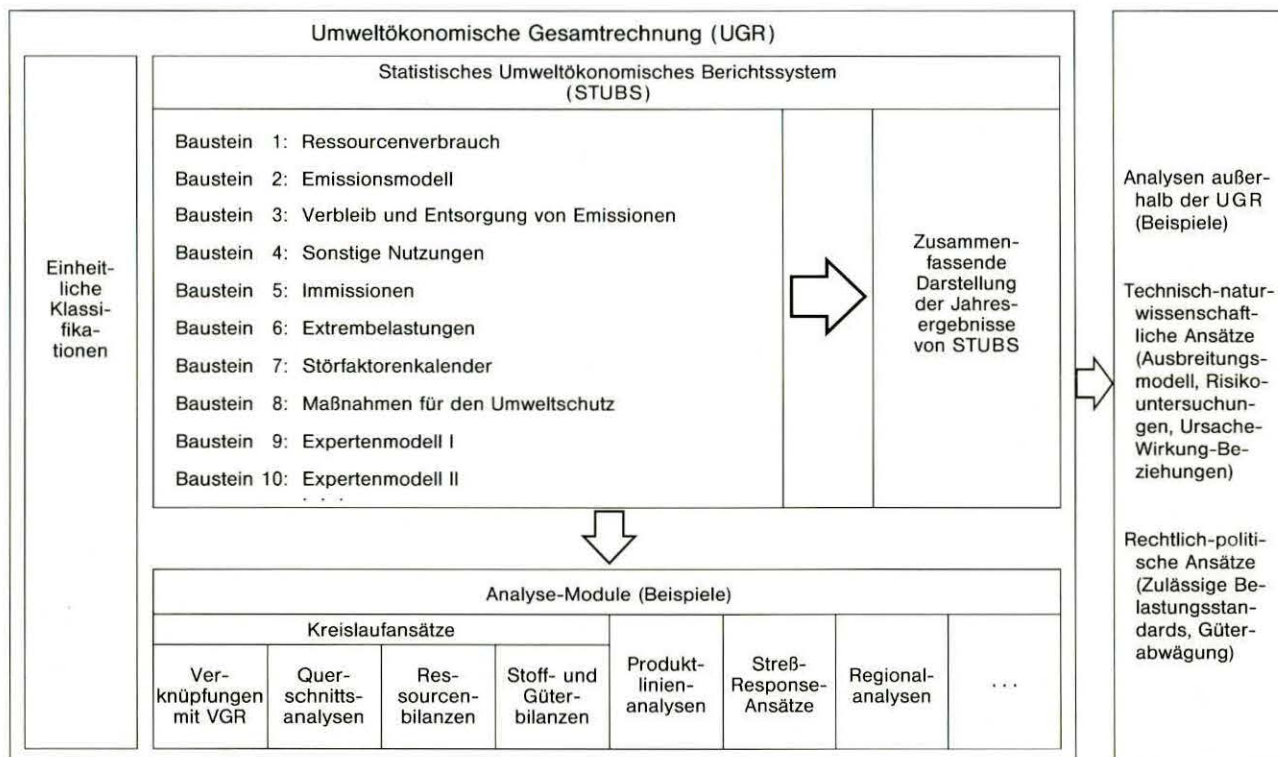
- (1) Es sind mehr Informationen notwendig, die vollständig, neutral, nachprüfbar und gezielt die Lage der Umwelt und ihre Veränderungen im Zeitablauf beschreiben.
- (2) Die Informationen müssen sich auf das gesamte Gebiet der Umwelt beziehen. Punktueller Betrachtungen einzelner Emissionen helfen nicht weiter.
- (3) Um Verbindungen zwischen wirtschaftsstatistischen Daten und den Umweltinformationen herstellen zu können, müssen die Daten über die Lage der Umwelt und ihrer Veränderungen ökonomisch bewertet werden.

Ein solches integriertes System der Umweltberichterstattung wurde deshalb auch Umweltökonomische Gesamtrechnung genannt.

Die Umweltökonomische Gesamtrechnung geht damit über das Ziel einer Korrektur des Ergebnisses der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, dem Brutto-sozialprodukt, um einen Umweltfaktor hinaus und beschreibt nicht nur die wirtschaftlichen Folgen der Inanspruchnahme der Umwelt, sondern den Zustand der Umwelt selbst und die Veränderungen dieses Zustandes. So wird unsere Umwelt nicht nur durch unsere eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten sondern auch durch andere Einflüsse, wie Klimaschwankungen, Großwetterlagen, Überschwemmungen usw., sowie durch den Import von Umweltbelastungen aus unseren Nachbarstaaten beeinflusst (Beispiel: Salzlasten von Elbe und Rhein, Radioaktivitätsbelastung durch das Unglück in Tschernobyl).

Aus der These, daß die Umwelt ein knappes Gut ist, das nicht unbegrenzt zur Verfügung steht und nicht willkürlich von jedermann ausgebeutet werden darf, wenn

Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung



die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen nicht zerstört werden sollen, folgen als Zielsetzungen für ein Umweltberichtssystem:

- (1) Die Umweltökonomische Gesamtrechnung muß den Zustand der Umwelt und seine Entwicklung quantitativ erfassen und darstellen.
- (2) Die Umweltökonomische Gesamtrechnung soll alle bedeutenden Umweltbereiche einbeziehen und sowohl regional als auch sachlich gegliedert sein.
- (3) Angestrebt wird eine Zeitreihe aus Jahreswerten.
- (4) Das Konzept der Umweltökonomischen Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland sollte die Entwicklung internationaler Umweltberichtssysteme berücksichtigen.
- (5) Die Umweltökonomische Gesamtrechnung wird unabhängig von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgebaut, wobei jedoch auf die Verknüpfbarkeit der Eckwerte beider Systeme geachtet wird.

Aufbau des Grundprogramms der UGR

Das von der amtlichen Statistik vorgelegte Konzept eines Grundprogramms der Umweltökonomischen Gesamtrechnung gliedert sich in einen Berichts- und einen Analyseteil. Der **Berichtsteil** umfaßt geeignete, verfügbare bzw. zu beschaffende Daten zur Umweltsituation (meist in physischen Größen), die statistisch nach einheitlichen Konzepten aufbereitet und – soweit möglich und nötig – in D-Mark bewertet sind. Damit entsteht ein Fundus an Informationen zur Lage der Umwelt, zur Veränderung der Umwelt im Zeitablauf, zum Ressourcenabbau, zu den laufenden und investiven Aufwendungen im Umweltschutz, zu den Entsorgungsarten usw. Dieses Statistische Umweltökonomische Berichtssystem – kurz STUBS genannt – dient gleichzeitig als Grundlage für die laufende Umweltberichterstattung sowie für Analysen auf dem umweltökonomischen Gebiet.

Zum **Analyseteil** gehören sowohl Aussagen, die sich aus der Verknüpfung mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die Nutzung von Ressourcen und des Verbrauchs von Gütern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ableiten lassen, als auch Querschnittsanalysen, Regionalanalysen, die Verfolgung von Stoffkreisläufen in Wirtschaft und Umwelt sowie von Entsorgungswegen, die Ermittlung von Schadstoffwirkungen bei Organismen und Ökosystemen, von Extrembelastungen, die Darstellung grenzüberschreitender Schadstoffströme usw.

Das Statistische Umweltökonomische Berichtssystem ist bausteinartig aufgebaut. Das heißt: Die einzelnen Daten stehen zwar in einem engen Zusammenhang, sind aber systematisch noch nicht miteinander verknüpft. Ein solches Baustein-System hat folgende Vorteile:

- (1) Die Bausteine können einzeln diskutiert, verändert und weiterentwickelt werden.

- (2) Sie können von unterschiedlichen Personengruppen betreut werden.
- (3) Sie können zu unterschiedlichen Zeitpunkten fertiggestellt und der Öffentlichkeit präsentiert werden.
- (4) Das System ist erweiterungsfähig.

Das Berichtssystem enthält drei wichtige Grundinformationen

- (1) zur Entnahme natürlicher Ressourcen,
- (2) zur Belastungssituation von Boden, Wasser und Luft durch Umweltbeeinträchtigungen aller Art sowie
- (3) zur Emission von Schadstoffen und Abfällen bei der Produktion und beim Verbrauch.

Aus diesen Grundinformationen wurden die zehn Bausteine des STUBS abgeleitet, die im folgenden beschrieben werden:

Ressourcenverbrauch (Baustein 1)

Dieser Baustein stellt den Abbau inländischer Ressourcen sowie den Verbrauch in- und ausländischer Ressourcen dar, wobei zwischen regenerierbaren und nichtregenerierbaren Ressourcen unterschieden wird. Dargestellt werden Mengen und Werte. Die Bewertung erfolgt im Prinzip zu Marktpreisen.

Emissionsmodell (Baustein 2)

Das Emissionsmodell befaßt sich mit dem Zusammenhang zwischen den Emissionen und den Produktionsprozessen, bei denen sie entstehen. Durch die Einbeziehung der produktionsbedingten Ressourceneinsätze läßt sich ein modellmäßiges Gesamtbild für den Verbrauch von Ressourcen und die Emission im Zusammenhang mit der Produktion einzelner Güter ableiten. Zur Bewertung kommen Schadensvermeidungskosten der Periode in Betracht.

Verbleib und Entsorgung von Emissionen (Baustein 3)

Dieser Baustein ergänzt die Ergebnisse des Emissionsmodells um Angaben über den Verbleib der Emissionen, die entweder entsorgt, in Recyclingverfahren wiedergewonnen oder frei in die Umwelt emittiert werden. Für die monetäre Darstellung bieten sich zwei Bewertungsmaße an: Die Entsorgungs- bzw. Recyclingkosten für die entsorgten Emissionen sowie die fiktiven Schadensvermeidungskosten aus dem Emissionsmodell für die nicht entsorgten Emissionen.

Sonstige Nutzungen (Baustein 4)

In Baustein 4 sollen nur solche Nutzungen einbezogen werden, die nicht bereits in anderen Bausteinen berücksichtigt sind. Dabei handelt es sich um Nutzungen der Umwelt als „Standort“ (im weitesten Sinne) für menschliche Aktivitäten (insbesondere Gewinnung von Ressourcen, Produktion im sekundären und tertiären Bereich, Verbrauch und ähnliche Aktivitäten). Da die Bewertung von Umweltnutzungen wegen ihrer Eigenschaft als freie Güter schwierig ist, wird das Hauptgewicht in diesem Baustein auf die mengenmäßige Darstellung gelegt.

Immissionen (Baustein 5)

Dieser Baustein zeigt anhand bestimmter Umweltmeßwerte für Boden, Wasser, Luft, Strahlung, Lärm u.ä. die tatsächliche Umweltsituation und ihre Veränderung im Zeitablauf. Dabei soll versucht werden, mit Hilfe eines Gewichtungsschemas aus dem Emissionsmodell (Baustein 2) auch Meßziffernreihen zu erstellen. Als Bewertungsmaßstab sind periodenbezogene Reproduktionskosten, das sind die hypothetischen Aufwendungen für die Wiederherstellung des ursprünglichen Umweltzustandes, vorgesehen.

Extrembelastungen (Baustein 6)

Da die zeitlichen und geographischen Durchschnitte nicht für alle analytischen Zielsetzungen ausreichen, werden im Baustein 6 Informationen über Extrembelastungen der Immissionslage, d. h. Angaben über Art, Ort, Ausmaß und Häufigkeit von Spitzenbelastungen und Kombinationen von Belastungen zusammengestellt.

Störfaktoren-Kalender (Baustein 7)

In Baustein 7 werden in einer Art Kalendarium außergewöhnliche Störungen zusammengestellt, wie durch die Natur ausgelöste Ereignisse (z. B. Hochwasser, Erdbeben) oder durch den Menschen verursachte Störungen (z. B. außergewöhnlich hohe Emissionen von Kernkraftwerken und der chemischen Industrie). Dabei wird versucht, auch die quantitativen Auswirkungen abzuschätzen.

Maßnahmen für den Umweltschutz (Baustein 8)

Baustein 8 sammelt Informationen über die monetären Aufwendungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen für den Umweltschutz, wobei sowohl laufende Aufwendungen als auch Investitionen dargestellt werden.

Expertenmodelle I und II (Bausteine 9 und 10)

Mit Hilfe der beiden Expertenmodelle sollen die Daten der Bausteine 1 bis 7 ergänzt werden. Das Expertenmodell I schreibt ein von Experten bestimmtes Gewichtungsschema mit der mengenmäßigen Entwicklung ausgewählter Emissionen fort und kommt so zu einem Index, der die Veränderung im Umweltzustand widerspiegeln soll. Das Expertenmodell II sammelt Beurteilungsnoten für ausgewählte Umweltindikatoren und ermöglicht einen zeitlichen Vergleich mit dieser Beurteilung.

Probleme der monetären Bewertung

Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt für eine Umweltökonomische Gesamtrechnung ist die einheitliche Bewertung aller Größen des Systems in D-Mark. Eine derartige monetäre Bewertung ermöglicht die Zusammenfassung der Größen und ist Voraussetzung für den unmittelbaren Vergleich mit den monetären Angaben aus den Wirtschaftsstatistiken.

Das Hauptproblem bei der Bewertung im Umweltbereich besteht darin, daß für die Mehrzahl der umweltrelevanten Vorgänge keine Preise vorliegen. Es ist daher

klar, daß allen Bewertungsmaßstäben ein gewisses Maß an Willkür und damit Kritikanfälligkeit anhaften wird.

Wichtige Bewertungsfelder in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung sind der Ressourcenverbrauch, die Emissionen und die Immissionen. Hierauf soll nachfolgend näher eingegangen werden:

(1) Bewertung der Entnahme von Ressourcen

Die Skala der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen reicht vom Einatmen von Luft über den Trinkwasserverbrauch bis zum Abbau von Rohstoffen. Probleme bestehen nun darin, daß die Bedeutung von natürlichen Ressourcen für den Menschen schwer zu messen ist und daß zur Einschätzung ihrer Bedeutung eigentlich der gesamte Vorrat und der voraussichtliche Umfang der künftigen Nutzung bekannt sein müßten. Erst damit können Aussagen über den Zeitpunkt der Erschöpfung der Ressourcen getroffen werden.

Die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser beiden Grundprobleme zwingen zu wesentlichen Einschränkungen im Hinblick auf die Erfassung und Bewertung der Ressourcen:

- (a) So wird nur die Entnahme bzw. der Verbrauch der Ressourcen monetär bewertet. Auf die Bewertung der Vorräte an natürlichen Ressourcen wird verzichtet.
- (b) Es werden nur solche Ressourcen ausgewählt, die quantitativ erfaßbar sind und die eine gewisse Knappheit aufweisen.
- (c) Ökonomisch knappe Ressourcen haben in der Regel einen Preis, der hier als Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt wird. Dabei wird nicht verkannt, daß dieser Marktpreis unter ökologischen Gesichtspunkten nicht unbedingt die richtigen langfristigen Knappheitsrelationen widerspiegelt.

Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung wird daher für die Inanspruchnahme inländischer Ressourcen der Ab-Werk-Preis, für die Inanspruchnahme ausländischer Ressourcen dagegen der Grenzübergangspreis angesetzt.

(2) Bewertung von Emissionen

Da die Emissionen unmittelbar bei der Produktion gemessen werden, kann in den meisten Fällen von einem kausalen Zusammenhang zwischen Produktion und Schadstoffausstoß ausgegangen werden. Für die Bewertung von Emissionen werden **Schadensvermeidungskosten** verwendet.

Der Begriff „Schadensvermeidung“ ist jedoch nicht eindeutig. Eine Schadensvermeidung oder Emissionsminderung kann nämlich durch unterschiedliche Maßnahmen erreicht werden, und zwar durch

- nachgeschaltete Maßnahmen, wie den Einbau von Filteranlagen,
- Einführung neuer „sauberer“ Technologien,
- Änderung des Produktes selbst (z. B. Herstellung eines phosphatfreien Waschmittels¹⁾) bzw.

1) Als typisches Beispiel für die komplizierten Abhängigkeiten: Phosphatersatz kann schädlicher sein als Phosphat, und zwar in den Gebieten, in denen die Klärwerke technisch in der Lage sind, Phosphat aus dem Abwasser zu entfernen.

- Verzicht auf die Herstellung eines bestimmten Produktes (ohne direkte Substitution).

Die Bewertung muß sich deshalb an dem jeweiligen Stand der Vermeidungstechnik ausrichten, was detaillierte Kenntnisse über die Produktions- und Umwelttechnologien sowie deren Emissionsverhalten, über die Kosten und über den gegenwärtigen Stand der in der Praxis eingesetzten Technologien verlangt.

Bei der Bewertung mit Schadensvermeidungskosten muß außerdem berücksichtigt werden, daß Emissionen im Zuge der Produktion bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich sind. Um zu verhindern, daß in Einzelfällen die Schadensvermeidungskosten für die vollständige Unterlassung von Emissionen den Wert der Produktion erreichen, was einer völligen Produktionseinstellung gleichkommt, sind zusätzliche Bewertungsregeln erforderlich:

- (a) Die Bewertung knüpft z.B. an vorhandene Normvorschriften an, die eine bestimmte unbedenkliche Emissionsmenge tolerieren. Bewertet wird dann nur die Emission oberhalb der Normgrenze. Vergleichbare Modellrechnungen werden in der Praxis häufig angestellt, wenn z. B. die Kosten für die Einhaltung schärferer Grenzwerte in der Luftreinhaltung für die Industrie abgeschätzt werden sollen.
- (b) Eine andere Möglichkeit besteht darin, daß dem bewertenden Ingenieur vorgegeben wird, an welchem Punkt der Kurve der Schadensvermeidungskosten er seine Bewertung anzusetzen hat. Die so gefundene Kostenhöhe je Emissionseinheit kann dann als Maßstab für die Bewertung der Gesamtemission dienen.
- (c) Schließlich kommt die Ermittlung von Grenzkosten, also der Kosten, die zur Senkung der im Durchschnitt ermittelten Emission um eine Einheit entstehen, und die Anlegung dieser Grenzkosten an die emittierte Gesamtmenge für die Bewertung in Frage.

Diese Beispiele lassen unschwer erkennen, daß je nach der gewählten Bewertungsregel unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten sind. Es muß von Fall zu Fall unterschieden werden, ob Schadstoffemissionen aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr (z.B. bei der Emission hochtoxischer Stoffe) vermieden werden müssen oder Emissionen zu Schäden führen, die nur in ihrer Summation oder mittelbar von Bedeutung sind, und deshalb Höchstwerte aus Gründen der allgemeinen Vorsorge festgelegt werden.

Ein besonderes Problem bei der Bewertung mit einem Schadensvermeidungskosten-Ansatz ist die Frage der Behandlung der Folgewirkungen. Sekundäre Wirkungen im Zuge von hypothetischen Schadensvermeidungsprozeduren sind in vielfältiger Form denkbar. So bringt der Einbau eines Filters neben dem auf die Berichtsperiode entfallenden Teil der Investitionen (Abschreibun-

gen) und den laufenden Kosten für den Betrieb der Filteranlage möglicherweise auch neue Emissionen mit sich (z. B. hochtoxischen Filterstaub), der seinerseits entsorgt werden muß. Gegebenenfalls ergeben sich dadurch auch erhebliche Auswirkungen auf die Entsorgungsindustrie.

Für die Behandlung solcher Wirkungen bieten sich nur zwei Lösungen an. Entweder werden die Folgen im Rahmen einer geeigneten Input-Output-Tabelle konsequent durchgespielt, was bei der Vielzahl der in Betracht kommenden Emissionen ziemlich aufwendig ist, oder es werden nur Folgewirkungen der ersten Stufe in die Bewertung einbezogen.

Neben den Schadensvermeidungsprozessen durch Eingriffe in den Produktionsprozeß selbst gibt es auch Fälle, in denen sich für die Bewertung als hypothetische Schadensvermeidungsprozedur die Einstellung des Produktionsverfahrens und der Übergang auf ein Ersatzverfahren anbieten. In diesen Fällen darf natürlich nur die kostenmäßige Differenz zwischen den beiden Produktionsverfahren in Ansatz gebracht werden.

(3) Bewertung von Veränderungen der Immissionslage

Immissionsdaten liefern bekanntlich Informationen über den Zustand der Umwelt. Im System der Umweltökonomischen Gesamtrechnung werden die Immissionsdaten und deren Veränderung im Zeitablauf berücksichtigt. Für den Vergleich mit den Emissionen in der Berichtsperiode und für die zeitliche Zurechnung von Be- und Entlastungen im Umweltbereich steht die Veränderung der Immissionslage im Vordergrund der Betrachtung.

Es gibt eine Fülle von Meßdaten zur Immissionslage. Eine monetäre Bewertung ist jedoch nicht immer möglich, weil es sich dabei häufig um Konzentrationsangaben (z. B. Schadstoffmenge je m³ Abluft) handelt, die keine unmittelbaren Informationen über die mengenmäßige Gesamtbelastung enthalten.

Theoretisch kommen als Bewertungsmaßstab für die Immission Schadenskosten, also die in Geld ausgedrückte Höhe des Umweltschadens im Vergleich zu einem sauberen, heilen Umweltzustand, in Betracht. Da sich für viele Immissionen Berechnungen nach dem Schadenskriterium nicht anstellen lassen, weil keine brauchbaren Preise vorliegen, werden als Bewertungsmaßstab **Reproduktionskosten** (Reparatur- oder Schadensbeseitigungskosten) verwendet, d. h. es wird im Prinzip danach gefragt, was die Wiederherstellung des ursprünglichen Umweltzustandes kosten würde. Die Anwendung dieses Bewertungsverfahrens erscheint sinnvoll, weil es eng verbunden ist mit den tatsächlich anfallenden Kosten von Umweltsanierungsmaßnahmen.

Bei der Bewertung mit Reparaturkosten müssen aber einige Besonderheiten beachtet werden.

- (1) Es wird vielfach eingewendet, daß die Reparaturkosten die Umweltbelastung häufig überzeichnen, weil die Reparaturen gleichzeitig an vielen Stellen (Gesundheit, Wald, Boden, Luft usw.) vorgenommen werden müssen, obwohl sie gegebenenfalls nur auf eine Ursache oder auf wenige Ursachen zurückzuführen sind. Dazu sei jedoch bemerkt, daß die beobachteten Umweltbelastungen tatsächlich aufgetreten sind, auch dann, wenn sie auf eine einzige Ursache zurückzuführen sind. Die Schlußfolgerung auf eine bestimmte Produktion ist allerdings ohne weitere Analysen nicht zulässig, weil in vielen Fällen die Kausalitätskette nicht schlüssig ist, und weil nicht nur der Wert der Produktion selbst, sondern auch die Belastung einer Ersatzproduktion und die höheren Preise der Produkte berücksichtigt werden müssen.
- (2) In einigen Fällen lassen sich nur die Kosten für die gesamte Reparatur angeben, wobei das Ausmaß des Schadens keine Rolle spielt (z. B. Auswechseln von verseuchtem Boden). Hier muß überlegt werden, ob und wie diese Kosten zeitlich und auf mehrere Belastungsarten aufgeteilt werden sollen.
- (3) Zu beachten ist auch, daß viele Umweltschädigungen völlig verschiedenartige Niveaus der Nutzungsverzichte der Menschen nach sich ziehen können. So können bestimmte Formen von Bodenverunreinigungen (z. B. durch Schwermetalle), dazu führen, daß das betroffene Gebiet zwar nicht mehr landwirtschaftlich, wohl aber zur Überbauung genutzt werden kann. Bei der Bewertung sind also Einschränkungen bei den verschiedenartigen menschlichen Nutzungen und die Knappheit der verhinderten Nutzungen zu berücksichtigen.
- (4) Ferner muß überlegt werden, wie positive Veränderungen der Immissionslage behandelt werden sollen. Solche Verbesserungen können z. B. auf verringerten Emissionen, auf Sanierungsmaßnahmen und auf externen Einflüssen (wie z. B. Regeneration, veränderte Umweltbedingungen, und zyklische Schwankungen) beruhen. Die Verbesserung der Immissionslage kann als Ertrag interpretiert werden. Eine derartige Bewertung hat den Vorteil, daß sich im Zeitablauf die Aufwendungen mit den Erträgen ausgleichen, wenn der Sauber-Zustand wieder erreicht ist. Es ist jedoch klar, daß die hypothetischen Aufwendungen nicht mit den tatsächlich aufgewendeten Sanierungskosten der Berichtsperiode übereinstimmen müssen.
- (5) Es sind aber auch Fälle denkbar, in denen die Bewertung zu Reproduktionskosten scheitert, weil man im Augenblick noch nicht weiß, wie man solche Schäden reparieren soll (z. B. bestimmte Gesundheitsschäden, nicht rückgängig zu machende Verschmutzungen, Artensterben) oder weil ungewisse, vermutlich jedoch nicht reparable Schäden erst bei späteren Generationen auftreten (z. B. Anstieg der Konzentration von Spurengasen in der Atmosphäre und Treibhauseffekt). Bei derartigen Immissionsdaten bleiben nur die Alternativen, auf Bewertungen zu verzichten oder – falls möglich – ersatzweise auf eine Bewertung zu Schadensvermeidungskosten oder Schadenskosten auszuweichen.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Datenschutz im Landesinformationssystem

In der Gemeindedatei, dem Kernstück des Landesinformationssystems (LIS), sind zur Zeit 55 Millionen Daten für über 85 000 Merkmale gespeichert. 30 000 von diesen 85 000 Merkmalen enthalten Angaben, die aufgrund der geltenden Datenschutzbestimmungen der statistischen Geheimhaltung unterliegen können. Bezogen auf die Gesamtzahl der Daten, die sich hinter diesen abrufbaren Merkmalen verbirgt, unterliegt jede zehnte im LIS gespeicherte Zahl als Einzeldatum der besonderen Geheimhaltung.

Mit der Eröffnung des direkten Zugriffs durch Dritte auf die im LIS gespeicherten Daten zur Jahresmitte 1990 hat der Schutz dieser Daten gewissermaßen eine neue Qualität bekommen. War es bisher jederzeit möglich, die abgerufenen Daten vor der Weitergabe an den Anfrager noch einmal unter Datenschutzaspekten zu überprüfen, so sind die Daten nun sofort in der Hand des Konsumenten. Voraussetzung für die Aufnahme des Direktabrufs war deshalb die Schaffung eines Verfahrens, das den Schutz der gespeicherten Daten bei jedem Abruf gewährleistet.

Ermittlung der zu schützenden Daten oder primäre Geheimhaltung

Sinn und Zweck der statistischen Geheimhaltung ist es, die Veröffentlichung oder Weitergabe von schützenswerten Einzelangaben zu verhindern. Welche Tatbestände zu schützen sind, ist im Gesetz für jede einzelne Statistik festgelegt.

Trotz gesetzlicher Vorgaben war die maschinelle Lösung des Problems nicht einfach, da Art und Weise, wie dieser Schutz zu gewährleisten ist, nicht immer eindeutig geregelt sind und auch die Handhabung sehr unterschiedlich ist. Bei der Suche nach allgemeingültigen maschinell umsetzbaren Regeln haben sich drei Prinzipien herauskristallisiert. Geheimzuhalten sind

- alle Daten, denen weniger als eine bestimmte Anzahl von Einzelfällen (Normalfall = 3) zugrunde liegen, sogenannte Dreierregel. Beispiel: Die Zahl der Übernachtungen in Hotels in Weinähr ist geheim, weil es dort nur ein Hotel gibt.

- alle Daten, denen zwar mehr als zwei Einzelfälle zugrunde liegen, bei denen aber ein Fall so überragt, daß ein bestimmter Prozentsatz (Normalfall=80) des Ergebnisses auf ihn entfällt, sogenannte Dominanzregel. Beispiel: Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Selters ist geheim, da dort drei Betriebe des verarbeitenden Gewerbes ansässig sind, von denen einer 95,7% des Umsatzes erwirtschaftet. Dieser Betrieb ist dominant im Sinne der Geheimhaltung. Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Selters ist geheim.
- alle Daten, die die weitere sachliche Untergliederung eines Merkmalsträgers vorsehen, dessen Gesamtzahl in einem Gebiet jedoch unterhalb einer vorgegebenen Abschneidegrenze liegt. Beispiel: Die Zahl der ledigen Ausländer in Kemmenau ist geheim, weil dort nur fünf Ausländer wohnen. Merkmalsträger sind die Ausländer. Deren weitere Untergliederung nach dem Familienstand (hier: ledig) ist erst dann freizugeben, wenn in dem betrachteten Gebiet mindestens 20 von ihnen ansässig sind (vorgegebene Abschneidegrenze).

Die Methode, wie gesperrt wird, kann von Statistik zu Statistik unterschiedlich sein. Im eigens für diesen Zweck entwickelten LIS-Geheimhaltungsverfahren sind alle diese Methoden als Bausteine programmiert und für den einen speziellen Fall kombinierbar.

Sekundäre Geheimhaltung

Durch die bis jetzt geschilderten Maßnahmen werden zwar alle schutzwürdigen Daten ermittelt und gekennzeichnet. Dies allein genügt jedoch noch nicht, um den Datenschutz zu gewährleisten.

In einem zweiten Programmteil werden deshalb zusätzliche Daten, die nach den Regeln der primären Geheimhaltung frei wären, gesperrt, um die Ermittlung der geheimen Daten durch Differenzbildung zu verhindern. Die zusätzlichen Sperrungen werden in sachlicher und in regionaler Gliederung vorgenommen.

Die Notwendigkeit, zusätzliche Daten wegen sachlicher Zusammenhänge zu sperren, ergibt sich immer dann, wenn zu einem Tatbestand Untergliederungen gespeichert sind, von denen eine der Geheimhaltung unterliegt. So werden beispielsweise im LIS die landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt und nach acht Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nachgewiesen. Wenn nun von den acht Größenklassen nur eine geheimzuhalten ist, dann muß eine zweite Größenklasse zusätzlich gesperrt werden, da sonst der eine geschützte Wert durch Differenzbildung zum Gesamtergebnis unschwer ermittelt werden könnte.

In regionaler Hinsicht stellt sich die gleiche Problematik. Ist in einer Verbandsgemeinde mit zehn Ortsgemeinden nur ein Gemeindeergebnis aus Datenschutzgründen geheimzuhalten, so muß das Ergebnis einer zweiten Gemeinde gesperrt werden, damit auch hier die Möglichkeit der Differenzrechnung über das Verbandsgemeindeergebnis ausgeschaltet ist. Bei gering besetzten Merkmalen ist es keine Seltenheit, daß selbst Kreisergebnisse nicht nachgewiesen werden können.

Welche Gebiete als Abdeckposition zusätzlich gesperrt werden, wird vom Programm ermittelt. Im Normalfall wird die Größenklasse bzw. die Gemeinde mit der kleinsten Zahl genommen. Da dieses Verfahren jedoch zu weiteren Sperrungen führen kann, werden auch noch die nächstgrößeren Werte untersucht, um die Lösung zu finden, bei der möglichst wenig Werte von der sekundären Geheimhaltung betroffen sind.

Der mit dem Geheimhaltungsprogramm erstellte Vorschlag wird von der zuständigen statistischen Fachabteilung überprüft bzw. auch korrigiert, wenn aus fachlichen Gründen, z. B. die Sperrung einer anderen Gemeinde als der maschinell (und damit eben schematisch) vorgeschlagenen, sinnvoller ist. Allerdings muß nach diesen Änderungen noch einmal ein maschineller Lauf erfolgen, um zu prüfen, ob durch den manuellen Eingriff nicht andere Daten ungeschützt sind. Dies würde weitere Änderungen nach sich ziehen.

Das folgende Abrufbeispiel zeigt einen einfachen Fall der sekundären Geheimhaltung. In der Verbandsgemeinde Hermeskeil gibt es insgesamt 14 Industriebetriebe, die sich auf zwei Gemeinden konzentrieren. Da in der Gemeinde Gusenburg nur ein Betrieb vorhanden ist, können auch für die Gemeinde Hermeskeil mit ihren 13 Betrieben die Beschäftigten und deren Umsätze nicht nachgewiesen werden.

Abrufbeispiel

STATISTISCHES LANDESAMT
– Landesinformationssystem –

BAD EMS, DEN 07.01.91

Tab. KO33

Monatsbericht und Bericht für Kleinbetriebe
im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (Totalerhebung)
Betriebe und Beschäftigte am 30.9.,
Umsatz im September und im Vorjahr

Gebiet	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz ¹⁾ September	Umsatz ¹⁾ Vorjahr
	Anzahl		1 000 DM	
VG HERMESKEIL	14	643	11 914	111 170
GUSENBURG	1	GEH.	GEH.	GEH.
HERMESKEIL	13	GEH.	GEH.	GEH.

1) Ohne Umsatzsteuer

Die Kennzeichnung der geheimen Fälle erfolgt bereits bei der Einspeicherung der Daten in die Gemeindedatenbank. Sie bleibt ein für allemal bestehen, so daß bei allen Abfragen die gleichen Daten immer gesperrt bleiben. Damit ist es nicht möglich, durch mehrere ähnliche Abfragen geschützte Daten offenzulegen.

Bisher wurde das neue Geheimhaltungsverfahren bei 18 Statistiken angewandt. Die danach verbleibenden Daten sind damit ohne Datenschutzprobleme direkt abrufbar.

Datenschutz bei Rechenoperationen

Zum Leistungsumfang der Gemeindedatei gehört neben dem schnellen Abruf der gespeicherten Daten auch deren flexible rechnerische Verknüpfung, die Möglichkeit des Sortierens, die Auswahl über Bedin-

gungen sowie die Bildung von beliebigen Gebieten durch Addition von Gemeinden. Da bei einem offenen System jederzeit durch viele nacheinander geschaltete Abrufe versucht werden kann, geheime Fälle zu isolieren, mußte hier eine sehr restriktive Regelung getroffen werden; sobald schutzwürdige Daten betroffen sind, werden Sortierungen und die Ausgabegestaltung durch Bedingungen vom Programm zurückgewiesen. Berechnungen werden zwar ausgeführt, die Ergebnisse jedoch "geheim" gesetzt. Lediglich Rechenoperationen oder Gebietszusammenfassungen, bei denen keinerlei geheime Daten verarbeitet werden, führen zu dem gewünschten Ergebnis.

Diese bei einem offenen System einzig mögliche Vorgehensweise wird häufig zum Ergebnis "geheim" führen, gelegentlich auch dann, wenn keine Datenschutzbedürftigkeit besteht. Die Entscheidung, ob im Einzelfall doch Ergebnisse von Rechenoperationen oder Gebietszusammenfassungen an einen Konsumenten geliefert werden dürfen, muß die zuständige Fachabteilung des Statistischen Landesamtes treffen, die in solchen Fällen einzuschalten ist.

Besonderer Datenschutz bei Größenklassen und Abschneidegrenzen

Die bloße Zahl der Einheiten, Betriebe bzw. Personen, ohne weitere Untergliederung nach quantitativen oder qualitativen Aspekten, unterliegt allgemein nicht dem Datenschutz. Die Einordnung von Betrieben in Größenklassen, etwa nach der Höhe des Umsatzes, beinhaltet jedoch eine im Sinne des Datenschutzes unzulässige Quantifizierung: Der Umsatz des Betriebes ist durch die Klassengrenzen annähernd erkennbar. Die übliche Sperrung des Datenfeldes mit der Kennzeichnung "GEH." reicht für den Schutz dieses Datums nicht aus, wenn in dem betrachteten Gebiet insgesamt ein oder zwei Betriebe nachgewiesen werden, deren Verteilung auf die Größenklassen aber durch den Feldinhalt "GEH." deutlich wird. In solchen Fällen wird "GEH." durch "-", die Kennzeichnung für nicht vorhanden bzw. nicht nachweisbare Werte, ersetzt. Die Zuordnung zu

Größenklassen ist dann nicht mehr erkennbar, der Datenschutz bleibt gewahrt.

Bei der Verwendung von Abschneidegrenzen wird analog verfahren, da die Datenschutzproblematik gleich gelagert ist.

Abstimmung mit anderen Veröffentlichungen

Der allgemeine Zugang zu den im LIS gespeicherten Daten hat auch Auswirkungen auf andere Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes. Sobald Daten, die auch im LIS gespeichert sind, in Quellenbänden, Statistischen Berichten oder sonstigen Publikationen veröffentlicht werden, müssen sie mit dem gleichen Geheimhaltungsverfahren bearbeitet sein. Anderenfalls könnte durch den Abgleich von LIS-Abruf und Veröffentlichung der Datenschutz unterlaufen werden.

Bei den Bänden zur Volks-, Arbeitsstätten- und zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987 ist die Abstimmung dadurch gewahrt, daß die Veröffentlichungen direkt aus der - via Geheimhaltungsverfahren bereinigten - Datenbasis des LIS erstellt wurden.

Statistische Berichte, die in der Regel Daten regional weniger tief nachweisen, werden anhand der vom LIS gelieferten Unterlagen abgestimmt.

Ausblick

Das maschinelle Geheimhaltungsverfahren des LIS bringt für die statistischen Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes eine spürbare Entlastung. Es ist deshalb vorgesehen, weitere Statistiken, auch solche, die noch nicht in der Gemeindatei des LIS angeboten werden, in dieses Verfahren einzubeziehen. Hier bieten sich insbesondere die monatlichen Statistiken an, deren Jahresergebnisse im LIS gespeichert sind.

Diplom-Volkwirt Klaus-Dieter Dietrich

Öffentliche Wirtschaftsunternehmen

Die Finanzstatistik hat die Aufgabe, einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft, das heißt über Ausmaß und Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, zu schaffen. Entsprechend muß sie den Erhebungsbereich auf die öffentlichen Unternehmen in privater Rechtsform sowie auf Eigenbetriebe ausdehnen, zumal in neuerer Zeit vermehrt Einrichtungen aus dem Haushalt ausgegliedert und in selbständige Eigenbetriebe umgewandelt worden sind.

Unternehmensformen

Bei den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen ist zwischen den folgenden Unternehmensformen zu unterscheiden:

- (1) Regiebetriebe, die jeweils mit ihren gesamten Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände erscheinen und deshalb vielfach auch als „Bruttounternehmen“ bezeichnet werden.
- (2) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die nach dem Eigenbetriebsrecht geführt werden. Maßgebend für die Bildung, die Organisation und Führung der Eigenbetriebe sind die Eigenbetriebsverordnung und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften. Den kommunalen Eigenbetrieben sind auch diejenigen Zweckverbände zuzurechnen, die von ihrer Aufgabenstellung her als Wirtschaftsunternehmen zu betrachten sind und wie Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen, an denen der Bund, die Länder sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 % des Nominalkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind. Hierbei ist zwischen den Unternehmen, die sich vollständig im Besitz der öffentlichen Hand befinden, und den sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, die zu einem geringeren Teil von privaten Anteilseignern getragen werden, zu unterscheiden.

Während die Regiebetriebe mit ihren gesamten Ausgaben und Einnahmen in der Haushaltsrechnungsstatistik des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände erfaßt und hier beim Aufgabenbereich „Wirtschaftsunternehmen“ ausgewiesen werden, sind für die Eigenbetriebe und die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen in den Haushalten nur die Zuführungen bzw. Ablieferungen zu veranschlagen. Rechnungsmäßig sind die Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 LHO den kommunalen Eigenbetrieben gleichzusetzen. Sie sind dann einzurichten, wenn für die Wirtschaftsführung die bloße Erfassung der Einnahmen und Ausgaben unzureichend ist und die Aufstellung eines Wirtschaftsplans geboten erscheint. Dieser Wirtschaftsplan ist dem Haushalt lediglich als Anlage beizufügen. Wie die Eigenbetriebe führen die Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 LHO ihre Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung oder einer entsprechenden Verwaltungsbuchführung. Der Jahresabschluß findet entsprechend in einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung seinen Niederschlag.

Bilanzen als Datenquelle

Informationen über den Umfang und die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Unternehmen, die nach dem Eigenbetriebsrecht geführt oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden, liefert die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen.

Den Ansatzpunkt dieser Statistik bilden die Bilanzen und Erfolgsrechnungen, aus denen sich alle wichtigen Angaben über die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen entnehmen lassen. In das Erhebungsprogramm wurde außerdem der Anlagennachweis aufgenommen, der einen Überblick über die einzelnen Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte und ihre Veränderung im abgelaufenen Rechnungsjahr gibt (Anfangs- und Endbestände, Zugänge, Abgänge, Abschreibungen, Umbuchungen).

Die Erhebung beschränkt sich auf die Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen, weil der Staat und die Kommunen bei der Deckung dieses Bedarfs seit jeher in starkem Umfang mitgewirkt haben, sofern die Unternehmen nicht von ihnen selbst betrieben wurden. Die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen sind in diesem Zusammenhang nicht von Interesse. Eine Einbeziehung in die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erübrigt sich, weil sie im Rahmen der Statistiken erfaßt werden, die das Gesamtprogramm der amtlichen Statistik für die einzelnen Wirtschaftsbereiche vorsieht. Das

finanzstatistische Gesetz enthält bei der Abgrenzung des Erhebungsbereichs für die öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen außerdem bestimmte Abschneidegrenzen, so daß die kleineren Unternehmen unberücksichtigt bleiben, was insbesondere bei einer Nachweisung von regionalen Ergebnissen den Aussagewert beeinträchtigen kann.

Gliederung der Unternehmen

Die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen gliedert die Unternehmen nach Aufgabengebieten und Größenklassen. Als Kriterien für die Unternehmensgröße werden die Bilanzsumme und der Umsatzerlös verwandt. Die Bilanzsumme gibt eine Vorstellung von dem Vermögen bzw. dem Kapitaleinsatz der Unternehmen, der Umsatzerlös hingegen ist ein Indikator für ihre wirtschaftliche Leistung. Für die Unterteilung der Ergebnisse nach Aufgabengebieten werden die Unternehmen dem Bereich zugeordnet, in dem – gemessen an der Wertschöpfung der einzelnen Betriebszweige – der Schwerpunkt ihrer Wirtschaftstätigkeit liegt. Bei kombinierten Unternehmen, die für verschiedene Betriebszweige getrennte Jahresabschlüsse aufstellen, werden die einzelnen Betriebszweige getrennt nachgewiesen. Es handelt sich insoweit also nicht um Unternehmensergebnisse, sondern um Ergebnisse für fachliche Unternehmensteile. Diese Darstellungsform hat den Vorzug, daß die Statistik einen sehr viel differenzierteren Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Unternehmen gibt. Außerdem wird bei Schwerpunktverlagerungen vermieden, daß die Unternehmen einem anderen Aufgabengebiet als bisher zugeordnet werden, wodurch zeitliche Vergleiche ganz erheblich gestört werden können.

Die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen wird getrennt von den Haushaltsrechnungsstatistiken erstellt, so daß die Haushaltsrechnungsstatistiken über wichtige öffentliche Aufgabengebiete nur unvollständige Ergebnisse vorlegen. Dieses Problem ist im Verlauf der letzten Jahre immer bedeutender geworden, da nach den Versorgungs- und Verkehrsunternehmen auch die Entsorgungsunternehmen in zunehmendem Maße aus den kommunalen Haushalten ausgegliedert wurden.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wurde erheblich gestört. Mit Beginn des Jahres 1988 kam es in Rheinland-Pfalz zu einem einschneidenden Bruch, da auf Grund einer Änderung der Gemeindeordnung die Abwasserbeseitigungseinrichtungen ab diesem Zeitpunkt nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung zu verwalten sind. Dies gilt für die Abfallbeseitigungseinrichtungen entsprechend, wenn der Träger die Aufgabe unmittelbar erfüllt.

Umsatzvolumen erreichte 6,5 Milliarden Mark

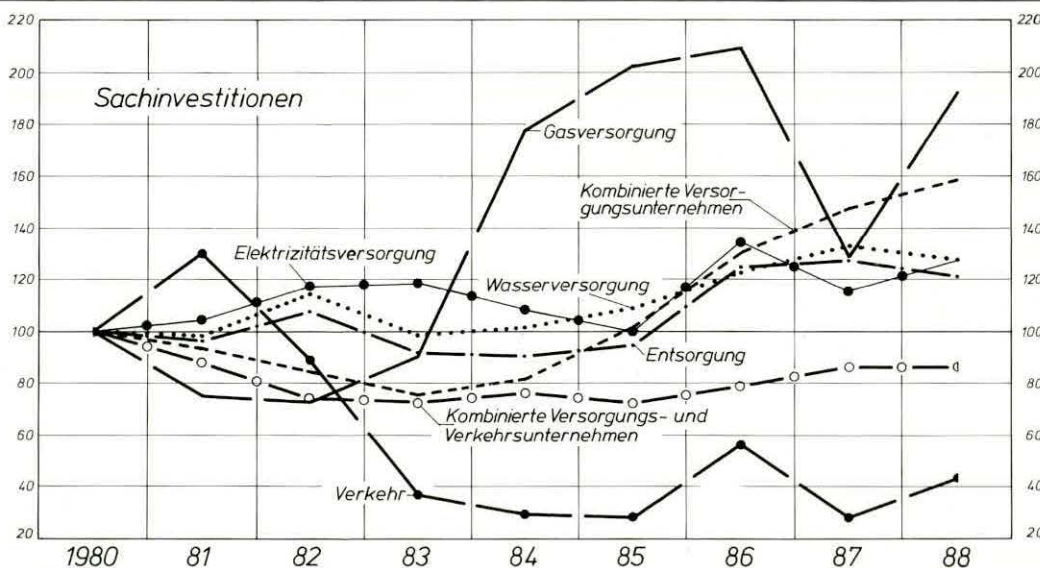
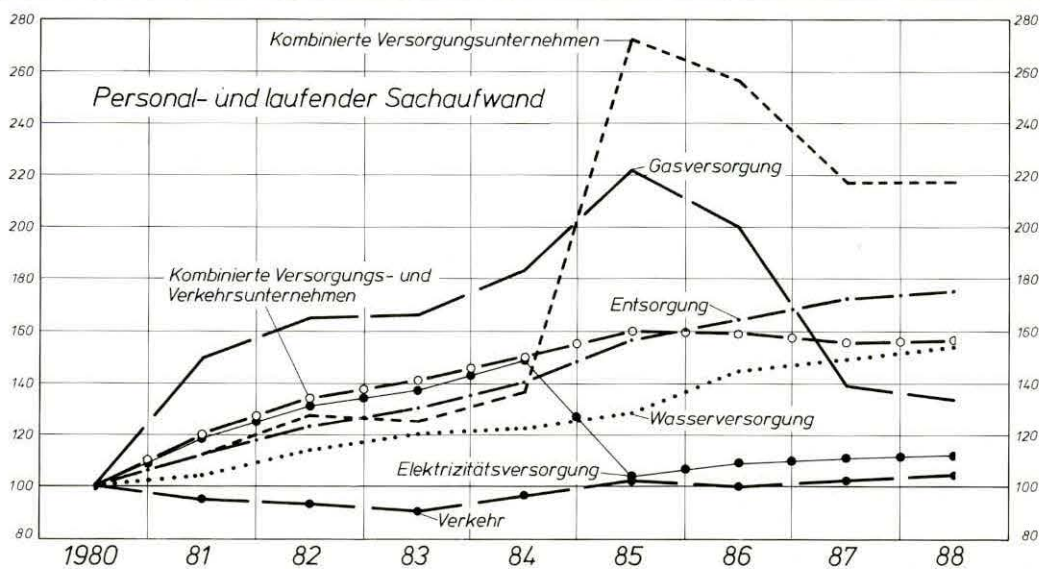
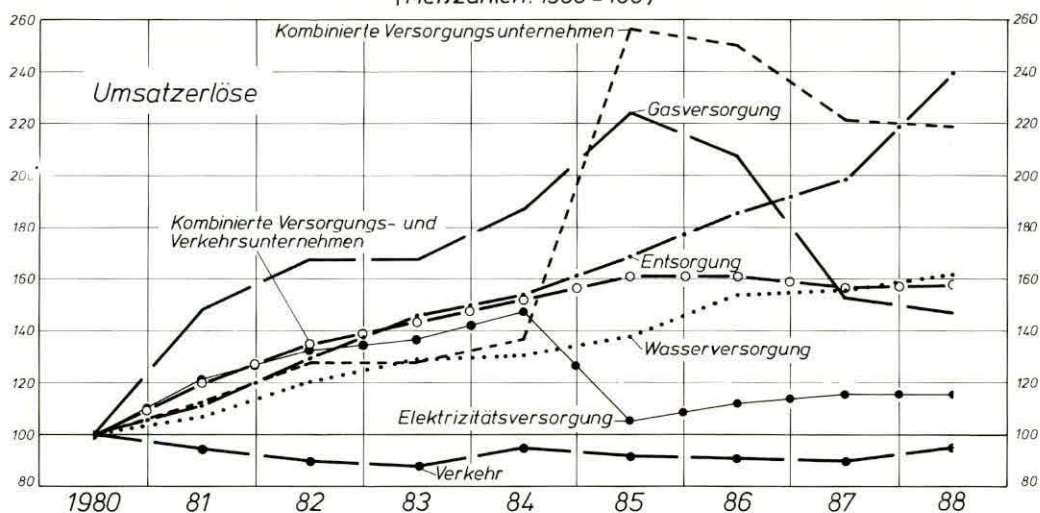
Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 542 öffentliche Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen erfaßt, die überwiegend als kommunale Eigenbetriebe außerhalb des Trägerhaushalts geführt wurden. Die meisten von ihnen sind im Bereich Entsorgung und Wasserversorgung tätig.

Öffentliche Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen 1988,
deren Umsatzerlöse, Personal- und laufender Sachaufwand sowie Sachinvestitionen
nach Rechtsformen und Aufgabengebieten

Rechtsform	Unternehmen	Umsatzerlöse	Personal- und laufender Sachaufwand	Sach- investitionen
	Anzahl	1000 DM		
Elektrizitätsversorgungsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	3	1 366	4 364	160
Kommunale Eigenbetriebe	20	61 044	53 994	11 888
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	1	–	59	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	5	1 557 465	1 406 992	173 856
Insgesamt	29	1 619 875	1 465 409	185 904
Gasversorgungsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	1	–	35	1 838
Kommunale Eigenbetriebe	1	4 997	4 448	339
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	–	–	–	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	5	136 655	116 162	36 589
Insgesamt	7	141 652	120 645	38 766
Wasserversorgungsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	9	1 577	3 015	322
Kommunale Eigenbetriebe	128	214 956	128 542	160 946
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	38	101 234	67 223	55 927
Rechtlich selbständige Unternehmen	3	32 785	23 821	11 477
Insgesamt	178	350 552	222 601	228 672
Heizkraftwerke				
Kommunale Regiebetriebe	–	–	–	–
Kommunale Eigenbetriebe	1	321	175	–
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	–	–	–	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	–	–	–	–
Insgesamt	1	321	175	–
Kombinierte Versorgungsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	1	–	473	3
Kommunale Eigenbetriebe	28	354 634	299 836	49 382
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	–	–	–	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	8	1 096 872	977 543	155 609
Insgesamt	37	1 451 506	1 277 852	204 994
Entsorgungsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	11	49 393	58 495	10 491
Kommunale Eigenbetriebe	207	906 766	606 792	534 761
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	33	48 572	43 815	36 857
Rechtlich selbständige Unternehmen	2	9 049	8 860	23 668
Insgesamt	253	1 013 780	717 962	605 777
Verkehrsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	8	256	1 329	168
Kommunale Eigenbetriebe	1	2 338	2 560	270
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	–	–	–	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	9	54 870	79 530	5 564
Insgesamt	18	57 464	83 419	6 002
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen				
Kommunale Regiebetriebe	1	–	3 415	–
Kommunale Eigenbetriebe	11	617 509	544 492	75 038
Kommunale Zweckverbände ¹⁾	–	–	–	–
Rechtlich selbständige Unternehmen	7	1 208 140	1 136 828	119 223
Insgesamt	19	1 825 649	1 684 735	194 261

1) Einschl. der als Eigenbetriebe geführten kommunalen Zweckverbände.

**Umsatzerlöse, Personal- und laufender Sachaufwand sowie
Sachinvestitionen nach Aufgabengebieten 1980-1988 der
öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen**
(Meßzahlen: 1980 = 100)



Die Unternehmen erzielten einen Umsatz in Höhe von 6,5 Mrd. DM. Das höchste Umsatzvolumen wurde von den rechtlich selbständigen Unternehmen erwirtschaftet, die wegen ihrer überregionalen Tätigkeit in bestimmten Aufgabenbereichen, wie zum Beispiel Elektrizitätsversorgung, dominieren. Die kommunalen Eigenbetriebe, deren Einzugsgebiet sich auf das der jeweiligen Trägerkörperschaft beschränkt, erreichen hingegen deutlich niedrigere Umsatzerlöse. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Entsorgung sowie im kombinierten Versorgungs- und Verkehrsbereich. Eine starke Stellung haben sie auch in der Wasserversorgung. Hier und in der Entsorgung haben auch die kommunalen Zweckverbände eine große Bedeutung. Die Regiebetriebe haben aufgrund der Ausgliederungsvorschrift Umsatzanteile verloren. Dennoch setzten sie hauptsächlich in der Entsorgung mehr als 50 Mill. DM um.

Für das Personal und den laufenden Sachaufwand wurden 5,6 Mrd. DM verausgabt. Die Beträge für die einzelnen Bereiche korrelieren mit denen des Umsatzerlöses, das heißt, Unternehmensformen mit hohen Umsatzerlösen haben erwartungsgemäß auch einen entsprechend hohen Personal- und laufenden Sachaufwand.

Die Sachinvestitionen beliefen sich auf 1,5 Mrd. DM. Sie haben in den letzten Jahren kräftig zugenommen. Die höchsten Investitionen wurden von den Entsorgungsunternehmen getätigt, und zwar insbesondere von den kommunalen Eigenbetrieben, die mehr als die Hälfte ihres Umsatzerlöses investierten. Auch in der Wasserversorgung war eine rege Investitionstätigkeit zu beobachten, die ebenfalls von den kommunalen Eigenbetrieben getragen wurde.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1988

Für die regionale Wirtschaftspolitik sind Daten über Struktur und Entwicklung der Wirtschaft unterhalb der Landesebene instruktive Informationen. Eine wesentliche Größe ist die unbereinigte Bruttowertschöpfung, im folgenden verkürzt Bruttowertschöpfung genannt. Anders als für das Landesergebnis wird für die Verwaltungsbezirke auf den Nachweis des Bruttoinlandsproduktes verzichtet, weil eine adäquate Verteilung der Zwischenposten nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben nicht möglich ist.

Zur Methode

Für die Berechnung der Bruttowertschöpfung nach Kreisen kann nur auf Regionaldaten aus wenigen aktuellen Statistiken zurückgegriffen werden, da in vielen Bereichen Stichprobenverfahren angewendet werden, deren Ergebnisse wegen des geringen Auswahlssatzes keine tiefere wirtschaftssystematische Gliederung zulassen. Deshalb erfolgt die Kreisberechnung durch Verteilung originär berechneter Landeswerte, und zwar in rund 70 Einzelbereichen. Diese starke Differenzierung soll eine möglichst große Homogenität innerhalb der Berechnungseinheiten gewährleisten. Der Aufteilungsschlüssel wird für die Einzelsektoren so gewählt, daß eine enge Korrelation zwischen Schlüsselgröße und Bruttowertschöpfung vermutet werden kann. Zusätzlich ist bei der Berechnung zu beachten, daß dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gängigen Unternehmenskonzept Rechnung getragen wird, das heißt, daß die wirtschaftliche Leistung eines Betriebes stets dem wirtschaftssystematischen Schwerpunkt des entsprechenden Unternehmens zugeordnet wird.

Dies verdeutlicht, daß gewisse Unschärfen in der Berechnung notwendigerweise gegeben sind. Der Fehlerbereich wird primär durch die Qualität des Ausgangsmaterials bestimmt. Hinzu kommt die unterstellte hohe Korrelation zwischen Schlüsselgröße und Bruttowertschöpfung. Zudem bereitet die Zurechnung der

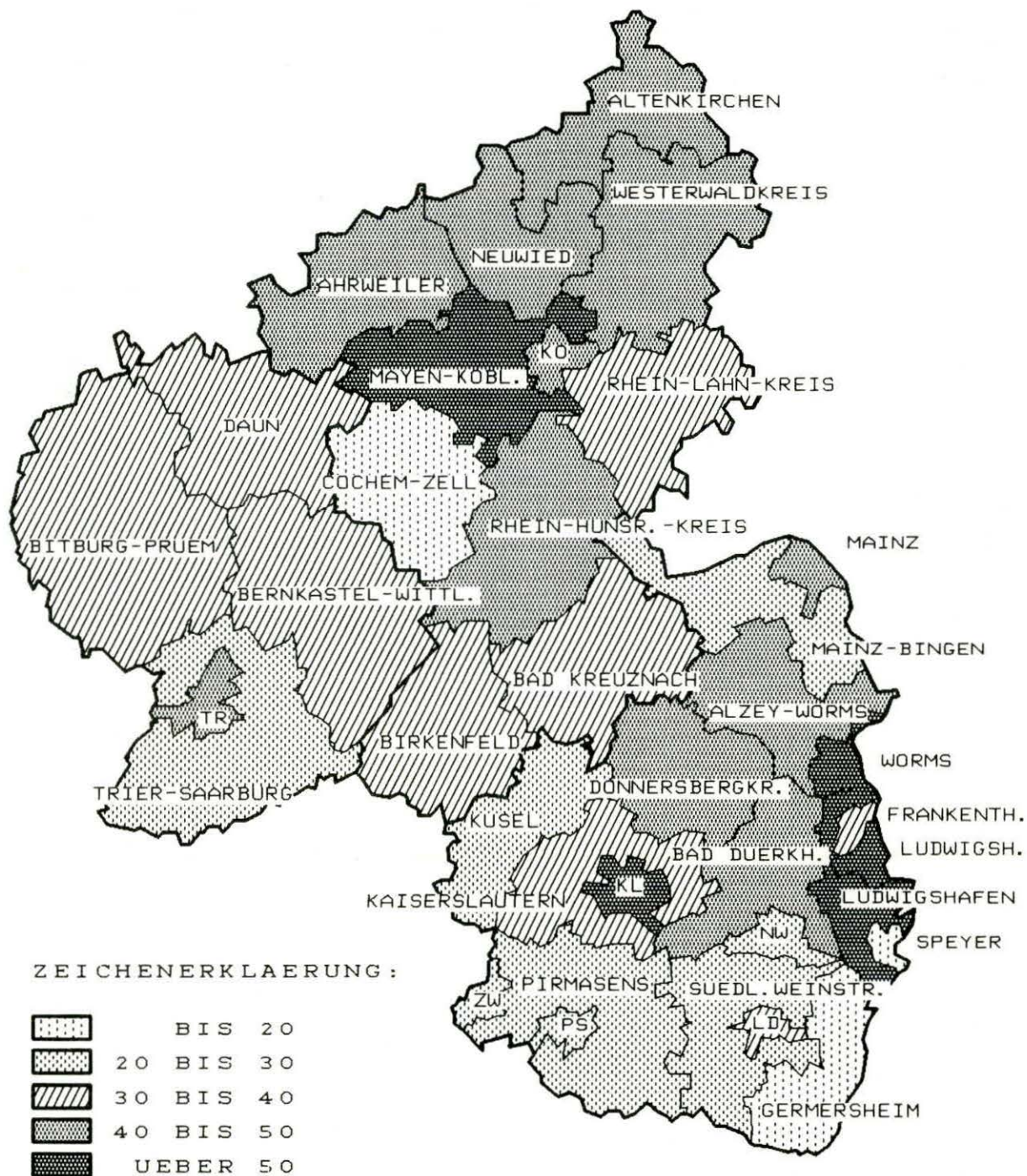
wirtschaftlichen Leistung auf spezifische Unternehmensteile Probleme. Nicht zuletzt jedoch ist eine angemessene Interpretation der Ergebnisse nur möglich, wenn relevante Einzelereignisse, zum Beispiel Unternehmensschließung oder Änderung des wirtschaftssystematischen Schwerpunktes, insbesondere bei dominierenden Großunternehmen, bekannt sind. Die Komprimierung der 70 Rechenbereiche auf fünf Veröffentlichungsbereiche führt zu einer ganz entscheidenden Fehlerkompensation. Die im zeitlichen Ablauf weitgehende Konstanz der Berechnungsmethoden, die nur bei besseren Datengrundlagen (z.B. Großzählungen) modifiziert werden, erlaubt eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Veränderung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Der Beitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung der rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke hat sich im Zeitraum 1980 bis 1988 stark verändert. Noch 1980 wurde in 12 kreisfreien Städten und Landkreisen mehr als die Hälfte der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe erwirtschaftet. 1988 dominiert dieser Wirtschaftsbereich nur noch in sieben Verwaltungsbezirken, dabei stehen die beiden Industriestandorte Ludwigshafen (Stadt) und Germersheim (Kreis) mit Anteilen von über 75 % mit Abstand an der Spitze. Daneben sind die Städte Worms (57 %) und Frankenthal (53 %) sowie die Landkreise Donnersbergkreis (53 %), Altenkirchen (51 %) und Westerwald (50 %), wie bereits 1980, noch überwiegend vom produzierenden Gewerbe geprägt.

Es ist bezeichnend für den Strukturwandel in Rheinland-Pfalz, daß der Anteil der Bruttowertschöpfung der privaten und öffentlichen Dienstleistungen 1988 teilweise erheblich über den Werten des Jahres 1980 liegt. Nur in drei Städten waren die Anteilsätze des Jahres 1988 niedriger.

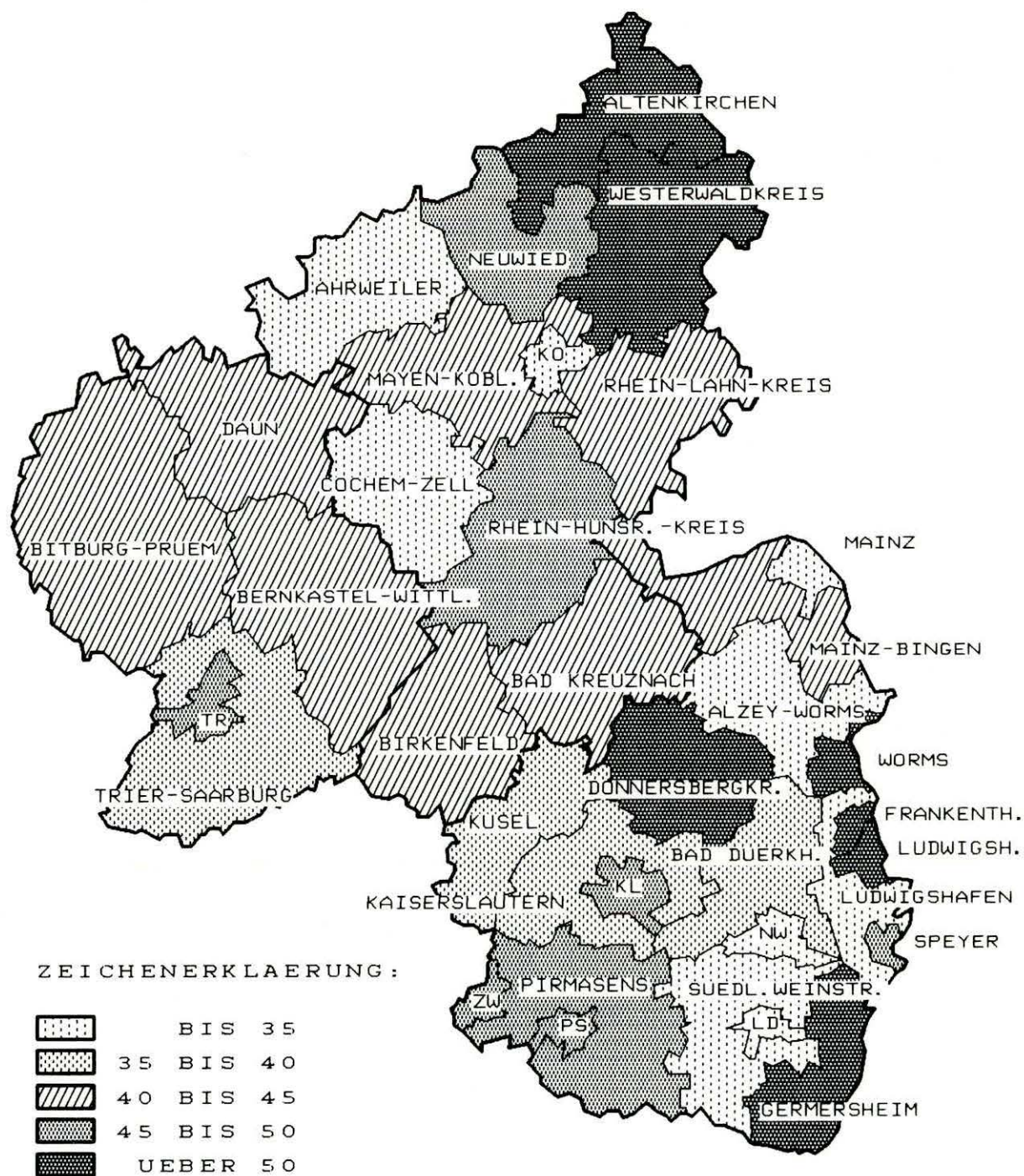
Veränderung der Bruttowertschöpfung 1980 – 1988 in % nach Verwaltungsbezirken



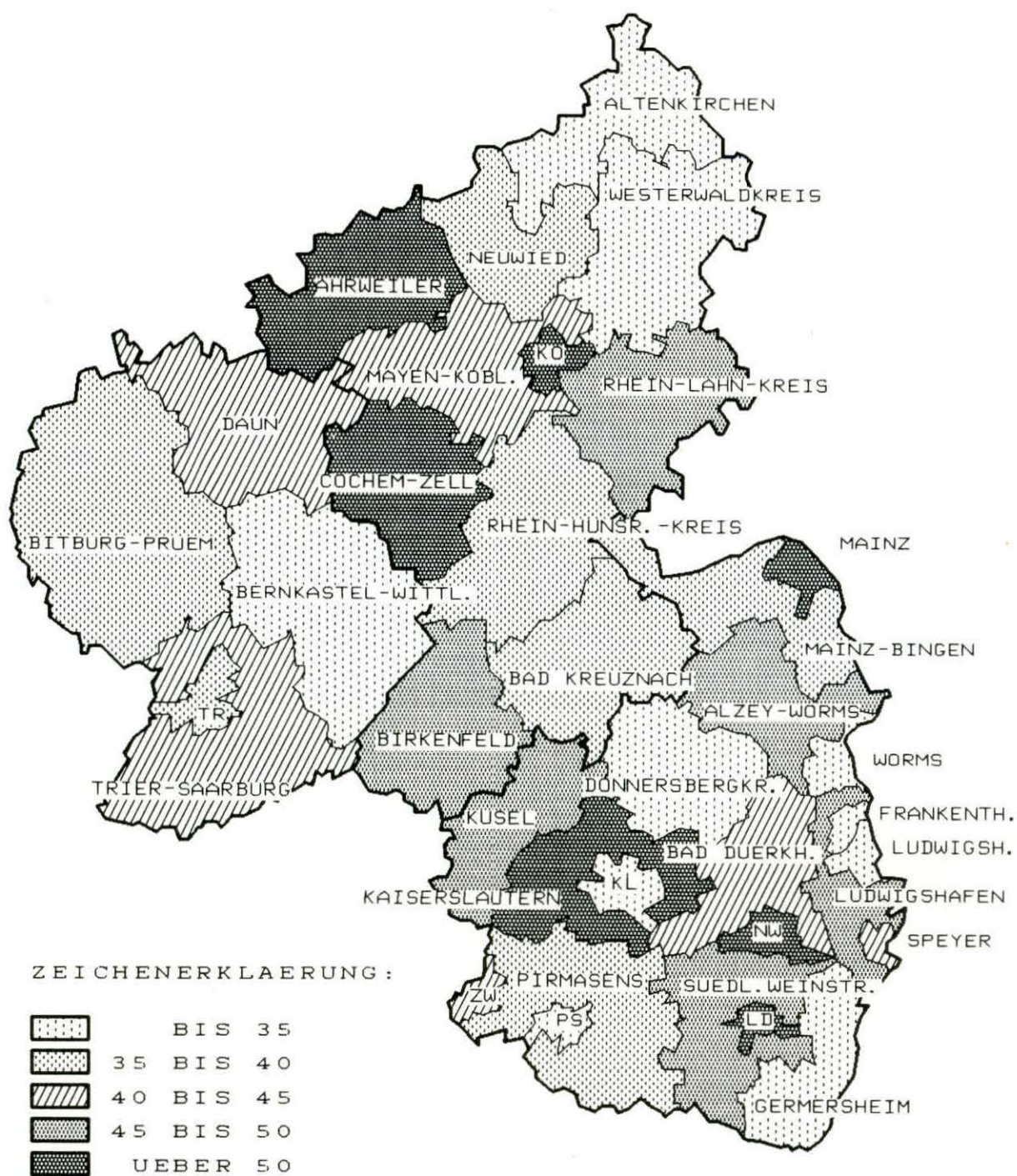
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1988 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Je Einwohner		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv. HH. und priv. Org. ohne Erwerbszweck
	Mill. DM	Anteil in %	DM	Land=100	Anteil an insgesamt in %				
Kreisfreie Stadt Koblenz	6 335	5,9	58 960	201,1	·	23,0	17,5	29,9	29,5
Landkreise									
Ahrweiler	2 197	2,1	19 640	67,0	2,1	33,2	12,9	33,6	18,3
Altenkirchen (Ww.)	2 874	2,7	23 790	81,1	1,1	50,7	18,0	20,5	9,6
Bad Kreuznach	3 593	3,4	24 760	84,4	3,5	43,1	14,7	23,1	15,7
Birkenfeld	2 038	1,9	23 940	81,6	1,6	40,5	12,2	22,2	23,5
Cochem-Zell	1 164	1,1	19 360	66,0	6,1	30,2	12,9	27,2	23,6
Mayen-Koblenz	5 287	5,0	28 050	95,6	1,4	41,1	13,7	33,2	10,6
Neuwied	3 921	3,7	24 970	85,1	0,9	49,2	11,3	26,6	12,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 046	1,9	22 820	77,8	3,1	45,9	13,8	23,1	14,0
Rhein-Lahn-Kreis	2 370	2,2	20 400	69,6	2,1	40,4	11,4	26,6	19,4
Westerwaldkreis	4 035	3,8	23 550	80,3	1,1	50,0	14,5	23,1	11,3
RB Koblenz	35 858	33,6	26 500	90,4	1,6	40,1	14,3	26,9	17,0
Kreisfreie Stadt Trier	4 630	4,3	48 770	166,3	·	45,2	15,9	18,2	20,3
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	2 527	2,4	23 810	81,2	5,7	43,6	16,6	21,6	12,5
Bitburg-Prüm	1 797	1,7	20 180	68,8	8,3	40,5	14,4	24,5	12,3
Daun	1 212	1,1	21 260	72,5	4,1	40,1	12,5	25,3	18,1
Trier-Saarburg	1 729	1,6	13 820	47,1	8,1	38,2	13,2	27,5	13,1
RB Trier	11 894	11,1	25 190	85,9	4,2	42,6	15,1	21,9	16,2
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1 427	1,3	31 520	107,5	·	53,3	12,3	22,6	11,3
Kaiserslautern	4 023	3,8	41 520	141,6	·	45,9	19,4	19,7	14,9
Landau i. d. Pfalz	1 200	1,1	33 130	113,0	·	24,8	17,6	29,8	26,0
Ludwigshafen a. Rhein	12 729	11,9	80 560	274,7	·	75,7	7,5	11,6	5,2
Mainz	10 855	10,2	62 400	212,8	·	30,0	10,9	43,0	16,0
Neustadt a. d. Weinstr.	1 441	1,3	28 670	97,8	·	20,1	21,5	28,3	27,7
Pirmasens	1 607	1,5	33 910	115,6	·	46,7	20,7	19,5	12,9
Speyer	1 738	1,6	38 950	132,8	·	45,4	10,3	20,0	24,2
Worms	2 614	2,4	35 100	119,7	·	57,3	12,5	18,2	10,9
Zweibrücken	1 091	1,0	32 710	111,6	·	48,5	9,3	18,8	22,9
Landkreise									
Alzey-Worms	1 625	1,5	16 180	55,2	10,4	25,4	18,3	34,2	11,7
Bad Dürkheim	2 327	2,2	19 260	65,7	5,6	37,2	13,5	33,6	10,1
Donnersbergkreis	1 417	1,3	21 090	71,9	3,6	53,0	9,5	21,3	12,5
Germersheim	4 239	4,0	40 550	138,3	1,0	76,5	4,7	11,0	6,7
Kaiserslautern	1 391	1,3	14 590	49,8	2,1	37,1	15,0	32,4	13,3
Kusel	1 001	0,9	13 350	45,5	2,9	37,9	11,7	29,2	18,4
Südliche Weinstraße	1 724	1,6	17 620	60,1	7,2	31,1	13,2	30,6	17,8
Ludwigshafen	1 685	1,6	12 870	43,9	2,7	30,5	20,9	38,7	7,3
Mainz-Bingen	3 511	3,3	21 220	72,4	5,1	42,1	17,5	26,1	9,1
Pirmasens	1 412	1,3	14 240	48,6	2,6	45,8	16,2	24,9	10,5
RB Rheinhessen-Pfalz	59 057	55,3	32 500	110,8	1,6	49,1	12,3	24,8	12,2
Kreisfreie Städte	49 691	46,5	51 610	176,0	0,3	46,7	12,9	24,3	15,8
Landkreise	57 119	53,5	21 320	72,7	3,3	44,2	13,6	26,0	12,9
Rheinland-Pfalz	106 809	100	29 320	100	1,9	45,4	13,3	25,2	14,2

Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 1988 in % nach Verwaltungsbezirken



Anteil der Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung 1988 in % nach Verwaltungsbezirken



Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1988 nach Regionen

Region	Insgesamt		Je Einwohner		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv. HH. und priv. Org. ohne Erwerbszweck
	Mill. DM	Anteil in %	DM	Land=100					
Mittelrhein-Westerwald	30 228	28,3	26 920	91,8	1,4	39,7	14,4	27,7	16,7
Trier	11 894	11,1	25 190	85,9	4,2	42,6	15,1	21,9	16,2
Rheinhausen-Nahe	24 236	22,7	32 550	111,0	2,3	37,2	13,2	32,6	14,7
Rheinpfalz	28 510	26,7	36 160	123,3	1,5	59,4	10,2	18,7	10,2
Westpfalz	11 942	11,2	23 220	79,2	1,3	45,4	15,9	22,7	14,7
Rheinland-Pfalz	106 809	100	29 320	100	1,9	45,4	13,3	25,2	14,2

Knapp 60 % der Wertschöpfung entfallen in den Städten Koblenz und Mainz auf den Dienstleistungsbereich. Während in Koblenz die privaten und die öffentlichen Dienstleistungen jeweils zur Hälfte zum Dienstleistungssektor beitragen, überwiegt in der Landeshauptstadt Mainz der private Bereich. In weiteren fünf Verwaltungsbezirken ist der Einfluß der Dienstleistungen am stärksten. In den Städten Neustadt und Landau liegt ebenso wie in dem Landkreis Kaiserlautern der Anteil bei rund 56 %, in den Kreisen Ahrweiler bei 52 und in Cochem-Zell bei 51 %. Noch zu Beginn des Jahrzehnts waren nur die Städte Koblenz, Mainz und Neustadt ähnlich stark vom Dienstleistungsbereich geprägt. Relativ konstant blieb hingegen in allen Kreisen der Beitrag von Handel und Verkehr zur Wertschöpfung. Dabei liegen die Anteile für 1988 in den Städten Neustadt sowie Pirmasens und im Landkreis Ludwigshafen mit rund 21 % erheblich über dem Landeswert. Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur Bruttowertschöpfung weist auf Landesebene eine rückläufige Tendenz auf. In den Landkreisen Alzey-Worms (10 %), Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg (jeweils über 8 %) hat er allerdings noch eine beachtliche Bedeutung.

Differenzen im regionalen Wirtschaftswachstum

Im Zeitraum 1980 bis 1988 hat die Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz um knapp 41 % zugenommen. Die Abweichung vom Landestrend ist in den kreisfreien Städten und Landkreisen zum Teil beträchtlich.

Mit einer Zunahme von fast 70 % weist die Stadt Ludwigshafen die höchste Steigerungsrate auf. Dagegen verzeichnet die Stadt Speyer einen Rückgang der Wertschöpfung von über 12 %. In beiden Verwaltungsbezirken bestimmt vornehmlich das produzierende Gewerbe diese Entwicklung. In Speyer wirkt sich vor allem die Stilllegung einer Raffinerie zu Beginn der 80er Jahre negativ aus. Im kurzfristigen Vergleich ergibt sich auch in Speyer eine Zunahme der Bruttowertschöpfung.

Einen Wachstumsanstieg von rund 57 % gegenüber 1980 verzeichnet der Landkreis Mayen-Koblenz, vor allem bedingt durch die Steigerung bei den Dienstleistungsunternehmen. Die Wirtschaftsgruppe der mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten hatte hier eine überdurchschnittliche Bedeutung. Mit Zuwachsraten von 56 % liegen der Landkreis Ludwigshafen sowie die Städte Worms (+ 55 %) und Kaiserslautern (+ 53 %) weit über dem Landesdurchschnitt von + 41 %. Mit jeweils + 49 % verzeichnen auch die Landkreise Donnersbergkreis, Alzey-Worms und Bad Dürkheim sowie die Stadt Koblenz (+ 46 %) eine überdurchschnittliche Zunahme der Wertschöpfung.

Neben der Stadt Speyer errechnen sich auch für die Landkreise Germersheim (+ 16 %), Cochem-Zell (+ 18 %) und Pirmasens (+ 20 %) sowie für die Stadt Zweibrücken (+ 22 %) deutlich unter dem Landestrend liegende Veränderungsraten.

Günter Hiller

Die kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz

In unserer aktuellen Reihe werden Ergebnisse für den Kreis, aber auch für ausgewählte Verbandsgemeinden und Gemeinden präsentiert. Die Veröffentlichungen bieten eine aus verschiedenen Statistiken abgeleitete Gesamtschau. Unter anderem werden die Bereiche Politische Struktur, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Sozialprodukt, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk sowie Steuern und Finanzen behandelt. Dieser Darstellung vorangestellt ist ein kurzer Abriß über die Landeskunde. Entsprechende Beschreibungen für alle Landkreise und kreisfreien Städte werden in loser Abfolge als Beilage unserer Statistischen Monatshefte publiziert. In den nächsten beiden Monaten werden die Landkreise Rhein-Lahn, Rhein-Hunsrück, Neuwied und Bad Kreuznach erscheinen. Wir nehmen auch Vorbestellungen entgegen.

Die Preise entnehmen Sie bitte der Rabattstaffel.

Abnahmemenge	Stückpreis in DM
bis 19	3,00
20 bis 49	2,50
50 bis 99	2,00
100 bis 499	1,50
ab 500	1,00

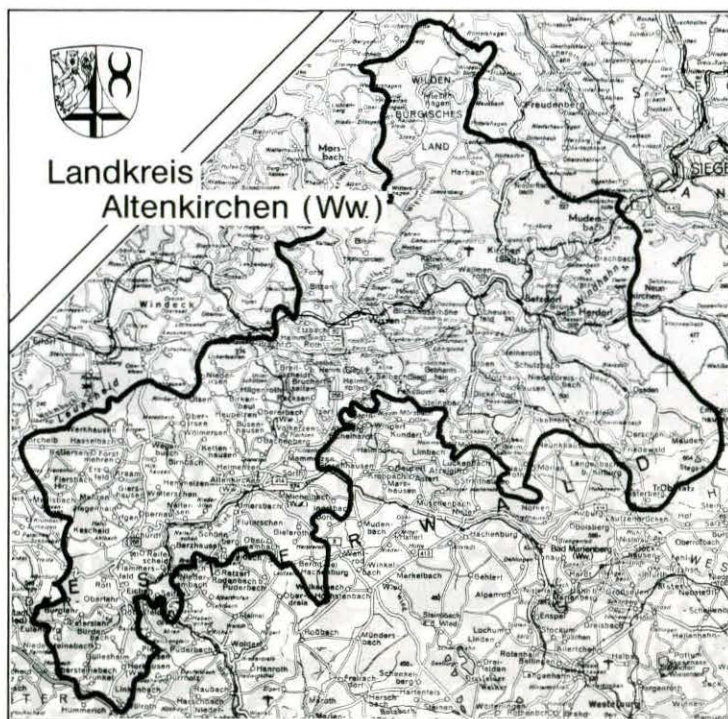
Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt



Landkreis
Altenkirchen (Ww.)



Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 642	3 670	3 682	3 686	3 696
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 075	2 022	2 755	1 635	1 277	3 652	2 261 ^P	1 653	1 429 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,8	6,6	9,1	5,2	4,2	11,6	7,4 ^P	5,2	4,7 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 321	3 304	3 471	3 374	3 093
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	11,5	10,8	10,2
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 490	3 545	3 371	3 538	3 574
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,6	11,2	11,3	11,8
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	27	25	29	31	26
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,3	7,7	8,6	9,1	8,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 169	- 241	100	- 164	- 481
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,6	- 0,8	0,3	- 0,5	- 1,6
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 810	11 078	15 385	14 313	18 580
* Fortgezogene	Anzahl	6 091	6 795	7 792	10 102	8 159
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 719	4 283	7 593	4 211	10 421
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	9 334	10 448	10 360	11 304	11 552
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	111 804	101 666	91 583	92 122	97 943	86 963	82 221	79 628	80 738
* Männer	Anzahl	57 878	51 504	44 268	43 954	47 534	40 951	39 239	38 211	39 042
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	7 486	5 974	4 255	-	-	-	3 581	-	-
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	38 402	34 227	30 119	-	-	-	26 468	-	-
Arbeitslosenquote	%	7,6	6,9	6,2	6,3	6,7	5,8	5,5	5,4	5,4
Offene Stellen	Anzahl	8 973	11 481	12 821	13 951	13 789	13 541	13 727	13 823	13 547
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	-	-	1 033	-	-	-	996	-	-
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	-	-	5 090	-	-	-	5 321	-	-
Kurzarbeiter	Anzahl	8 986	4 833	1 660	2 272	2 447	4 595	3 818	4 580	4 366
Männer	Anzahl	6 990	3 620	877	1 200	1 273	3 679	3 184	3 490	3 324
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 117	14 014	13 793	15 359	14 954	15 567	15 035	17 071	16 244
* Rinder	t	4 252	4 151	4 227	4 541	4 748	5 369	5 249	5 968	5 689
* Kälber	t	25	21	17	22	19	20	20	39	50
* Schweine	t	9 696	9 703	9 411	10 643	10 023	10 030	9 619	10 896	10 304
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	71	71	68	68	63	72	68	68	62
* an Molkereien geliefert	%	94,4	94,6	94,2	94,0	93,8	95,0	94,5	94,3	93,4
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 601	2 581	2 610	2 604	2 601	2 614	2 622	2 626	2 624
* Beschäftigte	1 000	367	373	378	378	379	391	391	391	391
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	250	254	258	253	258	267	266	266	267
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	34 561	34 617	35 204	36 928	36 075	36 187	35 250	37 948	36 956
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 422	1 497	1 417	1 448	1 833	1 574	1 514	1 573	2 009
* Löhne	Mill. DM	812	854	821	849	1 063	919	866	919	1 166
* Gehälter	Mill. DM	610	643	596	599	770	655	648	654	843
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 049	1 100	1 090	1 160	1 153	1 146	1 104	1 155	1 173
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 416	7 976	7 855	8 487	8 282	8 515	8 521	9 413	9 184
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 832	3 142	3 012	3 270	3 179	2 901	2 998	3 251	3 236

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	Nov.	August	September	Oktober	Nov.	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	106	111	112	115	124	112	125	119	135,6 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	109	113	113	117	126	114	127	121	139,3 ^p
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	108	112	113	117	125	114	127	120	137,2
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	117	119	120	120	124	120	123	122	134,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	84	87	98	97	96	93	100	95	101,5
Chemische Industrie	1980 = 100	130	131	129	130	136	131	134	139	150,3
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	109	108	110	127	104	136	112	132,0
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	103	108	101	104	137	104	148	102	137,9
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	92	105	103	108	112	86	104	100	114,0
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	98	102	105	108	114	99	116	114	125,3
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	68	65	78	66	67	63	67	59	57,0
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	117	117	116	136	143	146	148	165	189,6
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	86	93	102	101	102	100	106	106	108,8
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	928	399	344	384	419	312	374	440	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	1 835	2 394	2 328	2 363	2 564	2 378	2 374	2 525	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	844	878	840	933	873	785	835	861	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 855	1 888	1 803	1 783	2 079	1 879	1 887	2 072	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	385	413	279	418	536	269	366	440	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	92	91	91	.	.	.	89	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	vJD 1976=100	151	158	157	.	.	.	174	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 351	60 288	61 909	59 641	57 767	60 816 ^p	60 812 ^p	62 194 ^p	61 959 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 483	31 393	31 512	30 833	31 136	31 373 ^p	31 640 ^p	32 314 ^p	32 115 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 190	14 422	15 489	15 111	14 837	15 359 ^p	15 099 ^p	15 372 ^p	15 419 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 027	7 071	7 805	8 021	7 373	8 126 ^p	7 499 ^p	8 567 ^p	7 631 ^p
Privater Bau	1000	4 439	4 449	4 812	4 908	4 603	5 157 ^p	4 829 ^p	5 595 ^p	5 050 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 572	2 509	2 720	2 751	2 642	3 044 ^p	2 854 ^p	3 308 ^p	2 946 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	44	56	45	67	48	37 ^p	133 ^p	96 ^p	241 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 823	1 884	2 047	2 090	1 913	2 076 ^p	1 842 ^p	2 191 ^p	1 863 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 589	2 622	2 993	3 113	2 770	2 969 ^p	2 670 ^p	2 972 ^p	2 581 ^p
Hochbau	1000	627	625	623	713	648	579 ^p	539 ^p	606 ^p	574 ^p
Tiefbau	1000	1 962	1 997	2 370	2 400	2 122	2 390 ^p	2 131 ^p	2 366 ^p	2 007 ^p
Straßenbau	1000	1 029	1 062	1 320	1 320	1 108	1 283 ^p	1 144 ^p	1 259 ^p	1 058 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	187	196	196	202	259	222 ^p	204 ^p	229 ^p	294 ^p
* Löhne	Mill. DM	154	161	160	168	211	185 ^p	168 ^p	191 ^p	241 ^p
* Gehälter	Mill. DM	33	35	36	34	48	37 ^p	36 ^p	38 ^p	53 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	581	609	677	710	687	700 ^p	739 ^p	828 ^p	839 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	Nov.	August	September	Oktober	Nov.	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	770	837	800	995	659	1 015	800	786	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	629	653	618	756	489	729	541	527	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	104	125	104	147	117	179	147	147	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	36	59	78	92	59	107	112	112	...
* Umbauter Raum	1 000 m ³	726	839	798	1 030	681	1 108	928	934	...
* Wohnfläche	1 000 m ²	119	140	137	181	116	188	165	163	...
Wohnräume	Anzahl	5 460	6 482	6 326	8 721	5 314	8 619	7 598	7 532	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	236	274	262	333	221	375	313	315	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	1	3	3	3	2	3	3	2	...
Unternehmen	Anzahl	136	153	148	314	147	122	175	121	...
Private Haushalte	Anzahl	632	682	649	678	510	890	622	663	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	164	165	200	176	182	203	200	198	...
* Umbauter Raum	1 000 m ³	725	828	1 290	879	1 069	911	1 441	1 085	...
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	137	207	139	209	137	215	162	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	136	148	261	152	163	168	279	349	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	24	30	25	22	35	31	31	...
Unternehmen	Anzahl	132	139	164	144	160	165	164	153	...
Private Haushalte	Anzahl	4	3	6	7	-	3	5	14	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 218	1 518	1 496	2 046	1 231	2 186	1 967	2 141	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 726	3 013	2 928	3 221	3 075	2 841	2 731
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 492	1 668	1 569	1 798	1 752	1 469	1 530
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	209	223	215	234	219	225	210
Dänemark	Mill. DM	45	45	43	52	44	46	42
Frankreich	Mill. DM	363	432	391	472	425	372	421
Griechenland	Mill. DM	25	29	31	32	27	24	23
Großbritannien	Mill. DM	272	314	295	321	322	266	253
Irland	Mill. DM	10	12	12	15	14	12	12
Italien	Mill. DM	255	274	278	303	306	169	259
Niederlande	Mill. DM	212	209	194	217	256	229	194
Spanien	Mill. DM	84	106	93	129	112	101	97
Portugal	Mill. DM	18	23	18	23	26	24	19
USA und Kanada	Mill. DM	177	204	220	212	182	214	174
Japan	Mill. DM	62	70	85	89	67	62	61
Entwicklungsländer	Mill. DM	349	351	356	349	337	403	347
Staatshandelsländer	Mill. DM	126	147	140	131	152	106	73
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 577	1 873	1 869	2 007	1 935	1 936	1 916
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	904	1 042	997	1 122	1 051	1 034	1 012
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	160	203	210	226	208	213	225
Dänemark	Mill. DM	23	26	25	25	25	28	31
Frankreich	Mill. DM	218	241	231	256	260	258	249
Griechenland	Mill. DM	10	8	8	5	9	8	5
Großbritannien	Mill. DM	91	88	74	85	80	94	83
Irland	Mill. DM	6	8	7	7	6	12	6
Italien	Mill. DM	152	177	149	201	163	143	155
Niederlande	Mill. DM	179	212	239	224	214	191	189
Spanien	Mill. DM	55	63	42	79	70	71	56
Portugal	Mill. DM	10	17	11	15	15	16	14
USA und Kanada	Mill. DM	99	146	124	110	155	146	126
Japan	Mill. DM	106	108	97	113	119	101	83
Entwicklungsländer	Mill. DM	207	266	310	292	272	342	329
Staatshandelsländer	Mill. DM	51	62	64	74	83	81	74

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	104	102	103	102	103	103	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	107	113	110	117	116	97	115	126	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	98	98	102	101	102	108	109	109	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	104	108	113	122	116	121	117	135	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	103	102	106	104	99	101	100	100	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	109	110	113	112	109	105	104	106	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	102	106	127	124	92	119	122	126	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	105	111	154	143	101	126	146	152	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	100	103	108	111	98	116	104	109	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	472	506	798	924	384	616	810
* Ausländer	1 000	108	120	181	179	62	192	191
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 643	1 719	2 620	2 791	1 127	2 314	2 731
* Ausländer	1 000	351	382	557	520	166	707	583
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 503	1 505	1 593	1 536	1 510	1 441	1 387
* Güterversand	1 000 t	968	935	955	927	960	1 023	938
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 709	14 665	12 438	14 925	12 594	14 351	12 717	16 910	15 294
Krafträder	Anzahl	516	501	192	118	77	463	305	194	122
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 286	13 215	11 425	13 978	11 679	12 901	11 542	15 808	14 292
* Lastkraftwagen	Anzahl	596	618	531	600	599	679	631	661	652
Zugmaschinen	Anzahl	200	202	189	132	138	193	149	150	134
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 811	10 594	11 062	11 938	10 697	10 938	10 561 ^p	10 891 ^p	10 730 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 682	1 651	1 831	1 844	1 443	1 941	1 636 ^p	1 637 ^p	1 460 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	9 129	8 943	9 231	10 094	9 254	8 997	8 925 ^p	9 254 ^p	9 270 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 283	2 230	2 439	2 515	1 948	2 703	2 228 ^p	2 185 ^p	1 974 ^p
* Getötete	Anzahl	42	42	38	51	38	62	45 ^p	51 ^p	38 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	25	22	32	18	44	29 ^p	32 ^p	23 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	5	5	3	8	5 ^p	7 ^p	4 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	2	3	3	1	4	3 ^p	1 ^p	2 ^p
Fußgänger	Anzahl	7	8	6	10	14	5	4 ^p	9 ^p	8 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	641	606	640	673	524	737	577 ^p	557 ^p	515 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	368	348	361	387	328	396
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	118	110	127	114	60	163
Radfahrer	Anzahl	56	60	68	71	42	99
Fußgänger	Anzahl	82	70	59	92	74	52
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	72	56	55	65	46	74	42	59	61
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	30 817	22 644	9 396	32 100	22 820	36 836	24 670	7 647	19 734
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	505	454	405	433	330	341	308	384	320
* Wechselsumme	1 000 DM	4 100	3 117	2 889	3 872	1 972	3 627	2 586	3 688	4 838

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	88 447	94 423	92 642	92 984	93 497	97 446	98 255	98 314	99 216
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	86 207	92 039	90 188	90 565	91 053	95 208	95 964	95 981	96 854
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 555	16 130	15 776	15 621	15 687	16 645	17 089	16 693	17 034
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 355	15 933	15 569	15 455	15 269	16 109	16 580	16 294	16 550
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	200	197	207	166	418	536	509	398	484
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 034	7 278	6 944	7 085	7 202	8 069	8 246	8 437	8 554
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 962	6 070	6 025	6 014	6 014	6 366	6 527	6 564	6 578
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 072	1 207	918	1 071	1 188	1 703	1 719	1 873	1 976
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 618	68 630	67 469	67 859	68 164	70 494	70 630	70 851	71 266
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	53 599	57 557	56 376	56 722	57 051	59 012	59 139	59 291	59 554
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 019	11 073	11 093	11 137	11 113	11 481	11 490	11 559	11 712
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	84 034	87 693	84 286	84 618	85 901	88 438	88 586	88 860	90 616
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 306	12 941	11 686	11 886	12 914	12 629	12 656	12 921	14 327
* Termineinlagen	Mill. DM	29 897	34 394	33 172	33 468	33 949	38 390	38 509	38 549	38 863
* Spareinlagen	Mill. DM	41 830	40 358	39 428	39 264	39 038	37 418	37 420	37 390	37 427
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 907	1 961	1 491	1 876	1 721	1 970	1 838	2 041	2 083
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 807	2 092	1 612	2 040	1 947	2 043	1 836	2 071	2 047
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 558 229	1 684 151	2 036 863	1 153 427	1 683 347	1 531 415	1 896 784	1 230 941	1 707 581
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 089 944	1 198 337	1 639 830	623 808	1 191 262	1 019 498	1 406 739	650 145	1 129 972
* Lohnsteuer	1000 DM	746 794	810 867	610 742	638 171	1 147 699	1 022 525	600 736	620 295	1 065 708
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1000 DM	134 523	147 927	—	—	512 302	407 758	—	—	446 906
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	129 926	129 669	447 860	— 28 390	— 16 245	— 70 130	410 414	15 168	6 270
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	32 090	42 405	24 352	12 057	10 309	25 895	28 379	14 051	11 665
* Körperschaftsteuer	1000 DM	181 133	215 397	556 876	1 970	49 505	41 208	367 210	631	46 329
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1000 DM	18 086	4 580	—	—	52 764	46 424	—	—	45 916
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	468 286	485 813	397 033	529 619	492 085	511 917	490 045	580 796	577 609
* Umsatzsteuer	1000 DM	309 055	304 982	224 320	350 177	296 865	331 622	348 431	408 409	388 266
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	159 230	180 832	172 713	179 442	195 220	180 295	141 614	172 387	189 343
* Zölle	1000 DM	14 478	15 982	17 149	13 666	14 945	15 132	10 161	14 329	14 382
* Bundessteuern	1000 DM	121 581	119 811	97 576	117 877	114 614	71 993	80 137	111 521	84 702
Kapitalverkehrsteuern	1000 DM	2 148	2 501	1 732	3 790	3 502	3 133	2 270	2 229	1 640
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1000 DM	117 713	115 073	93 841	110 915	107 870	66 641	75 785	106 095	79 552
* Landessteuern	1000 DM	90 906	99 837	75 358	79 171	123 991	125 833	67 734	74 548	120 512
* Vermögensteuer	1000 DM	19 127	24 161	3 879	4 676	55 279	58 090	4 784	5 230	60 315
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	43 393	48 635	44 831	49 500	40 663	40 671	35 283	40 015	32 983
* Biersteuer	1000 DM	6 274	6 349	7 823	6 310	6 325	7 562	8 916	6 238	6 792

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	589 142	657 925	628 721	.	.	685 942	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 397	8 297	9 134	.	.	9 635	.	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 503	101 130	118 779	.	.	117 588	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	426 612	491 393	441 687	.	.	504 414	.	.	
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	37 787	41 661	42 734	.	.	41 239	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	915 358	975 505	1 096 177	760 447	945 501	843 137	1 026 203	802 438	945 408
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	479 218	528 629	740 520	266 171	510 771	438 320	627 533	277 411	484 589
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	304 391	315 783	258 075	344 257	319 860	332 751	318 533	377 523	375 452
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	795 417	857 267	1 021 820	596 892	874 405	857 525	922 457	633 998	878 528
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	475 410	523 922	734 898	263 080	509 059	426 007	620 339	274 631	482 246
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	218 933	222 226	211 558	222 499	241 099	305 612	234 384	248 836	275 105
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	920 341	1 009 201	971 391	.	.	1 001 270	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	363 370	419 514	376 891	.	.	431 118	.	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	394 439	423 154	407 466	.	.	388 625	.	.	
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1985 = 100	101,4	104,2	104,4	104,7	104,9	107,1	107,5	108,2	108,0
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	100,3	102,6	102,4	102,8	103,1	105,6	105,3	105,5	105,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	121,2	125,5	.	.	127,1	134,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	18,24	19,04	.	19,20	.	.	.	20,36	.
* Männliche Arbeiter	DM	19,14	19,94	.	20,10	.	.	.	21,34	.
* Facharbeiter	DM	20,13	20,94	.	21,09	.	.	.	22,46	.
* Angelernte Arbeiter	DM	18,30	19,19	.	19,35	.	.	.	20,55	.
* Hilfsarbeiter	DM	16,37	17,29	.	17,39	.	.	.	18,26	.
* Weibliche Arbeiter	DM	13,40	14,03	.	14,16	.	.	.	14,93	.
* Hilfsarbeiter	DM	13,30	13,95	.	14,05	.	.	.	14,79	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,5	.	40,3	.	.	.	40,1	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,1	40,8	.	40,7	.	.	.	40,4	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	38,9	.	38,5	.	.	.	38,5	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 562	4 731	.	4 769	.	.	.	5 046	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 091	4 251	.	4 285	.	.	.	4 523	.
* männlich	DM	4 873	5 096	.	5 132	.	.	.	5 397	.
* weiblich	DM	3 190	3 300	.	3 333	.	.	.	3 553	.
* Technische Angestellte	DM	4 964	5 131	.	5 169	.	.	.	5 467	.
* männlich	DM	5 080	5 252	.	5 290	.	.	.	5 595	.
* weiblich	DM	3 577	3 723	.	3 772	.	.	.	4 014	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 090	3 215	.	3 254	.	.	.	3 409	.
* männlich	DM	3 076	3 197	.	3 228	.	.	.	3 390	.
* weiblich	DM	3 691	3 801	.	3 836	.	.	.	4 018	.
* weiblich	DM	2 557	2 676	.	2 700	.	.	.	2 838	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 185	62 103	62 154	62 260	62 376
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	33 145	33 109 ^p	44 089 ^p	48 229 ^p	31 875 ^p	38 915 ^p	51 749 ^p	42 462 ^p	...
Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	56 438	56 451 ^p	62 148 ^p	56 806 ^p	56 630 ^p	65 933 ^p	66 954 ^p	63 147 ^p	...
Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 293	57 727 ^p	55 405 ^p	52 444 ^p	59 346 ^p	56 890 ^p	56 291 ^p	52 064 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 855	- 1 276 ^p	6 743 ^p	4 362 ^p	- 2 716 ^p	217 ^p	10 663 ^p	11 083 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 242	2 038	1 940	1 881	1 874	1 864	1 813	1 728	1 687
Männer	1 000	1 199	1 070	984	951	939	931	904	870	851
Arbeitslosenquote	%	8,7	7,9	7,5	7,3	7,3	7,1	6,9	6,6	6,5
Offene Stellen	1 000	189	251	263	289	300	332	324	320	310
Kurzarbeiter	1 000	208	108	80	46	50	30	27	32	39
Männer	1 000	173	91	71	35	37	23	21	24	28
Produzierendes Gewerbe⁵⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalen-derunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	106	112	103	117	125	113	109	123	133
ohne Baugewerbe	1985 = 100	106	111	101	116	123	111	107	122	131
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	106	112	102	117	124	113	108	124	132
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	106	109	107	111	117	111	108	113	120
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	100	124	129	116	106	130	137
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	106	111	101	120	126	109	109	128	137
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	102	105	106	108	125	120	128	131	152
Baugewerbe	1985 = 100	111	118	125	135	144	134	126	139	154
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 038	7 213	7 293	7 300	7 294	7 443	7 492	7 503	7 504
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	644	655	627	670	706	642	644	653	725
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	130 139	142 021	132 712	150 031	153 410	145 989	144 553	158 394	170 330
Auslandsumsatz	Mill. DM	39 562	43 766	39 578	45 970	46 643	41 879	39 386	44 935	46 817
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	30 610	31 452	28 150	29 694	33 130	28 012
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 747	2 739	2 495	2 515	2 699	2 328	2 457	2 462	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	996	999	1 024	1 026	1 018	1 031 ^p	1 041 ^p	1 043 ^p	1 059 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	108	109	118	122	130	120 ^p	115 ^p	118 ^p	135 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 644	10 378	11 007	11 516	12 380	12 652 ^p	12 332 ^p	12 291 ^p	13 887 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	10 078	11 355	11 900	11 211	12 381	14 513	12 770	11 564	12 267 ^p
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 401	10 254	10 752	10 045	10 956	12 418	10 886	9 689	10 102 ^p
Wohnfläche	1 000 m ²	1 640	2 018	2 095	1 999	2 322	2 921	2 592	2 467	2 642 ^p
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 668	2 793	3 127	3 018	3 080	3 463	3 278	3 154	3 228 ^p
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	17 851	23 002	23 621	22 786	27 462	37 039	33 217	32 441	34 650 ^p
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108,2	113,6	106,8	109,2	117,8	125,4 ^p	121,8 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105,9	110,5	118,3	123,1	119,7	124,7 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 4) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1988	1989				1990			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	47 304	53 445	49 791	52 949	57 594	54 010
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	25 683	29 413	25 576	29 208	31 978	28 944
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 503	3 832	3 476	3 925	3 976	3 394
Frankreich	Mill. DM	5 939	7 030	5 807	6 970	7 971	6 872
Großbritannien	Mill. DM	4 406	4 947	4 757	4 666	5 103	4 980
Italien	Mill. DM	4 304	4 986	3 538	4 956	5 500	5 155
Niederlande	Mill. DM	4 100	4 535	4 455	4 683	5 015	4 407
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 634	42 221	38 566	40 511	48 115	45 855
EG-Länder insgesamt ²⁾	Mill. DM	18 947	21 565	18 901	20 380	24 166	24 323
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 597	2 915	2 617	2 899	3 169	2 915
Frankreich	Mill. DM	4 421	5 035	4 172	4 578	5 901	5 646
Großbritannien	Mill. DM	2 537	2 892	2 637	2 948	3 301	2 989
Italien	Mill. DM	3 351	3 766	3 100	3 277	4 414	5 074
Niederlande	Mill. DM	3 785	4 331	4 096	4 313	4 456	4 583
Geld und Kredit³⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 276	2 411	2 336	2 355	2 363	2 480	2 493	2 511	2 529 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 733	1 863	1 791	1 813	1 822	1 930	1 935	1 951	1 960 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	543	548	544	541	541	550	557	560	569 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 679	1 766	1 676	1 680	1 688	1 757	1 778	2 003	2 018 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	728	706	693	691	688	665	665	880	880 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	30 640	33 521	26 661	42 678	26 543	31 544	28 675	42 651	27 854 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	19 952	22 122	16 012	33 040	14 556	17 395	16 198	30 834	14 093 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	13 959	15 153	15 014	14 416	14 434	15 819	14 398	13 389	13 973 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 766	3 067	- 314	10 100	- 266	- 872	- 579	9 397	- 212 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 274	10 957	10 333	9 636	10 996	13 281	12 167	11 815	13 097 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 638	5 666	5 006	4 825	5 506	6 494	6 385	6 681	7 056 ^P
Zölle	Mill. DM	527	566	521	581	610	507	670	637	618 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	4 394	5 112	5 129	4 915	5 293	5 511	5 939	4 861	5 734 ^P
Versicherungssteuer	Mill. DM	242	349	505	204	212	243	524	206	226 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 047	4 620	4 447	4 562	4 934	5 122	5 254	4 512	5 393 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁴⁾	1985 = 100	91,4	96,4	97,5	97,4	96,4	95,7	94,9	94,3	95,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	91,8	99,8	103,8	105,3	102,8	98,1	94,3	93,1	90,6 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁴⁾	1985 = 100	96,3	99,3	99,4	99,6	100,1	100,7	101,3	101,7	102,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	121,7	126,0	126,7	.	.	.	135,1	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1980 = 100	121,2	125,5	126,3	.	.	.	134,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	107,0	109,2	109,7	.	.	.	117,1	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	101,4	104,2	104,2	104,4	104,7	106,8	107,1	107,5	108,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	100,3	102,6	102,3	102,4	102,8	105,9	105,6	105,3	105,5
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	104,5	106,0	106,0	106,2	106,5	107,3	107,4	107,8	108,1
Wohnungsmieten	1985 = 100	105,6	108,8	109,2	109,4	109,6	112,7	113,1	113,4	113,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	78,1	82,0	81,6	82,7	83,6	82,6	85,9	87,0	90,8
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	103,3	104,9	105,3	105,4	105,6	107,5	107,6	107,7	108,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	104,7	108,6	108,7	108,8	109,0	110,3	110,4	110,6	110,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	98,9	103,3	103,1	103,1	103,5	104,8	106,5	108,3	109,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	102,7	103,8	103,4	103,5	103,8	105,7	105,6	105,8	106,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	110,0	113,1	113,5	113,4	113,4	116,1	114,7	114,7	114,8

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Steuereinnahmen der Kommunen blieben konstant

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1990 haben die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände 2 872 Mill. DM eingenommen. Das sind gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 3 Mill. DM oder 0,1 % weniger.

Wichtigste steuerliche Einnahmequelle war mit 1 170 Mill. DM der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der allerdings aufgrund der Entlastung durch die Steuerreform um 2,7 % zurückging. Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer erhöhte sich um 0,8 % auf 1 369 Mill. DM. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den Kommunen 1 168 Mill. DM. Die Grundsteuern beliefen sich auf 348 Mill. DM (+ 1,6 %). Die von den kreisfreien Städten und Landkreisen erhobene Grunderwerbsteuer erbrachte 138 Mill. DM (+ 11,8 %). An sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen wurde mit 48 Mill. DM genau so viel verbucht wie in den ersten neun Monaten des Vorjahres. pf

Landwirtschaftszählung 1991

Landwirtschaftszählungen stellen seit jeher die wichtigsten und umfassendsten Informationsquellen über Produktionsgrundlagen, Struktur und sozialökonomische Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dar. Nach 1949, 1960 und 1971 erfolgte die letzte derartige Erhebung im Jahre 1979. Um den anhaltenden und möglicherweise sogar sich noch verstärkenden strukturellen und sozialen Wandel in der Landwirtschaft sichtbar werden zu lassen, sind auch weiterhin derartige Großzählungen in etwa zehnjährigem Abstand erforderlich. Auch für Zwecke der gemeinsamen Agrarpolitik ist nach einer entsprechenden EG-Verordnung um das Jahr 1990 herum eine Struktur-erhebung in der Landwirtschaft als eine wichtige Entscheidungsgrundlage gefordert.

Mit der Einführung der laufenden Agrarberichterstattung im Jahre 1975 ging der Erhebungsaufwand für die der Landwirtschaftszählung stark zurück. Die Agrarberichterstattung beruht in wesentlichen Teilen auf einer betriebsweisen Aufbereitung von Daten aus der turnusmäßigen Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung und der Arbeitskräfteerhebung und bildet so den eigentlichen Kernpunkt der Landwirtschaftszählung. Lediglich einige Merkmale – Entscheidungshilfen für die aktuelle Agrarpolitik – werden zusammen mit den Angaben zur Agrarberichterstattung erfragt. Ein beachtlicher Teil der Daten wird repräsentativ erhoben, so daß bei etwa 85 Prozent der Betriebe auf zusätzliche Angaben verzichtet werden kann. ob

Mehr über dieses Thema auf Seite 1

kurz + aktuell

Datenschutz im Landesinformationssystem

Im Landesinformationssystem (LIS) sind zur Zeit 55 Millionen Daten für mehr als 85 000 Merkmale gespeichert. Ungefähr zehn Prozent dieser Daten unterliegen als Einzeldaten der statistischen Geheimhaltung.

Seit Mitte 1990 können die LIS-Daten von dezentralen benutzereigenen Terminals direkt abgerufen werden. Voraussetzung für den Direktabruf war ein Verfahren, das den Schutz der gespeicherten Daten bei jedem Abruf gewährleistet. Die gefundene Lösung geht auf die speziellen Datenschutzbelange jeder einzelnen Statistik ein und verhindert darüber hinaus durch die gezielte Sperrung zusätzlicher Daten jede Möglichkeit, geschützte Werte durch Differenzbildung zu errechnen. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 8

Zahl der Schulabgänger weiter rückläufig

Zum Ende des Schuljahres 1989/90 wurden rund 36 200 Schüler aus den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz (ohne Sonderschulen) entlassen. Ein Jahr zuvor waren es 38 100 gewesen.

Die Schüler mit Hauptschulabschluß stellten mit 13 543 (37,4 %) den größten Teil der Schulentlassenen, gefolgt von 10 875 Schülern (30 %) mit qualifiziertem Sekundarabschluß I.

Mit dem Abitur verließen 9 789 Schulabsolventen (27 %) die allgemeinbildenden Schulen. Der Anteil der Schulabgänger mit Abitur hat damit weiter zugenommen.

Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluß betrug 2 016 (5,6 %). pu

Integrierte Gesamtschulen und Freie Waldorfschulen weiter ausgebaut

Auch im Schuljahr 1990/91 hat sich die Zahl der Schüler an Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen durch den Ausbau einzelner Schulen erhöht.

Insgesamt 3 896 Schüler (Vorjahr: 3 762) besuchen die vier Integrierten Gesamtschulen in Kastellaun, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Mainz. Davon werden 3 513 Jungen und Mädchen in der Sekundarstufe I in 133 Klassen unterrichtet. Die durchschnittliche Klassenstärke beträgt 26,4. Der Anstieg der Schülerzahl ist

auf den weiteren Ausbau der Integrierten Gesamtschule in Mainz zurückzuführen. Infolgedessen sind in diesem Jahr rund 180 Schüler mehr in dieser Schulart.

Weitere 383 Jugendliche besuchen die Mainzer Studienstufe in Kaiserslautern und Ludwigshafen, die im Kurssystem organisiert ist. Ein Jahr zuvor gab es 433 Oberstufenschüler.

Insgesamt 1 226 Schüler (Vorjahr: 1 131) besuchen im laufenden Schuljahr die vier Freien Waldorfschulen in den Städten Neuwied, Trier, Frankenthal und Mainz. Es wurden 41 Klassen gebildet, das sind drei mehr als im vergangenen Herbst. Die durchschnittliche Klassengröße der Freien Waldorfschulen liegt bei 29,9 Schülern je Klasse (Vorjahr: 29,8). Unter den Schularten des allgemeinbildenden Bereichs ist dies der höchste Wert.

Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz 1989

– Sprachkurse an der Spitze –

1989 besuchten 1 575 266 Personen die 65 128 Veranstaltungen der sechs staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz. Dabei hat sich der Trend von Einzelveranstaltungen hin zu längerfristigen Veranstaltungen fortgesetzt. Während die Zahl der Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr um 3 % zurückging, ist die Zahl der erteilten Weiterbildungsstunden um 3,2 % oder rd. 33 500 Stunden auf 1 067 555 Unterrichtsstunden angestiegen. Wiederum wurden weniger Teilnehmer registriert. Hier betrug der Rückgang über 10 % gegenüber einem Minus von 9 % im Vorjahr.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Weiterbildungseinrichtungen lag 1989 mit 27 % oder knapp 284 000 erteilten Weiterbildungsstunden bei den Sprachkursen. Das sind 31 % mehr Stunden als im Vorjahr, was primär auf die verstärkt abgehaltenen Sprachkurse für Aussiedler zurückzuführen ist. Es folgen die Stoffgebiete Gesundheit, Haushaltsführung mit rd. 20 % und Kreatives Gestalten, Freizeitbildung mit 17 %.

Den größten Zuspruch erfuhren die Volkshochschulen mit 714 560 Teilnehmern oder 45 %, gefolgt von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft mit 319 813 Teilnehmern bzw. 20 % und der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft mit 255 876 Teilnehmern oder 16 %. Die Kurse und Veranstaltungen der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung wurden von 236 685 Personen oder 15 % besucht, auf das Bildungswerk des Landessportbundes sowie auf die Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ entfielen jeweils 1,5 % (24 225 bzw. 24 107) der Teilnehmer.

Weniger Schüler, kleinere Klassen an berufsbildenden Schulen

An den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz werden im Schuljahr 1990/91 119 440 Schüler unterrichtet. Das sind 4,6 % weniger als ein Jahr zuvor, in dem der Rückgang der Schülerzahlen 6,5 % betrug.

Während die Fachschulen bei den Schülerzahlen ein Plus von 7,2 % verzeichnen, sind an den Berufsfachschulen (– 8,5 %) und an den Berufsschulen (– 5,3 %) deutliche Rückgänge festzustellen. Weniger gravierend war die Entwicklung an den Fachoberschulen (– 3,3 %). Nahezu unverändert blieben die Schülerzahlen an den Beruflichen Gymnasien und an den Berufsaufbauschulen.

Die Zahl der Klassen an den berufsbildenden Schulen wurde um 3 % reduziert. Da dieser Rückgang geringer ist als der der Schülerzahlen, verbesserte sich die Relation Schüler je Klasse an allen Schulformen des berufsbildenden Bereichs mit Ausnahme der Berufsaufbauschulen.

Dienstleistungssektor erwirtschaftet zunehmend höhere Bruttowertschöpfung

Zwischen 1980 und 1988 nahm die Bruttowertschöpfung, ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungskraft in Regionen, in der Stadt Ludwigshafen mit 70 % am stärksten zu. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems weiter mitteilt, liegen auch die Landkreise Mayen-Koblenz (+ 57 %) und Ludwigshafen (+ 56 %) sowie die Städte Worms (+ 55 %) und Kaiserslautern (+ 53 %) mit ihrem Wachstum erheblich über dem Landesdurchschnitt (+ 41 %). Unterdurchschnittliche Steigerungsraten von weniger als 20 % verzeichneten die Kreise Germersheim, Cochem-Zell und die Stadt Speyer.

Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in den rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken verdeutlicht den Trend hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Wurde noch 1980 in zwölf kreisfreien Städten und Landkreisen über die Hälfte der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe erwirtschaftet, war dies 1988 nur noch in sieben dieser Regionen der Fall. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Verwaltungsbezirke, in denen die privaten und öffentlichen Dienstleistungen über 50 % zur Bruttowertschöpfung beitragen, von drei auf sieben erhöht.

Im Kreis Germersheim und der kreisfreien Stadt Ludwigshafen wurden 1988 über 75 % der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe erbracht, in den Städten Koblenz und Mainz rund 60 % im Dienstleistungssektor.

Mehr über dieses Thema auf Seite 14

Themen der vorigen Hefte**Heft 1 / Januar 1990**

Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 mit Daten aus anderen Statistiken
Privathaushalte 1987
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1978 bis 1988
Wareneinsatz, Rohertrag, Investitionen und Warensortiment im Gastgewerbe
Das Erntejahr 1989
Fahrzeughauptuntersuchungen in Rheinland-Pfalz

Heft 2 / Februar 1990

Pendelwanderung 1987
Grenzüberschreitender und DDR-Güterverkehr nach Hauptverkehrszeigen
Schulabgänger der berufsbildenden Schulen seit 1980
DV-Verfahren Controlling im Krankenhaus

Heft 3 / März 1990

Einwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland sowie deren wirtschaftliche und demographische Bedeutung
System der Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Fertighäuser 1988
Wandel im Verbraucherverhalten und Entwicklung ausgewählter Verbraucherpreise 1950 bis 1989
Entwicklung der Hektarerträge im Weinbau

Heft 4 / April 1990

Kommunalwahlen am 18. Juni 1989
Langfristige Entwicklung des Endenergieverbrauchs
System des kommunalen Finanzausgleichs

Heft 5 / Mai 1990

Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Kanada
Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Ungarn
Berufe in Rheinland-Pfalz
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990
Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1986
Studienanfänger an den Hochschulen 1983 bis 1988

Heft 6 / Juni 1990

Landtagswahl 1991
Die Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände 1989 bis 1993
Entwicklung und Struktur der Kreisumlage
Wohnsituation der älteren Mitbürger
Die Nutzung der Landesfläche 1989

Heft 7 / Juli 1990

Rheinland-pfälzische Heilbäder 1951 bis 1989
Wohngeld 1989
Baulandmarkt 1989
On-Line-Bearbeitung zur Berechnung des Index der Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe

Heft 8 / August 1990

Neues im Landesinformationssystem
Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1988
Überstunden in Industrie und Handwerk 1985 bis 1989
Insolvenzen 1989
Methode der Ernteermittlung und Ernteaussichten 1990
Betriebliche Größen- und Bestandsstrukturen in rheinland-pfälzischen Schweineproduktionsbetrieben
Außenhandel mit den USA

Heft 9 / September 1990

Beschäftigtenstruktur in der Wirtschaft
Wohnungsbau 1989
Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Weinbaubetriebe
Unfallopfer im Straßenverkehr

Heft 10 / Oktober 1990

Rheinland-Pfalz im Spiegel der Statistik
Die Pendlerdatei im Landesinformationssystem
Kinder im Kindergartenalter bis zur Jahrtausendwende
Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1989/90
Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1988
Personal-Verwaltungs-System für Krankenhäuser

Heft 11 / November 1990

Methodische Grundlagen der Umsatzsteuerstatistik
Das Vermögen der natürlichen Personen Anfang 1986
Schwerbehinderte Ende 1989
Die Straffälligkeit Jugendlicher 1979 bis 1989
DV-Verfahren Controlling im Krankenhaus

Heft 12 / Dezember 1990

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1990
Erreichbarkeitsmodell Rheinland-Pfalz
Erhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung 1990
Erwerbsobstanbau in Rheinland-Pfalz

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.